

# Das jüdische Kinderheim „Sonnenhalde“ in Bollschweil bei Freiburg 1935-1939

Zur Geschichte des Heims (I) und seiner Leiterinnen, der Kinderärztin  
Dr. med. Elisabeth Müller (II) und der Handelsschullehrerin  
Dr. phil. Annerose Heitler (III)

Von  
HANS SCHADEK

## I Das jüdische Kinderheim „Sonnenhalde“

Am Abend des 29. Dezember 1936 notierte Marie Luise Kaschnitz, die das Jahresende auf dem elterlichen Schloss in Bollschweil verbrachte, in ihr Tagebuch: *Gespräch über das Kinderheim. Mama bedauert, dass es nicht möglich ist, die Kinder vor dem Ablauf des Mietkontraktes zu vertreiben. Es sei eine Schande für eine Gemeinde. Diese Äußerung erschütterte mich sehr. Vor 2 Jahren noch hätte sie den Fall, einer natürlichen Gutmütigkeit folgend, ganz anders beurteilt.*<sup>1</sup>

Die Erinnerung an das hier angesprochene Kinderheim, das jüdische Kinderheim „Sonnenhalde“, ist heute fast ganz untergegangen – nur wenige der älteren Bollschweiler wissen noch davon –, und auch die Herausgeber der Kaschnitz-Tagebücher konnten es nicht verifizieren, im Anmerkungsapparat fehlt, obwohl die Textstelle aus sich heraus nicht recht verständlich wird, jeder erläuternde Hinweis.<sup>2</sup> Erst spät, und für manche Fragen zu spät, ist auch der Verfasser durch eine Anfrage aus Jerusalem<sup>3</sup> auf das Kinderheim aufmerksam geworden, dessen kurze Geschichte durchaus allgemeines Interesse beanspruchen kann, allein schon weil es eines jener zahlreichen lokalen Beispiele dafür ist, wie sich jüdische Bürgerinnen und Bürger in der NS-Zeit trotz aller Repressalien neue Lebens- und Berufschancen zu schaffen suchten.

Im Februar 1935 reichten Dr. Annerose Heitler, Handelsschullehrerin aus Baden-Baden, und Dr. Elisabeth Müller, Kinderärztin aus Hannover, beim Badischen Bezirksamt Staufen ihr Gesuch ein, das *Gassert'sche Anwesen in Bollschweil als Kinderheim für nichtarische Kinder* nutzen zu dürfen. Anfang September erging der positive gesundheits- und baupolizeiliche

<sup>1</sup> MARIE LUISE KASCHNITZ: Tagebücher aus den Jahren 1936-1966. Hg. von CHRISTIAN BÜTRICH, MARIANNE BÜTRICH und IRIS SCHNEBEL-KASCHNITZ. Frankfurt/M. und Leipzig 2000, S. 112.

<sup>2</sup> Die Mitherausgeberin, Frau Iris Schnebel-Kaschnitz, teilte dem Verfasser am 10.5.2004 mit: *Ich kann Ihnen in der Frage nach dem jüdischen Kinderheim „Sonnenhalde“ nicht sehr weiterhelfen. Ich selbst habe keine Erinnerungen daran und auch nicht an Äußerungen meiner Mutter.*

<sup>3</sup> Am 15.11.2001 richtete Frau Rina Eilon (Eichenberg) in Jerusalem eine Anfrage an den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, mit der sie um Informationen über das von Dr. med. Elisabeth Müller geleitete ehemalige jüdische Kinderheim „Sonnenhalde“ in Bollschweil bat. Mit der Beantwortung der Anfrage wurde das – damals noch vom Verfasser geleitete – Stadtarchiv Freiburg betraut. Frau Eilon ist über ihren Mann Peter Joachim Eilon (Eichenberg), einem Neffen von Dr. Elisabeth Müller, mit dieser verwandt. Sie konnte dem Verfasser aus dem von ihr gesammelten Briefnachlass der Familie mit zahlreichen, angesichts der schlechten Quellenlage umso wertvolleren Informationen weiterhelfen. Dafür sei ihr auch an dieser Stelle herzlich gedankt.



Abb. 1 Ansicht von Bollschweil mit gesonderten Aufnahmen der Sehenswürdigkeiten des Dorfes (Aufnahme und Verlag: Foto-Loth, Wolfenweiler). Es gehört zu den Ungereimtheiten der Zeit, dass der Wolfenweiler Fotograf Erich Loth auf seiner um 1936 vertriebenen Postkarte ausgerechnet das jüdische – allerdings nicht als solches bezeichnete – Kinderheim „Sonnenhalde“ neben Kirche, Kukuksbad und Schloß als besondere Sehenswürdigkeit Bollschweils zeigt (Kreisarchiv Breisgau-Hochschwarzwald).

Bescheid; das Bezirksamt teilte den Antragstellerinnen – und nachrichtlich dem Bürgermeisteramt Bollschweil – mit, dass ihr Gesuch auf Einrichtung eines jüdischen Kinderheims genehmigt sei.<sup>4</sup>

Das südöstlich vom Oberdorf in einem Seitental, im „Zinken“ Leimbach,<sup>5</sup> gelegene *Gassert'sche Anwesen* hatte sich der aus Schallstadt stammende Kaufmann Adolf Gassert, der bereits Anfang der Zwanziger Jahre nach Sao Paulo/Brasilien ausgewandert war, 1928 als großzügiges Urlaubsdomizil für sich und seine Familie errichten lassen. Schon wenige Jahre später entschloss Gassert sich jedoch, das Anwesen wieder aufzugeben. Er veräußerte es im März 1935 an den Freiburger Milchhändler Franz Rombach, dessen Eltern – sie stammten aus Bollschweil – in der Fischerau eine Milchhandlung betrieben.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Schreiben des Bezirksamts Staufen vom 4.9. und 21.10.1935. Gemeindearchiv Bollschweil (GemeindeAB), B II Nr. 3. Die Akten des Bezirksamts Staufen, das 1936 dem Bezirksamt Freiburg zugeschlagen wurde, existieren nicht mehr; sie sind bis auf wenige Reste 1944 beim Luftangriff auf Freiburg mit den Akten des Freiburger Bezirksamts verbrannt.

<sup>5</sup> Vgl. Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden. Bd. 2. Bearb. von ALBERT KRIEGER. Heidelberg 1905, Sp. 46.

<sup>6</sup> Adolf Gassert, der sich damals bereits in Brasilien aufhielt, kaufte das Grundstück 1926. Der positive Baubescheid des Bezirksamts Staufen über die *Erbauung eines Landhauses in Leimbach* erging 1928. Der Verkauf des Hauses (Nr. 118, heute Gitteweg Nr. 5) erfolgte im März 1935. Mitteilung des Grundbuchamts Bollschweil vom 6.2.2002. – Gassert ging 1922 von Freiburg aus *nach Amerika*. 1928, zur Bauzeit des Hauses, hielt er sich mit seiner Frau, der aus Freiburg stammenden Anna Renkert, und den zwei in Sao Paulo geborenen Kindern Adolf und Erika mehrere Monate in Freiburg auf. Stadtarchiv Freiburg (StadtAF), Meldekartei I (Meldekarten Adolf und Anna Gassert). In „1200 Jahre Schallstadt 779-1979. Teningen 1979“ sind mehrere Mitglieder der Familie

Da das Gesuch auf Genehmigung eines Kinderheims bereits im Februar gestellt wurde, könnten die Antragstellerinnen noch mit Gassert verhandelt haben; ein Kauf des Hauses kam jedoch für sie wegen fehlender Mittel nicht in Frage. So schlossen sie nach dem Erwerb des Anwesens durch Rombach mit diesem umgehend einen Mietvertrag ab, um das Vorhaben vor Ort vorantreiben zu können: Dr. Elisabeth Müller, aus Hannover anreisend, ließ sich am 13. April ins Fremdenbuch des Bürgermeisteramts Bollschweil eintragen, und auch Dr. Annerose Heitler, deren Anwesenheit in Bollschweil erst einiges später, unter dem 17. August, im Fremdenbuch vermerkt ist, hatte sich bereits im April aus ihrem Heimatort Baden-Baden nach Bollschweil abgemeldet.<sup>7</sup>

Auf welchem Wege sich die beiden Frauen zuvor kennengelernt hatten, kann nur vermutet werden. Es ist jedoch durchaus möglich, dass sie miteinander schon seit ihrem zeitgleichen Studium an der Universität Heidelberg bekannt waren.<sup>8</sup> Nachdem sie nun 1933 aus ihrem jeweiligen Beruf vertrieben worden waren, hatten sie den gleichen Gedanken verfolgt: sich weiterhin in der Beschäftigung mit Kindern einen neuen sinnvollen und ihrem bisherigen Tätigkeitsfeld naheliegenden Broterwerb zu suchen. Elisabeth Müller ging 1933 in die Schweiz, an eine Kinderklinik in Lausanne, an der Kinderpflegerinnen ausgebildet wurden. Annerose Heitler fand im April 1934 eine vorübergehende Anstellung in einem Kinderheim im holländischen Zandvoort.<sup>9</sup> Vielleicht geschah dies aber auch schon im Hinblick auf den dann in Bollschweil realisierten gemeinsamen Plan. Jedenfalls haben beide Frauen sich trotz der weit auseinander liegenden Beschäftigungsorte nach ihrer Rückkehr rasch zu gemeinsamen Handeln zusammengefunden.

Für den Plan, in eigener Regie ein Kinderheim aufzubauen, brachten sie durch ihre berufliche Ausbildung optimale Voraussetzungen mit. Hatte doch Dr. Elisabeth Müller schon als niedergelassene Kinderärztin in Hannover den Leiter der Wohlfahrtsabteilung der dortigen Synagogengemeinde Jahre hindurch mit fachärztlichem Rat in der Kinderfürsorge, *insbesondere in Fragen der Ferienkolonien und anderen einschlägigen Fragen*, unterstützt. Und mit dem Erholungsheim der Hannoveraner „Zionsloge“ auf Norderney war ihr eines der großen jüdischen Kinderheime wohlbekannt.<sup>10</sup> Dr. Annerose Heitler konnte ihrerseits in das Unternehmen ihre pädagogischen Erfahrungen als Lehrerin mit einbringen. Den Schwarzwald als Standort des Heims ins Auge zu fassen, lag nahe: war doch Annerose Heitler in Karlsruhe aufgewachsen und an der Handelsschule in Baden-Baden, wo ihre Eltern wohnten, bis zu ihrer Entlassung tätig gewesen. So mag vor allem sie es gewesen sein, die von dort aus, wo sie nach ihrer Rück-

---

Gassert erwähnt; Adolf Gassert findet sich jedoch dort auch im Kapitel „Auswanderung“ nicht. – Franz Rombach, 1913 in Freiburg geboren, fiel 1940 in Frankreich. Kriegsoffer der Stadt Freiburg im Breisgau 1939-1945. Freiburg 1954, S. 135. Die Milchhandlung in der Fischerau 26 – das Haus gehörte der Familie Rombach – betrieb Robert Rombach (s. Adressbuch der Stadt Freiburg 1934), gemeinsam mit dem Sohn Franz, für den er das Bollschweiler Anwesen erwarb.

<sup>7</sup> Mitteilung des Grundbuchamts Bollschweil vom 6.2.2002 bzw. des Stadtarchivs Baden-Baden vom 3.6.2002. Elisabeth Müller hatte sich in Hannover am 8.4.1935 abgemeldet. Stadtarchiv Hannover (StadtAH), Meldekarte Elisabeth Müller.

<sup>8</sup> Allerdings verbrachten sie nur das Winterhalbjahr 1918/19 gemeinsam in Heidelberg. Doch müssten sie sich angesichts der sehr geringen Zahl jüdischer Studentinnen dort kennengelernt haben. Vgl. Personalverzeichnis der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg, Winterhalbjahr 1918/19, Heidelberg 1918. – Ob Elisabeth Müller verwandtschaftliche Beziehungen zu den in einigen Orten Badens, u. a. auch in Baden-Baden und Freiburg, lebenden jüdischen Familien Müller hatte, war nicht zu ermitteln.

<sup>9</sup> Soweit im Folgenden Angaben zu A. Heitler und E. Müller nicht eigens belegt sind, finden sich die Nachweise in den angeschlossenen Biographien.

<sup>10</sup> Das Kindererholungsheim der Zionsloge war von Mai bis Ende September geöffnet, verfügte über 100 Betten und 27 Erzieher und Pflegepersonen. Vgl. die Hinweise bei HILDEGARD FEIDEL-MERTZ/ANDREAS PAETZ: Ein verlorenes Paradies. Das Jüdische Kinder- und Landschulheim Caputh (1931-1938). Frankfurt/M. 1994, S. 26ff. und 30ff.



kehr aus Zandvoort im November 1934 wieder lebte, die Suche nach einem geeigneten Anwesen betrieben hat.

Das Kinderheim „Sonnenhalde“, dessen Name nicht, wie es scheinen könnte, auf ein Bollschweiler Gewann zurückgeht, sondern von den Leiterinnen programmatisch geprägt worden ist, war, wie es genauer im Einwohnerverzeichnis von Bollschweil bezeichnet wird,<sup>11</sup> ein *Kindererholungsheim*. Als solches stand es in einer seit längerem bewährten Fürsorgetradition der deutschen jüdischen Gemeinden.<sup>12</sup> 1917 war als „Dachverband für die weit verzweigten jüdischen Organisationen der Wohlfahrtspflege“ – nach den älteren christlichen Vorbildern, der Diakonie auf evangelischer, der Caritas auf katholischer Seite – die Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden gegründet worden. Ziel des Verbandes war es, die bereits bestehenden Initiativen sowohl der angeschlossenen Gemeinden wie der regionalen Verbände, Vereine und Logen auf dem Feld der Wohlfahrtspflege zu konzentrieren und zu koordinieren. Zur effektiveren Bewältigung der zentralen Aufgabenbereiche wurden verschiedene Arbeitsgemeinschaften gebildet, so etwa die hier interessierende „Arbeitsgemeinschaft Jüdische Erholungsfürsorge“: Gestützt durch gesetzliche Maßnahmen der Weimarer Republik wie das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 wurden nun die bereits bestehenden älteren Einrichtungen der Erholungsfürsorge für Kinder und Jugendliche ausgebaut und zusätzlich neue Initiativen auf den Weg gebracht.<sup>13</sup>

Zu den großen älteren Einrichtungen der Kinderfürsorge in Baden zählte das Friedrich-Luisen-Hospiz in Bad Dürkheim, das 1912 anlässlich des 80. Geburtstags Großherzog Friedrichs II. von dem aus Müllheim stammenden Oberregierungsrat im badischen Innenministerium und Vorsitzenden des Oberrats der Israeliten Dr. David Hugo Mayer gegründet worden war. Als ganzjährig geöffnetes Erholungsheim bot es Platz für circa 80 Jungen und Mädchen im Alter von 2½ bis 14 beziehungsweise 16 Jahren, die sich dort jeweils mehrere – mindestens aber vier – Wochen unter ärztlicher Aufsicht zur Kur aufhielten. 1939 wurde das Heim zwangsweise aufgelöst.<sup>14</sup>

Als weiteres Beispiel der jüdischen Kinderfürsorge im Lande Baden sei hier, auch weil Dr. Annerose Heitler diese Einrichtung gut gekannt haben muss, das bescheidenere Israelitische Erholungsheim für Frauen und Mädchen in Baden-Baden genannt, das 1913 von Freifrau Mathilde von Rothschild gegründet worden war zu dem Zweck, mittellosen kurbedürftigen Frauen und Mädchen eine Kur unentgeltlich zu ermöglichen. Das von Mai bis Ende September geöffnete Heim verfügte über 29 Plätze. Der Weiterbetrieb nach dem Novemberpogrom 1938

<sup>11</sup> Heitler, Frau Dr., *Kindererholungsheim, Sonnenhalde 118*. Adressbuch für den Kreis Freiburg. Ausgabe 1937 bis 1939. Buchen [1937], S. 155. Elisabeth Müller ist im Adressbuch nicht aufgeführt.

<sup>12</sup> Eine ausführliche Darstellung im allgemeinen Kontext des Themas bietet HILDEGARD LÜTKEMEIER: *Hilfen für jüdische Kinder in Not. Zur Jugendwohlfahrt der Juden in der Weimarer Republik*. Freiburg 1992. Auf diese Arbeit stützt sich die hier gebotene äußerst knappe Zusammenfassung.

<sup>13</sup> Sogenannte geschlossene Anstalten der Jugendwohlfahrt wie Säuglings- und Kleinkinderheime, Waisenhäuser, Erziehungs- und Landschulheime und andere (vgl. auch Informationsblätter. Hg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden [1935], Nr. 8/9) bleiben im Folgenden unberücksichtigt. – Als gut dokumentierte Beispiele für Heime, in denen jüdische Kinder nicht nur vorübergehend zur Erholung untergebracht waren, vgl. etwa FEIDEL-MERTZ/PAETZ (wie Anm. 10); MOSHE AYALON: *Das jüdische Kinderheim der Flersheim-Sichel-Stiftung in Frankfurt am Main*. Frankfurt/M. 1996; BRIGITTE SCHMIDT: *Das Antonienheim [in München]. Kinderheim der „Israelitischen Jugendhilfe e. V.“*. Hg. vom Stadtarchiv München. München 2002. Zu zwei Kinderheimen und dem Landschul- bzw. Landerziehungsheim in Herrlingen bei Ulm vgl. die entsprechenden Internetseiten der Alemannia Judaica – Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung der Geschichte der Juden im süddeutschen und angrenzenden Raum (mit Literaturangaben).

<sup>14</sup> ROLF SCHUHBAUER: *Nehmt dieses kleine Heimatstück. Spuren und Stationen der Leidenswege von Müllheimer und Badenweiler Juden zwischen 1933 und 1945*. Eggingen 2001, S. 130f. Vgl. auch Informationsblätter (wie Anm. 13) (1934), Nr. 9 sowie (1935), Nr. 4/5. – Marie Mayer, die Witwe des Hospizgründers, der bereits 1931 verstarb, wurde im Oktober 1940 mit ihrem Sohn Paul nach Gurs verschleppt, wo sie 1941 starb; der Sohn wurde in Auschwitz ermordet. SCHUHBAUER (wie oben).

wurde, anders als beim Dürzheimer Hospiz, wenig später mit einer Ausnahmegenehmigung ausdrücklich bewilligt. Doch nach der Deportation der Baden-Badener Juden nach Gurs im Oktober 1940, von der auch sieben Gäste des Erholungsheims betroffen waren, musste das Haus geschlossen werden.<sup>15</sup>

Insgesamt gab es derartige Heime der jüdischen Heil- und Erholungsfürsorge für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Deutschen Reich in beachtlicher, allerdings nicht genau zu verifizierender Zahl: 1932 sollen es etwa 50 Kur- und Erholungsheime gewesen sein, davon 26 für Kinder. 1935 waren der Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden neben den zwei oben genannten Heimen in Bad Dürzheim und Baden-Baden noch 15 weitere Kindererholungsheime direkt unterstellt.<sup>16</sup>

Bis 1933 unterschieden sich die Bedingungen, unter denen die jüdische Kinder- und Jugendfürsorge stand, kaum von denen der christlichen Fürsorgetätigkeit. Das änderte sich unter den Nationalsozialisten sofort. So wurden etwa den jüdischen Jugendlichen – mit dem rasch erfolgten Ausschluss des Verbandes der Jüdischen Jugendvereine aus dem Deutschen Reichsausschuss der Jugendverbände – alle Vergünstigungen, die Jugendvereine beanspruchen konnten, entzogen. Das hatte unter anderem zur Folge, dass sie nicht mehr in den Deutschen Jugendherbergen aufgenommen wurden, eine Maßnahme, die die Ferienerholung schwer traf.<sup>17</sup> Einladungen zu Ferienaufenthalten ins Ausland, welche die Zentralwohlfahrtsstelle für eine größere Zahl von erholungsbedürftigen Kindern erhielt, durften auf behördliche Weisung hin bald nicht mehr wahrgenommen werden.<sup>18</sup> Zunehmend verwehrte man jüdischen Jugendlichen auch den Zutritt zu den Badeanstalten, zu Sport- und Spielplätzen, zu Theatern und Bibliotheken, ja teilweise zu den öffentlichen Parks, wodurch den Kindern und Jugendlichen viele Möglichkeiten der Erholung und Unterhaltung genommen waren.<sup>19</sup> Hinzu trat ganz allgemein eine je länger, je mehr sich verschärfende Isolierung von den christlichen Altersgenossen durch die sich mehrenden Anfeindungen im Alltag. Alle diese Erfahrungen zwangen dazu, nach zusätzlichen Möglichkeiten der Kindererholung in möglichst ungestörter Umgebung Ausschau zu halten.<sup>20</sup>

Fatalerweise musste in dieser Situation eine Anzahl von Heimen aus wirtschaftlichen Gründen vorübergehend oder ganz geschlossen werden. Einige wurden zudem durch örtliche Willkürmaßnahmen gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. Gut dokumentiert sind etwa die Vor-

<sup>15</sup> Mitteilung des Stadtarchivs Baden-Baden vom 16.6.2005. Vgl. zum Heim auch Informationsblätter (wie Anm. 13) (1935), Nr. 4/5.

<sup>16</sup> Vgl., auch für das Folgende, die detaillierte Aufstellung der Zentralwohlfahrtsstelle mit genauen Angaben zu Trägerschaft der Kinderheime, Platzzahl, Öffnungszeiten, Alter der Kinder usw. in: Informationsblätter (wie Anm. 13) (1935), Nr. 4/5. Nicht alle Kindererholungsheime unterstanden aber offenbar der Zentralwohlfahrtsstelle direkt; so fehlt in der Aufstellung etwa das Heim der Zionsloge auf Norderney und das in Lehnitz, die LÜTKEMEIER (wie Anm. 12), S. 142f., aufführt, die ihrerseits aber offensichtlich die obige Aufstellung nicht kennt und nur 14 Kindererholungsheime nennt, obwohl es ihr zufolge 1932 insgesamt 26 Kur- und Sanatoriumsheime für Kinder gegeben haben soll. Vgl. auch KURT DÜWELL: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942 (Rheinisches Archiv 65). Bonn 1968, S. 161ff. („Kinderfürsorge“).

<sup>17</sup> Der Reichsausschuss der Jüdischen Jugendverbände bemühte sich daraufhin um den Aufbau eines jüdischen Jugendherbergswerks in Deutschland. In jeder Gemeinde sollten den Jugendlichen Übernachtungsplätze in Lagern bereitgestellt werden. Informationsblätter (wie Anm. 13) (1933), Nr. 4 bzw. Nr. 10.

<sup>18</sup> Informationsblätter (wie Anm. 13) (1933), Nr. 3. Arbeitsbericht des Zentralaussschusses der Deutschen Juden für Hilfe und Aufbau für das Jahr 1936. Berlin 1937, S. 68: *Von den ergangenen Auslandseinladungen für Ferienkinder in die Tschechoslowakei, Holland, Polen Gebrauch zu machen, wurde uns leider nicht gestattet.*

<sup>19</sup> Arbeitsbericht (wie Anm. 18), 1935, S. 46. SCHALOM ADLER-RUDEL: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Tübingen 1974, S. 172. WERNER T. ANGRESS: Jüdische Jugend zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und jüdischer Wiedergeburt. In: Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943. Hg. von ARNOLD PAUCKER (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 45). Tübingen 1986, S. 211-221, hier S. 212f.

<sup>20</sup> Vgl. für die Frankfurter jüdische Gemeinde BEATE GOHL: Jüdische Wohlfahrtspflege im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1933-1943. Frankfurt/M. 1997, S. 43f. und 55f.

gänge um das Israelitische Waisenheim in Diez an der Lahn, das nach wüsten Angriffen der Bevölkerung im September 1935 aufgegeben werden musste.<sup>21</sup>

Umso erstaunlicher mutet es deshalb zunächst an, dass zur selben Zeit im badischen Bollschweil ein jüdisches Kinderheim neu eingerichtet werden konnte. Die Gründe dafür sind in den auch 1935 noch stark unterschiedlichen gesellschaftlichen und selbst noch politischen Gegebenheiten im Reich zu suchen. So war etwa das hessische, ganz überwiegend protestantische Diez geradezu – worauf der dortige NS-Bürgermeister die Heimleitung hinwies, um diese vor einem Weiterbetrieb des Heims zu warnen – *eine Pflegestätte der nationalsozialistischen Weltanschauung, was natürlicherweise bei Würdigung des kleinstädtischen Charakters der Stadt ... starke Gegensätze gegenüber den jüdischen Staatsangehörigen ergeben* musste.<sup>22</sup> Anders war dagegen immer noch die Situation in der Dorfgemeinde Bollschweil.

Bollschweil, das um 1925 zu gut 95 Prozent katholisch war – und auch 1938 noch galten 93,5 Prozent der Seelen als der Kirche zugehörig – ,<sup>23</sup> war bis zu den Reichstagswahlen vom Juli 1932 eine unangefochtene Hochburg des Zentrums, in der die übrigen Parteien völlig bedeutungslos blieben. Selbst bei der Landtagswahl 1929, bei der die NSDAP in Baden einen ersten Einbruch in das etablierte Parteiensystem verzeichnen konnte,<sup>24</sup> mochte sich in Bollschweil nur eine von 255 abgegebenen Stimmen für die Rechtsradikalen erwärmen; das Zentrum hingegen verbuchte mit 232 Stimmen einen Höchststand von fast 91 Prozent der Voten. Das änderte sich auch nicht wesentlich in der Reichstagswahl vom September 1930, in der trotz der Erfolge auf Reichsebene nur 7 Stimmen für die NSDAP abgegeben wurden. Knapp zwei Jahre später jedoch, mit der Reichstagswahl vom Juli 1932, bot sich ein ganz anderes Bild: Die Zahl der Bollschweiler NSDAP-Wähler erhöhte sich bei ungewohnt hoher Wahlbeteiligung schlagartig auf 91 (Zentrum 215) – ein Erfolg, der zwar bei der Reichstagswahl vom November des Jahres nicht gehalten werden konnte, da die Partei bei geringerer Wahlbeteiligung nur 36 Stimmen zu reaktivieren vermochte (Zentrum 184). Dennoch trug die im Amtsbezirk Staufen flächendeckend verschärfte NS-Agitation des Jahres 1932 auch in Bollschweil ihre ‚Früchte‘: Die Parteiveranstaltungen und Kameradschaftsabende der SA, die der Kirchhofener Ortsgruppenleiter, zu dessen Bezirk Bollschweil bis 1934 zählte, jeweils im Gasthaus „Zur Brauerei“ durchführen ließ,<sup>25</sup> überzeugten immer mehr Wahlberechtigte, nun offenbar auch aus den Reihen des Zentrums: Bei der Reichstagswahl im März 1933, bei der auch die NS-Wähler

<sup>21</sup> ADLER-RUDEL (wie Anm. 19), S. 172. Arbeitsbericht (wie Anm. 18) (1933), S. 21 bzw. (1935), S. 44. Für das Waisenhaus in Diez vgl. den Internet-Eintrag: [www.rhein-lahn-info.de/geschichte/goelzenleuchter/diez.html](http://www.rhein-lahn-info.de/geschichte/goelzenleuchter/diez.html). Ferner THOMAS HÖLTKEN: Das israelitische Kinderheim in Diez. In: Heimatbuch des Rhein-Lahn-Kreises 12 (1997), S. 144-146. Schikanen der Behörden und tätliche Angriffe der Bevölkerung musste beispielsweise auch das Landschul- und Kinderheim Caputh über sich ergehen lassen. FEIDEL-MERTZ/PAETZ (wie Anm. 10), S. 41ff.

<sup>22</sup> Vgl. den aufschlussreichen Aktenvermerk des Bürgermeisters vom 27.9.1935 über sein Gespräch mit der Heimleitung; wie Anm. 21 (Internetbeitrag).

<sup>23</sup> Freiburg im Breisgau, Stadt und Landkreis. Amtliche Kreisbeschreibung, Bd. 2,1, Freiburg 1972, S. 96. – An *Seelen* nennt der Visitationsbericht der Pfarrei Bollschweil von 1938: 609 katholisch, 38 protestantisch, 3 israelitisch, 2 Sonstige. Erzbischöfliches Archiv Freiburg (EAF), Best. O Nr. 1188 (Kirchenvisitation Bollschweil, 1880-1941).

<sup>24</sup> ERNST OTTO BRÄUNCHE: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 125 (1977), S. 331-375, hier S. 346.

<sup>25</sup> Vgl. Staatsarchiv Freiburg (StAF), B 741/1 (Bezirksamt Staufen) Nr. 314 (Abhaltung politischer Versammlungen, 1931-1933): Veranstaltungen in Bollschweil am 29.6., Ende Juli, 25.9. (SA-Sturmabteilung III/113), 3.11.1932, 26.2.1933. Vgl. auch ebd., Nr. 371 (Bekämpfung politischer Ausschreitungen, hier: Versammlungstätigkeit). – Tritschlers Bierbrauerei und Weinwirtschaft, nach Besitzerwechsel und Aufgabe des Braubetriebs 1920 in „Hirschen“ umbenannt, wurde von den Einheimischen weiterhin als „d' Braui“ („Zur Brauerei“, auch „Zum Bierhaus“) bezeichnet. JOSEF DIENER: Das Hexental auf alten Ansichtskarten. Freiburg 1987, S. 56.

vom Juli des Vorjahres wieder zur Stimmabgabe bewogen werden konnten, entschieden sich 136 Bollschweiler (43,4 %) für die NSDAP, nur noch 162 (51,8 %) für das Zentrum.<sup>26</sup>

Immerhin ist zu konstatieren, dass in Bollschweil ein Wahlsieg der NSDAP vermieden werden konnte – im Gegensatz zu einigen anderen katholischen Gemeinden des Amtsbezirks Stauf, in denen das Zentrum, allerdings meist knapp, in die zweite Reihe verwiesen wurde, und anders vor allem als in den evangelischen Orten Südbadens mit ihren extrem hohen NS-Erfolgen. Trotz sehr ähnlicher Sozialstruktur waren die katholischen Dörfer eben doch weniger anfällig für die Parolen der Partei,<sup>27</sup> verfügten deshalb weiterhin über eine starke Gruppe von Zentrumsanhänger. Das wollte zwar bald schon politisch nicht mehr viel besagen, war aber doch von erheblicher Bedeutung für das gesellschaftliche Klima im Dorf. So darf also für Bollschweil wie für andere katholisch geprägte Gemeinden eine gewisse Kontinuität der politischen und zum Teil auch der personellen Gegebenheiten über 1933 hinaus konstatiert werden, die anfänglich Schutz vor Parteifanatismus bot:<sup>28</sup> Die vier Sitze des Bollschweiler Gemeinderats, die 1933 nach dem Gleichschaltungsgesetz gemäß den Ergebnissen der Reichstagswahl neu zu besetzen waren, nahmen nun je zwei Vertreter des Zentrums und der NSDAP ein. Bürgermeister Bernhard Schneider verblieb im Amt, allerdings erst, nachdem er die geforderte Loyalitätserklärung zum neuen Staat abgegeben und die Parteimitgliedschaft erworben hatte; er war seit 1919 schon in der Gemeindeverwaltung tätig gewesen und im Dezember 1932, noch demokratisch, aber wohl mit einem hohen Anteil der rechtskonservativen Stimmen, in sein Amt gewählt worden.<sup>29</sup>

Das politische Klima im Ort scheint auch durch die Aktivitäten des protestantischen ‚Orts Herrn‘, des Freiherrn Max von Holzling-Berstett, nicht verschärft worden zu sein – so naheliegender eine solche Annahme zunächst auch sein mag angesichts der Tatsache, dass gerade er es war, der, unterstützt durch das hohe Ansehen, das er genoss, viel dazu beigetragen hat, den Nationalsozialismus in Bollschweil hoffähig zu machen und zu festigen.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Die Abstimmungsergebnisse nach Amtsbezirken und Gemeinden finden sich in den amtlichen, vom Badischen Statistischen Landesamt, Karlsruhe 1928ff., bearbeiteten und herausgegebenen Wahlveröffentlichungen. – Zu den Wahlen im Einzelnen, den Wahlerfolgen und den Wählern der NSDAP vgl. BRÄUNCHE (wie Anm. 24), insb. S. 368ff., ferner ERNST M. WALLNER: Die Reichstags- und Bundestagswahlen im Landkreis Freiburg seit der Jahrhundertwende. Bühl 1965, S. 30ff.

<sup>27</sup> ULRICH BAUMANN: Zerstörte Nachbarschaften. Christen und Juden in badischen Landgemeinden 1862-1940. Hamburg 2000, S. 202f. und 205.

<sup>28</sup> Vgl. ebd., S. 225.

<sup>29</sup> Inwieweit bei der Bürgermeisterwahl vom Dezember 1932 parteipolitische Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielten, wird nicht ganz deutlich: Schneider erhielt 197 Stimmen, sein Gegenkandidat, der Landwirt Franz Weber, wenig später Gemeinderat des Zentrums, erhielt dagegen 120 Stimmen, also nur zwei Drittel der Zentrumsstimmen der Reichstagswahl vom November. Soviel scheint jedoch sicher: Schneider – und nicht der zentrumsnahe Gegenkandidat – vereinigte auf sich die Stimmen der Rechtskonservativen. Vgl. GemeindeAB, B IV.2 Nr. 2 (Gemeindedienste – Bürgermeister, 1910-1948).

<sup>30</sup> KLAUS W. JONAS vermeidet in seiner Kurzbiographie Max von Holzling-Berstetts (1867-1936) – in: Badische Biographien. Neue Folge. Bd. 2. Stuttgart 1987, S. 141ff. – sorgfältig jeden Hinweis auf dessen Verstrickung in den Nationalsozialismus. Auf die positive Einstellung zum Nationalsozialismus, sowohl Max von Holzlings wie seiner Ehefrau Elsa, verweist dagegen, allerdings in aller Kürze, DAGMAR VON GERSDORFF: Marie Luise Kaschnitz. Eine Biographie. Frankfurt/M. 1992, S. 13f. und 111f. – *Auf den Nullpunkt seiner Existenz angekommen* (Marie Luise Kaschnitz) baute sich General von Holzling nach dem Scheitern im Ersten Weltkrieg ab 1918 in Bollschweil eine Existenz als Land- und Forstwirt auf, nicht ohne schon bald auf die Wiederherstellung der nationalen Ehre Deutschlands und auf die Wiederherstellung seines persönlichen Ansehens als Militär hinzuwirken, unter anderem auch auf europäischer Ebene als Vorsitzender des Deutschen Olympia-Komitees für Reiterei. Anfang der zwanziger Jahre trat er der Deutsch-Nationalen Volkspartei bei. Ab 1930 sah er in Hitler den nationalen Erneuerer, im Nationalsozialismus die notwendige und vor allem einzig wirksame Gegenbewegung gegen die *teils nationalen, teils in unwürdiger Weise pazifistischen Parteien*. (Vgl. von Holzlings Brief vom 29.11.1930 an Freiherrn von Stumm. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), Abt. 69 von Holzling-Berstett, Zug. 1989 Nr. 116, Fasz. 42 [Briefe an verschiedene Adressaten]). 1932, während der Reichspräsidentenwahl, wandte von Holzling sich

Seit 1930 sah von Holzing in Hitler, den er in völlig irrationaler Weise idealisierte,<sup>31</sup> den einzigen Garanten für die Wiederherstellung der ‚nationalen Ehre‘ Deutschlands, mit der er die Wiederherstellung seines eigenen Ansehens als Militär verbunden sah. Deshalb wohl auch ignorierte er geflissentlich – selbst die Hinweise seiner Tochter Marie Luise Kaschnitz als kleinliche *Krittelei* schroff zurückweisend<sup>32</sup> – all jene nationalsozialistischen Übergriffe, die in ihrer Rücksichtslosigkeit seinem Begriff von Ehre und Anstand im Grunde direkt widersprachen. In seinem eigenen politischen Engagement allerdings verhielt er sich als *anständiger nobler Mensch* äußerst korrekt, so auch vor Ort in Bollschweil, in dessen Gemeinderat er sich 1935 durch den Kreisleiter, mit drei weiteren Parteigenossen, als Ratsmitglied berufen ließ.<sup>33</sup> Und obwohl von Holzing *grundsätzlich* der Auffassung war, *das neue Deutschland strebe zu Recht eine Zurückdrängung des nicht arischen Blutes im Staate und besonders in allen führenden Berufs- und Lebensstellungen an*,<sup>34</sup> waren für ihn realiter, bei aller inneren Distanz zum Juden-

endgültig von der Deutschnationalen Volkspartei ab, da diese nicht für Hitler votierte. (Vgl. von Holzings Leserzuschrift vom 27.4.1932, in der er die Gründe für seinen Austritt aus der DNVP darlegte. [Zeitungsausschnitt; Name der Zeitung nicht ermittelt]. Ebd. Fasz. 45 [Reden, Vorträge, Leserbriefe, 1922-1936]). Im Mai 1933 trat von Holzing der NSDAP bei, wurde *Nationalsozialist, wenn es auch den Nationalsozialismus, an den er glaubte, nie gegeben hat* (Kaschnitz). (Vgl. Holzings NSDAP-Mitgliedskarte mit Passfoto, Mitgliedsnummer 2557939. Bundesarchiv [ehem. Berlin Document Center], NSDAP-Zentralkartei). Im kirchlichen Bereich engagierte er sich für die Reichskirche und die Deutschen Christen. (Vgl. sein Schreiben vom 26.10.1934. GLA, ebd. Fasz. 35.) 1935 wurde von Holzing einstimmig zum Präsidenten der Internationalen Reitervereinigung (FEI) gewählt. Kurz nach den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin, wo er, verantwortlich für die Organisation der Reiterolympiade, die – von seiner Tochter bewusst gemiedene – triumphale Selbstdarstellung NS-Deutschlands mitgestaltete, starb von Holzing, *SA-Sturmführer [des Reiter-Sturms Müllheim 9/53] bei der Gruppe Südwest*, am 9. September 1936. (Todesanzeige der Familie. StadtAF, C4/II/33/4 [Teilnahme am Ableben angesehener Persönlichkeiten, 1934-1940]).

<sup>31</sup> Vgl. den Vortrag, den von Holzing Ende 1933 vor der Freiburger Bezirksgruppe der Deutschen Adelsgenossenschaft, Gau Baden, hielt, der er seit 1922 angehörte und deren Vorsitz er 1933 übernahm. Darin heißt es mit Blick auf jene Adeligen, die sich zunächst nicht für den Nationalsozialismus entscheiden konnten, dass nun die Fahnen zu wechseln seien, nachdem *über jeden von uns die starken Eindrücke hingezogen [sind], von des Führers offenbarem, wahren und einzigen Beruf zur Führung Deutschlands, von der überragenden genialen Kraft seines Geistes und Willens, von seiner tiefen Religiosität, von seiner heiligen Kraft und Wahrhaftigkeit, von seinem unbedingten persönlichen Mut und seiner Opferbereitschaft*. Maschinenschriftliches Manuskript. GLA (wie Anm. 30), Fasz. 45.

<sup>32</sup> Angesichts des *sittlich ergreifenden Bekenntnisses des überwiegenden Teils des deutschen Volkes ... zu seiner volks-, national- und staatsmäßigen Zusammengehörigkeit über alle Unterschiede hinaus – der geheiligte Traum der deutschen Einheit naht sich seiner Erfüllung* – waren nach von Holzings Überzeugung *Kritteln und Mäkeln* fehl am Platze; Marie Luise Kaschnitz hatte sich unter anderem über die schweren NS-Angriffe auf den Kulturbereich empört und auf die Gefährdung ihrer jüdischen Freunde, darunter ihr Verleger Paul Cassirer und dessen Lektor Max Tau, aufmerksam gemacht. Vgl. zu beiden GERSDORFF (wie Anm. 30), S. 60f., 74f., 89f., 104ff.; dort auch S. 111f. Hinweise auf die scharfen politischen Kontroversen in der Familie. Noch Ende 1935 forderte von Holzing von seiner Tochter *Aufnahme-Bereitschaft, Anerkennens-Bereitschaft, Abwendung von all der kleinen, abgegriffenen landläufigen Münze des Bemängelns*. Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Kaschnitz (Briefe Max von Holzings an Marie Luise Kaschnitz, 1924-1936): Briefe vom 4.3.1933, 17.3.1933, 15.11.1935. – Zu ihres Vaters ideologischer Blindheit bemerkte Marie Luise Kaschnitz: *Papa schreibt begeistert aus Berlin. ... Fand überall seine nationalsozialistische Gesinnung bestätigt. Aber er sieht ja nur, was er sehen will*. Brief vom 28.10.[o. J.] an Guido von Kaschnitz. Ebd.

<sup>33</sup> GemeindeAB, B IV.2 Nr. 12. – Von Holzing hat sich auch sonst in Bollschweil öffentlich für den Nationalsozialismus eingesetzt. So berichtet er 1934: *Ich habe heute gesprochen, Festrede 1. Mai, und bin mit meiner [SA-] Reiterschare im Festzug geritten, habe Hitlers Rede mit den Bauern gehört und gehe nachher noch kurz zum Maintanz*. GLA (wie Anm. 30), Fasz. 35.

<sup>34</sup> Diese seine Auffassung formulierte von Holzing in einem Vortrag vor der Freiburger Sektion der Deutschen Adelsgenossenschaft (vgl. Anm. 31). Deren Mitglieder hatte er auf die Überprüfung ihrer *blutsmäßigen Abstammung* zu verpflichten; sie hatten den Nachweis anzutreten, dass *alle ihre nach 1750 geborenen Vorfahren arischen Blutes* waren. Diese Verpflichtung stieß bei nicht wenigen Angehörigen des Gesamtverbands, der von Hitler als einzige Standesvertretung des Adels anerkannt worden war, auf scharfe Kritik, deren Berechtigung auch von Holzing nicht ganz ignorieren konnte. So brachte er Verständnis dafür auf, dass *kein vornehmer Charakter ... eines Ahnen andern Blutes mit geminderter Ehrfurcht gedenken wird, nur weil dessen Vorhandensein [jetzt]*



tum, antisemitische Agitation und antijüdische Aktivitäten keine Mittel der politischen Überzeugungsarbeit.<sup>35</sup> Allerdings, auch hierbei verdrängte er mit Rücksicht auf seine nationalistischen Ziele die schlimmen Konsequenzen, die eine solche Haltung unter der Herrschaft der NSDAP nach sich ziehen musste.

Von Holzings *anständig-noble* Haltung<sup>36</sup> und das geschilderte katholische Milieu, dessen Wirksamkeit allerdings im Laufe der Zeit immer schwächer wurde,<sup>37</sup> werden dazu beigetragen haben, dass sich in Bollschweil nach 1933 zunächst weder lautstarker Parteifanatismus noch aggressiv vorgetragener Antisemitismus offen äußerte. Freilich gab es am Ort auch keine Judengemeinde, gegen die sich dieser direkt hätte richten können.<sup>38</sup> Im Dorf lebte nur eine jüdische Mitbürgerin, Emma Kirner geb. Carsch aus dem niederrheinischen Emmerich, Tochter des dortigen Kantors, Ehefrau des katholischen Bürstenmachers Ernst Kirner aus Todtnau, der sich 1925 in Bollschweil niedergelassen hatte und dort eine bescheidene Bürstenfabrikation betrieb.<sup>39</sup> 1935 dann wählte der aus dem hessischen Schuldienst entlassene Studienassessor Josef Rüdell mit seiner jüdischen Frau und zwei Kindern Bollschweil zum Wohnsitz.<sup>40</sup> Auch sein Zu-

---

*äußere Folgen für ihn selbst haben kann. Vor allem aber machte ihm das Problem zu schaffen, dass Adelstitel, die auf Leistungen gegründet waren, insbesondere auf solche heroischer Art und für das Vaterland vollbrachter, nun durch den Nachweis einer Beimischung nichtarischen Blutes nichtig werden sollten. Einer eigenen klaren Stellungnahme entzog sich von Holzings aber mit dem Hinweis, Entscheidungen werde ein noch zu bildender Adelsgerichtshof zu treffen haben.*

- <sup>35</sup> Von Holzings Tochter Lonja Stehelin-Holzings hat 1935 in einer kleinen Szene das in äußerst höflicher Form geführte, aber doch von unüberwindbarer gegenseitiger Distanz geprägte Gespräch ihres Vaters mit einem jüdischen Ehepaar festgehalten, das mit seinem Sohn Peter befreundet war. Literaturarchiv Marbach, A: Stehelin-Holzings, Zug. Nr. 87.38.11 (Aufzeichnungen, Notizen, Zitate, 1918-1945), S. 59.
- <sup>36</sup> Dass einige Mitglieder der Familie Holzings, *anständige noble Menschen*, Anfang 1939 noch *völlig mit dem NS übereinstimmen*, überstieg das Fassungsvermögen eines englischen Freundes der Familie. KASCHNITZ (wie Anm. 1), S. 254.
- <sup>37</sup> In seinem Visitationsbericht vom Dezember 1938 stellt Dekan Dr. Föhr fest: *Der religiöse Zustand der Gemeinde [Bollschweil] macht keinen besonders guten Eindruck; es ist wohl die unbefriedigendste Gemeinde im Hexental.* Die katholische und kirchliche Presse (Freiburger Tagespost bzw. Konradsblatt) wurde nur von wenigen bezogen, die akatholische Presse (Der Alemanne) war dagegen *stark verbreitet*. Kirchenaustritte waren seit 1933 nur 2 (1938) zu verzeichnen, doch ging der Kirchenbesuch immer mehr zurück. Die kirchlichen Vereine existierten nicht mehr: *nichts für die Jugend, nichts für die Männer, nichts für die Frauen und Jungfrauen.* Pfarrer Wilhelm Müller hatte gänzlich resigniert. Sein Nachfolger Pfarrer Fränznick bezeichnete es 1941 als vorrangigste Aufgabe, *die große Zahl der Abständigen ... wiederzugewinnen.* EAF, Best. O Nr. 1188 (Kirchenvisitation Bollschweil, 1880-1941).
- <sup>38</sup> Die damals von jüdischer Seite vertretene Auffassung, verleumderische Unterstellungen gegen Juden seien besonders in Gemeinden ohne jüdische Bürger wirksam, während „nachbarliches Miteinander von Juden und Nichtjuden“ das gegenseitige Verständnis fördere und damit auch die Wahlchancen der NSDAP mindere, erwies sich nicht als richtig. Die Annahme basierte auf der unkritischen Interpretation der Wahlergebnisse anlässlich der Landtagswahlen in Baden 1929, der zufolge in den Orten ohne jüdische Bevölkerung der Anteil der NS-Stimmen extrem höher gewesen sei als in den Orten mit starken Judengemeinden, was insgesamt nicht zutrif. Vgl. hierzu ausführlich BAUMANN (wie Anm. 27), S. 194ff.
- <sup>39</sup> Emma Kirner geb. Carsch, geb. am 1.5.1879 in Emmerich, gest. am 23.7.1949 in Bollschweil, viertes von neun Kindern des Elementarlehrers und Kantors Jakob Carsch und seiner Ehefrau Julia geb. Rhée. Sie heiratete am 19.4.1919 in Freiburg den katholischen Bürstenmacher Gustav Ernst Kirner, geb. am 9.10.1878 in Todtnau, gest. am 18.9.1949 ebd. Trauzeugen waren der nichtjüdische Kaufmann (Bürsten- und Korbwaren) Wilhelm Kahn und der jüdische Versicherungsagent Adolf Besag, der am 23.8.1942 mit seiner Frau Pauline nach Theresienstadt verschleppt wurde, wo diese im Oktober starb; Besag überlebte und kehrte nach Freiburg zurück. Mitteilungen der Bürgermeisterämter Bollschweil und Todtnau, des Standesamts Freiburg. Weiterführende Hinweise verdanke ich Herrn Herbert Schüürmann, Emmerich, Mitautor der Publikation: *Juden in Emmerich* (Emmericher Forschungen, 12). Emmerich 1993 (dort S. 234: biographische Daten zu Kantor Jakob Carsch und Familie). Zu Adolf und Pauline Besag vgl. StadtAF, C5/2587; B1/418 (Dokumentation jüdischer Friedhof) Nr. 477a, b.
- <sup>40</sup> Josef Rüdell, geb. am 26.6.1888 in Oberlahnstein, gest. am 26.3.1974 in Freiburg, studierte alte Sprachen und Geschichte in Heidelberg, München und Straßburg, wo er 1915 Paula Landshut, geb. am 8.1.1892 in Elbing, gest. am 1.8.1969 in Freiburg, heiratete. 1934 aus politischen Gründen und wegen seiner Ehe mit einer Jüdin aus dem Schuldienst an der Hassel-Realschule in Frankfurt/M. in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, ging er, insbesondere wohl wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Frau zu Straßburg, mit ihr und den Kindern Hans

zug kann als Indiz dafür gelten, dass die Verhältnisse im Dorf jüdischen Menschen ein weitgehend unbehelligtes Leben zu garantieren versprochen – auf das die Leiterinnen des jüdischen Kinderheims ebenfalls hoffen durften, als sie Ende 1934 Bollschweil als möglichen Ort der Niederlassung ins Auge fassten. Und in der Tat ging die Einrichtung des Heims problemlos vonstatten; offene Proteste der Dorfbewohner oder gar Versuche, die Ansiedlung des Heims durch Einflussnahme auf die Bezirksverwaltung oder den Vermieter zu hintertreiben, sind nicht festzustellen. Wenn Bürgermeister Schneider freilich 1947 im Entnazifizierungsverfahren anführte, das *Israelitische Kinderheim* sei 1934 mit seiner *Genehmigung* errichtet worden,<sup>41</sup> so wäre hier doch eher von stillschweigender Akzeptanz zu sprechen; einer zusätzlichen Genehmigung durch das Bürgermeisteramt bedurfte es damals nicht.

Die Duldung des Heims wurde erleichtert durch dessen abgeschiedene Lage im Leimbachtal, fast als letztes von nur wenigen anderen Anwesen. So blieb der Kontakt der Heiminsassen mit den Dorfbewohnern auf ein Minimum beschränkt – ein Vorteil übrigens auch für das Heim. Denn so durfte man hoffen, dass man weitgehend ungestört seinen Aktivitäten nachgehen konnte. Andererseits war das Oberdorf, aus dem das Heim seine Versorgung bezog, durchaus noch bequem erreichbar.

Die Lage des Hauses bot ferner die für einen Erholungsaufenthalt notwendige Ruhe, und die direkte Nähe von Wald und Talwiesen sorgte nicht nur für gute klimatische Bedingungen, sie schuf auch hinreichend Raum und Gelegenheit für Spiele und Wanderungen.

Von der Größe her hatte das Anwesen den gewünschten oder doch zumindest einen ausreichenden Zuschnitt, obwohl die meisten jüdischen Kinderheime eine höhere Zahl an Plätzen – zwischen 30 und 100 – anbieten konnten.<sup>42</sup> Das Staufener Bezirksamt hatte zwar zunächst *mit Rücksicht auf die Größe der Zimmer, Beschaffenheit der Betten und Lichtzutritt* nur eine Belegung *mit höchstens 12 Kindern* gestattet, die getrennt *nach Geschlechtern* unterzubringen waren. Doch nach einigen Umbaumaßnahmen, die der neue Besitzer Rombach durchführen ließ, hieß es im Baubescheid: *Der Belegung des Hauses mit 24 Kindern stehen Bedenken nicht entgegen.*<sup>43</sup> Diese Möglichkeit scheint in der Folgezeit auch genutzt worden zu sein; selbst gegen Ende 1938, als das Heim schon um sein Überleben kämpfen musste, waren noch 15 Kinder im Haus untergebracht.<sup>44</sup>

Aufgenommen wurden, wie dem Bescheid des Bezirksamts zu entnehmen ist, Jungen und Mädchen, vermutlich, wie andernorts häufig, im Alter von etwa 4 bis 16 Jahren – doch variierte die Anforderung an das Alter der Kinder bei den einzelnen Heimen je nach den Möglichkeiten der Häuser.<sup>45</sup> Dass Erwachsene Aufnahme fanden, war sicher die Ausnahme: so verbrachte im Mai 1937 eine asthmakranke Freundin der Familie Müller vier Wochen in der „Sonnenhalde“. Gelegentlich hielten sich Verwandte der Kinder oder der Leiterinnen im Heim auf, die diese Gelegenheit nutzten, wenigstens für kurze Zeit dem bedrückenden Alltag zu entfliehen.<sup>46</sup>

---

Erwin und Rosemarie nach Baden. Der Sohn emigrierte später nach Frankreich. Ende November 1937 zog das Ehepaar nach Freiburg. Paula Rüdell wurde noch am 13.2.1945 mit dreizehn weiteren Freiburgerinnen und Freibürgern nach Theresienstadt verschleppt; sie kehrte Ende Juni des Jahres zurück. Gemeindeverwaltung Bollschweil, Fremdenbuch. StAF, L 50/1 Nr. 12357 (Personalakte Joseph Rüdell). StadtAF, C5/2587 (Fürsorge für politisch Verfolgte, 1945-1950); Meldekartei (Meldekarten Joseph, Paula, Rosemarie Rüdell).

<sup>41</sup> *Das Israelitische Kinderheim wurde 1934 hier mit meiner Genehmigung errichtet. Jahrelang hatte ich Vorwürfe hierwegen einzustecken.* StAF, D 180/2 (Spruchkammerakten) Nr. 130.228 (Entnazifizierung Schneider, Bernhard, Landwirt und ehem. Bürgermeister in Bollschweil).

<sup>42</sup> Vgl. Informationsblätter (wie Anm. 13) (1935), Nr. 4/5. Siehe auch Anm. 10.

<sup>43</sup> Wie Anm. 4.

<sup>44</sup> Ilse Eisenstein aus Frankfurt an Grete Eichenberg in Palästina, 16.9.1938. Familienarchiv Eilon.

<sup>45</sup> Vgl. Informationsblätter (wie Anm. 13) (1935), Nr. 4/5.

<sup>46</sup> Angelika Müller, Dr. Elisabeth Müllers Mutter, am 7.1.1937 an Grete Eichenberg in Palästina: *Frau Dr. Mundheim starb anfangs November, nachdem sie recht viel zu leiden hatte (Asthma), sie lebte ja der Luft wegen seit*

Das Heim war, im Gegensatz zu vielen anderen, die nur im Sommer Kinder aufnahmen, ganzjährig geöffnet. So verbrachten die beiden – vier Jahre später mit ihrer Mutter ermordeten – Töchter von Ilse Eisenstein aus Frankfurt, einer Cousine Elisabeth Müllers, dort die Weihnachtsferien 1937/38, in der *Hoffnung auf Schnee, der aber nicht kam*.<sup>47</sup> Nur ab November war das Haus, da das übliche, für einen Erholungsaufenthalt ungeeignete Regenwetter zu erwarten war, für sechs Wochen geschlossen; die Heimleiterinnen nutzten dann die Zeit zu Familien- und Verwandtenbesuchen.<sup>48</sup>

Die Dauer des Heimaufenthalts dürfte in der „Sonnenhalde“ – wie in den meisten jüdischen Kinderheimen – in der Regel vier bis sechs Wochen betragen haben. Für die Kosten hatten die Eltern der Kinder aufzukommen. Da das Heim keinen Gewinn abwarf – nur mit Mühe konnte die erforderliche Kostendeckung erreicht werden<sup>49</sup> –, war es wohl nicht möglich, bedürftigen Kindern kostenlose Aufnahme zu gewähren, wie andere Heime, die über ein Stiftungsvermögen verfügten, dies vermochten.

Aus welchen Städten die Kinder stammten, die nach Bollschweil kamen, ist nur in wenigen Fällen direkt zu belegen. Ursula Rosenberg, Elisabeth Müllers Nichte, begleitete Anfang August 1937 sieben Kinder von Bollschweil nach Frankfurt, die von dort aus weiter nach Hannover fuhren.<sup>50</sup> Dies wird nicht die einzige Gruppe gewesen sein, die aus Elisabeth Müllers Heimatort stammte, denn es ist naheliegend, dass sie angesichts ihrer seit langem bestehenden Kontakte zur Wohlfahrtsstelle der jüdischen Gemeinde Hannover den dortigen Großstadtkindern Erholungsaufenthalte in ihrem Heim vermittelte. Aber auch aus Frankfurt, wohin sie verwandtschaftliche Beziehungen und damit wohl auch Kontakte zur Jüdischen Gemeinde hatte, sind Kinder nach Bollschweil in die „Sonnenhalde“ gekommen, vermutlich nicht nur aus ihrer Verwandtschaft wie etwa – neben Inge und Ruth Eisenstein – die 16jährige Ursula Rosenberg, die im Frühjahr 1937, nachdem sie bereits in Frankfurt ein Jahr Haushaltsschule absolviert hatte, für ein halbes Jahr an das Kinderheim ging. Sie wollte sich dort in Hauswirtschaft und Kinderpflege ausbilden lassen,<sup>51</sup> für die, wie bereits bemerkt, Elisabeth Müller als Kinderärztin bestens gerüstet war, während für den Bereich Hauswirtschaft Annerose Heitler zuständig war, die auch ihre Kenntnisse aus ihrer Lehrtätigkeit einbringen konnte – sie unterrichtete ihren

---

*zwei Jahren teils in Garmisch-Partenkirchen, war auch den Maimonat bei Lieschen. – Rosel Rosenberg am 3.7.1937 an ihren Sohn Kurt: Anneliese F. ist für 14 Tage in Bollschweil, da ist Ursel natürlich glücklich. – Ursula Rosenberg am 26.5.1937 aus Bollschweil an ihren Bruder Kurt: Über Pfingsten [hatte ich] Frankfurter Besuch auf 3 Tage hier. Familienarchiv Eilon. Vgl. OLIVER DOETZER: „Aus Menschen werden Briefe“. Die Korrespondenz einer jüdischen Familie zwischen Verfolgung und Emigration (Selbstzeugnisse der Neuzeit, 11). Köln u. a. 2002, S. 48ff. („Große und kleine Fluchten – Urlaube und Kuren“). Die Arbeit von O. Doetzer wertet die im Familienarchiv Eilon liegende Korrespondenz der mit Elisabeth Müller verwandten Familien Rosenberg, Eisenstein und Eichenberg aus.*

<sup>47</sup> Brief vom 7.1.1937, wie Anm. 46. – Ilse Eisenstein wurde mit ihren Kindern Inge und Ruth 1942 nach Estland deportiert und dort ermordet. Vgl. DOETZER (wie Anm. 46), S. 205f.

<sup>48</sup> Therese Magnus aus Hannover am 9.10.1936 an Grete Eichenberg in Palästina: *Lieschen kommt bald mal her, denn ich glaube, im November schließen sie.* – Angelika Müller aus Hannover am 7.1.1937 an Grete Eichenberg: *Unser Lieschen war von circa Mitte November an einen Monat bei uns auf Besuch.* Vgl. auch Rosel Rosenberg am 20.11.1936 bzw. Ilse Eisenstein am [?].11.1938 an Grete Eichenberg. Familienarchiv Eilon.

<sup>49</sup> Vgl. die eidesstattliche Erklärung der Schwester Elisabeth Müllers, Marga Goldschmidt, vom 17.9.1957. Hauptstaatsarchiv Hannover (HStAH), Nds. 110 W Acc. 105/93 Nr. 960 (Wiedergutmachung Margarete Goldschmidt als Erbin der Elisabeth Müller).

<sup>50</sup> Ursula Rosenberg aus Bollschweil, Kinderheim, an ihren Bruder Kurt in Wetzlar, 6.8.1937. Familienarchiv Eilon.

<sup>51</sup> *Ursel hoffen wir, den Sommer über an Lieschen nach Sonnenhalde zu geben. Sie hat dann 1 Jahr Haushaltsschule hinter sich.* Rosel Rosenberg aus Frankfurt am 25.10.1936 an Grete Eichenberg in Palästina. – *Gegen Ende September wird Ursel aus Bollschweil wieder nach Hause kommen, wo sie ein halbes Jahr als Helferin in einem Kinderheim tätig war und sich sehr bewährt hat. Sie soll dann Schneidern und eventuell Putzmachen lernen und möchte sich dann gern als nurse ausbilden lassen.* Georg Rosenberg aus Frankfurt an Gustav Rosenberg, USA, 24.8.1937. Familienarchiv Eilon.

Zögling in Englisch.<sup>52</sup> Mit dieser Ausbildung übernahm das Kinderheim eine Aufgabe, die im Hinblick auf die Auswanderung jüdischer Mädchen immer wichtiger wurde. Seit Mitte 1933 wurde in vermehrtem Maße versucht, *jüdische Mädchen als Haushaltsschülerinnen in Heimen* – wie etwa im Dürrheimer Friedrich-Luisen-Hospiz – *unterzubringen, um sie in allen Zweigen der Hauswirtschaft auszubilden und sie in die Kinder- und Säuglingspflege einzuführen.*<sup>53</sup> Sie sollten damit befähigt werden, sich in der Emigration als Hausgehilfinnen und Kindermädchen ihren Lebensunterhalt zu verdienen – *Kenntnisse, besonders praktische, sind ja immer noch das Beste, was Eltern ihren Kindern mitgeben können, vor allem in unserer Lage*, bemerkte Georg Rosenberg 1937 zum Bollschweiler Aufenthalt seiner Tochter Ursula, die dann Mitte 1939 mit einem Kindertransport nach England emigrierte.<sup>54</sup>

Über die Aktivitäten des Heims, gar über die Gestaltung des Tagesablaufs im Einzelnen ist kaum etwas bekannt. Es fehlt an Zeugen. Heimkinder, die sich in die Emigration haben retten können und die allein in der Lage wären, Genaueres darüber mitzuteilen, konnten nicht ermittelt werden.<sup>55</sup>

Dass Gruppenspiele, Wanderungen und Ausflüge in die nähere Umgebung stattfanden, versteht sich allerdings von selbst. Besucht wurde möglicherweise das mit dem Postbus bequem zu erreichende Freiburg, so wie es Ursula Rosenberg tat. *Vorgestern war ich in Freiburg*, schrieb sie im Mai 1937 ihrem Bruder Kurt. *Erst besichtigte ich das Münster, hinterher war ich im Café Museum und hab bei fabelhafter Musik und Zeitung meinen Kuchen gegessen. Das Münster ist unbeschreiblich schön. Es sind 380 Stufen, bis man oben im Turm ist, und man kann nur 190 Stufen davon fahren. Da ich prima Wetter hatte, war die Luft so rein und ich hatte eine herrliche Aussicht.*<sup>56</sup>

Denkbar, dass auch für die älteren Kinder des Heims jeweils eine Fahrt nach Freiburg auf dem Programm stand. Nachgewiesen werden kann jedenfalls ein Gruppenausflug nach St. Ulrich mit anschließender Einkehr in das Gasthaus „Zum Rössle“.<sup>57</sup>

Der Tagesablauf dürfte, etwa mit geregelten Ruhezeiten, wie in anderen Heimen darauf abgestimmt gewesen sein, die angestrebte körperliche Erholung der Kinder zu gewährleisten. Eine bescheidene Bibliothek wird ihnen, an den Abenden und bei schlechtem Wetter, Stoff zum Lesen geboten haben. Ebenso dürften Singen und Musizieren, wohl auch mit Instrumenten, die die Kinder selbst mitbrachten, immer wieder auf dem Tagesplan gestanden haben.

Bedeutsamer freilich als die Klärung dieser und anderer, auch für nichtjüdische Kinderheime geltender Aspekte des Heimlebens ist die weiterführende Überlegung, inwieweit religiöse, das jüdische Selbstverständnis berührende Gesichtspunkte das Leben im Bollschweiler Heim geprägt haben könnten. Auch hier kann allerdings wiederum mangels direkter Nachrichten nur in Analogie zu anderen jüdischen Kinderheimen auf die Verhältnisse in der „Sonnenhalde“ geschlossen werden.

Die Bollschweiler Heimleiterinnen entstammten assimilierten Familien, die seit langem und ganz selbstverständlich mit der deutschen Kultur eng vertraut waren; mit ihrer religiös libera-

<sup>52</sup> Mitgeteilt von Frau Rina Eilon am 28.4.2002. Ob außer Ursula Rosenberg noch weitere Mädchen zu einer solchen Ausbildung aufgenommen worden sind, ist nicht bekannt.

<sup>53</sup> Informationsblätter (wie Anm. 13) (1933), Nr. 14. – 1937 konnte der Zentrallausschuss der Deutschen Juden für Hilfe und Aufbau für die Ausbildung in Hauswirtschaft 280 Plätze, viele davon in Kinderheimen, anbieten. Arbeitsbericht (wie Anm. 18), 1937, S. 90ff.

<sup>54</sup> Wie Anm. 51. – Zu Ursula Rosenberg vgl. DOETZER (wie Anm. 46), S. 100ff., 171ff. und 273f.

<sup>55</sup> Frau Ursula Rosenberg, die heute in den USA lebt, kann leider auf Grund ihres hohen Alters nicht mehr über das Kinderheim berichten. Versuche, mit ihr über ihre Söhne Kontakt aufzunehmen, scheiterten.

<sup>56</sup> Ursula Rosenberg aus Bollschweil, Haus „Sonnenhalde“, an ihren Bruder Kurt in Wetzlar, 26.5.1937. Familienarchiv Eilon. – In diesem Brief berichtet sie auch davon, dass sie *über Pfingsten Frankfurter Besuch* in der „Sonnenhalde“ hatte.

<sup>57</sup> Mitteilung von Frau Sumser, Wirtin des „Rössle“, an den Verfasser.

len Haltung hatten sie sich zunehmend aus der Bindung an die jüdische Tradition gelöst. Das wird vielfach auch für die Familien der Heimkinder gegolten haben, denen nun von den Nationalsozialisten das Stigma des rassistisch minderwertigen Jüdischseins angeheftet wurde. Sie litten in erheblichem Maße unter dieser Stigmatisierung, die von Beschimpfungen und tätlichen Angriffen durch christliche Altersgenossen begleitet sein konnte und die sie in die Isolierung trieb.<sup>58</sup> So galt es, den Kindern ein eigenes, nun in jüdischer Kultur und Tradition verankertes neues Selbstbewusstsein zu vermitteln – eine Aufgabe, der sich auch die Kinderheime nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten in der Gestaltung des Heimlebens widmeten, etwa mit der bewusst sorgfältigen Gestaltung der Freitagabendfeier und der verschiedenen jüdischen Feste im Jahreszyklus. Zwar setzte die zeitlich begrenzte Dauer des Heimaufenthalts hier enge Grenzen – Jüdische Erziehung als geistigen Widerstand im umfassenden Sinn leisteten die jüdischen Schulen und Landschulheime<sup>59</sup> –, doch konnte die Erfahrung einer gleich gesinnten Gemeinschaft wie im Sonnenhalde-Heim wenigstens die innere Kraft stärken, den psychischen Belastungen, denen jüdische Jugendliche im Alltag ausgesetzt waren, besser standzuhalten.

Mit der stillschweigenden Duldung der jüdischen Kinder scheint es in Bollschweil seit Ende 1936 allmählich vorbei gewesen zu sein. Zumindest hat eine wachsende Zahl überzeugter Parteigenossinnen und -genossen Überlegungen angestellt, wie eine Schließung des Heims zu bewerkstelligen sei – die eingangs angeführte Gesprächsnotiz beweist es. Denn dabei handelt es sich keineswegs nur um die private, übrigens von den Töchtern Marie Luise und Lonja<sup>60</sup> scharf missbilligte Ansicht Elsa von Holzings. Sie formulierte vielmehr die Auffassung weiterer Kreise, insbesondere die der von ihr mit karitativem und *weltanschaulich politischem* Einsatz erfolgreich geführten örtlichen NS-Frauenschaft.<sup>61</sup> Deren Mitglieder fanden bei den Treffen zur Vorbereitung der Winterhilfe, in der *Nähstube* und bei den wöchentlichen *Kochkursen* in der Küche des Schlosses Gelegenheit, die ideologischen Defizite im Dorf zu erörtern – Diskussio-

<sup>58</sup> ANGRESS (wie Anm. 19), S. 212f.

<sup>59</sup> JOSEPH WALK: Jüdische Erziehung als geistiger Widerstand. In: Die Juden (wie Anm. 19), S. 239-247. Vgl. auch die Titel in Anm. 13.

<sup>60</sup> Beide Töchter gerieten wegen ihrer oppositionellen Haltung immer wieder in Konflikt mit ihren Eltern, Lonja Stehelin-Holzling mit ihrer Mutter erneut beim Anschluss Österreichs an das Reich 1938, den diese begeistert begrüßt hatte: *Lonja war letzten Samstag da, aber man konnte nicht mit ihr reden aus Anlass der politischen Ereignisse. Als sie die Flaggen in Freiburg sah und hörte, dass unsre Truppen in Österreich einmarschieren, war es aus. Ich sagte ihr, sie solle nur wenigstens auf der Straße leise sprechen!!!! Wir vermieden danach die politischen Gespräche.* Elsa von Holzling am 17.3.1938 an Karola von Brauer. GLA (wie Anm. 30), Fasz. 73.

<sup>61</sup> Angeregt durch das Vorbild ihres Mannes trat auch Elsa von Holzling (1875-1941) im Dorf aktiv für den Nationalsozialismus ein. Sie führte die örtliche NS-Frauenschaft, wurde zweite Vorsitzende des NS-Wohlfahrtsausschusses, war damit für die Durchführung des Winterhilfswerks verantwortlich, gründete eine Nähstube. Elsa von Holzling am 3.12.1933 an Karola von Brauer. GLA (wie Anm. 30), Fasz. 73. Vgl. ihren Brief vom 27.5.1935 an ihre Tochter Marie Luise: *Letzten Sonntag hatte ich einen großen Werbenachmittag für die NS. Frauenschaft. Es waren furchtbar viele Leute da und dank meiner ... Ausführungen haben sich nachher 16 neue Mitglieder eingeschrieben. Das ist viel für unser Dorf. Ich habe zum ersten Mal eine Art weltanschaulich politische Rede gehalten.* Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Kaschnitz (Briefe Elsa von Holzling an Marie Luise Kaschnitz). Vgl. ebd. den Brief vom 28.12.1934 mit der Schilderung ihrer Aktivitäten bei der Vorbereitung und Durchführung der Winterhilfe, sowie den Brief vom 27.10.1936 an Karola von Brauer: *Am letzten Sonntag Abend hatten wir einen sehr guten Propagandaredner hier, der gegen den Bolschewismus sprach, ganz vorzüglich, nicht schreiend, mit angenehmer Stimme, nur ¾ Stunden, und inhaltlich sehr interessant. Von meiner Frauenschaft waren etwa 60 % da und der B.D.M. vollzählig. Der Kreisredner hat mir dafür ein Extra Anerkennung ausgesprochen. Das hat mich gefreut. – Am Freitag fing unser Kochkurs an. Er ist nun jeden Freitag, monatlang, von 2 Uhr mittags bis 11 Uhr abends, in unsrer Küche. Die erste Hälfte von 16 Teilnehmerinnen von 2-6 und die zweite Hälfte von 16 Teilnehmerinnen von 7-11. Es war ein solcher Eifer und so viele Bewerberinnen, dass ich für Februar noch einen dritten Kurs einrichten musste. ... Was Max auch gefreut hätte ist, dass ich neulich abends auf dem Rathaus in die Partei vorgeschlagen worden bin. Ich war nämlich noch nie in der Partei. Nun sind für jedes Dorf ein paar Aufnahmen bewilligt und der Bürgermeister frug mich, ob ich nicht an Max Stelle in die Partei eintreten wolle. Ich sagte zu.* GLA, wie oben. Die Parteiaufnahme wurde beantragt am 16.6.1937. Mitgliedsnummer 4274311. Bundesarchiv (ehem. Berlin Document Center), NSDAP-Gaukartei sowie NSDAP-Zentralkartei.



Abb. 2a Das kaum veränderte Haus „Sonnenhalde“ heute, Vorderseite (Schadek).

nen, die mit dem gleichen Tenor aber augenscheinlich auch in anderen Gruppen geführt wurden. Es fällt jedenfalls auf, dass sich nach anfänglicher Zurückhaltung nun erstmals offen antisemitische Tendenzen zeigten: So führte der Gesangverein am 26. Dezember 1936 im Rahmen seiner Weihnachtsfeier ein Theaterstück auf, *in dem ein Bauer durch einen Juden von Haus und Hof getrieben* wurde – ein Fall, der zwar, wie sich herausstellte, in Bollschweil noch nicht vorgekommen war; doch konnte einer der anwesenden Dorfbewohner wenigstens berichten, *der schönste Tag des Lebens seiner Familie sei gewesen, als sein Vater einem Juden die Schuld abgezahlt habe*.<sup>62</sup> Angesichts derartiger öffentlicher Erörterungen, mit denen man virulente antisemitische Ressentiments bediente, konnte es nicht ausbleiben, dass nun auch das jüdische Kinderheim ins Visier genommen wurde.

Noch blieb dem Heim allerdings eine Schonfrist. Da das geltende Recht für die jüdischen Staatsbürger noch nicht gänzlich außer Kraft gesetzt war, bot der offenbar auf vier Jahre abgeschlossene Mietvertrag noch einen gewissen Schutz; er konnte nicht einfach gekündigt werden – ein Mittel übrigens, das, sofern möglich, gern eingesetzt wurde, um jüdische Einrichtungen zu beseitigen.

Der Vermieter Franz Rombach selbst konnte keinerlei Interesse an einer Kündigung haben. Musste er doch befürchten, dass sich für das Haus danach nur schwer ein Mietinteressent finden würde.<sup>63</sup> Das wusste man in Bollschweil und setzte, nachdem Rombach sich offenbar gegen die Vorstellungen der örtlichen Parteigenossen taub gezeigt hatte, in dessen Wohnort Freiburg den Hebel an: man informierte die NSDAP-Kreisleitung, um Druck zu machen. Diese setzte im Mai 1938 Bürgermeister Schneider davon in Kenntnis, dass Rombach zugesagt hatte, *den Jüdinnen beim nächst möglichen Termin zu kündigen*, und ersuchte ihn *um Mitteilung, was*

<sup>62</sup> KASCHNITZ (wie Anm. 1), S. 110. Vgl. ebd., S. 130, den Eintrag zum 10.3.1937: *Frau Tritschler erzählt von ihrem Schwiegervater in Ostpreußen... Die Witve wurde von einem jüdischen Händler um ihren Hof gebracht.*

<sup>63</sup> Nach der Auflösung des Heims fand sich in der Tat kein Pächter für das Anwesen. 1943 zog der Vater des 1941 gefallenen Eigentümers in das Haus ein. StAF, F 200/7 Nr. 766 (Kinderheim Bollschweil, 1946-1951).



Abb. 2b Haus „Sonnenhalde“,  
Seitenansicht (Schadek).

in dieser Sache unterdessen geschehen ist. Auch Bürgermeister Schneider scheint es aber mit der Angelegenheit nicht eilig gehabt zu haben; er ignorierte das Schreiben und ließ eine Mahnung, die im Juni eintraf, ebenfalls liegen. Eine erneute Mahnung vom Juli, in der noch einmal betont wurde, *dass der Milchhändler Rombach versprochen [habe], den Jüdinnen ... zu kündigen und das jüdische Kindererholungsheim an die frische Luft zu setzen*, enthält auch den Hinweis, dass Rombach inzwischen, bei weiterer Verschleppung der Kündigung, die Vernichtung seiner beruflichen Existenz angedroht worden war: *Wenn er ... [seinem] Versprechen nicht nachkommt, soll ihm die Genehmigung zur Verteilung von Milch entzogen werden.*<sup>64</sup>

Ob die Heimleiterinnen über diese Vorgänge genauer informiert waren, ist nicht bekannt. Jedenfalls konnten sie nicht übersehen, dass sich nicht nur die allgemeine Lage der deutschen Juden immer mehr zuspitzte; auch in Bollschweil war das Klima offenbar frostiger geworden: im November 1937 war das Ehepaar Rüdell mit seiner Tochter – der ältere Sohn war nach Frankreich emigriert – nach Freiburg, in die größere Anonymität der Stadt, gezogen.<sup>65</sup> All das ließ auch Annerose Heitler im Herbst 1938 den Entschluss fassen, Bollschweil zu verlassen und zu ihrem Bruder nach England zu emigrieren. Elisabeth Müller, der, wie sich zeigen sollte, die Mittel zur Emigration fehlten, führte das Kinderheim weiter – *Lieschen, die jetzt die Sache allein hat und recht zufrieden ist, ... hat jetzt noch 15 Kinder*, schrieb damals ihre Mutter einer

<sup>64</sup> Die beiden Mahnschreiben der Kreisleitung finden sich in: GemeindeAB, B XI.3 Nr. 3. Das Erstschreiben fehlt. Eine Reaktion des Bürgermeisters ist nicht festzustellen. Ob es sich dabei um Verwaltungsschlamperei handelte oder um Hinhaltetaktik zugunsten des ihm bekannten Rombach, ist nicht feststellbar. Eine nach dem Krieg erfolgte Anzeige, Schneider habe *die Besitzerin des Judenheims und die zur Pflege ansässigen Judenkinder im Jahre 1938 ausweisen lassen* (StAF, F 200/7 Nr. 766), ist in dieser Form nicht richtig. Man kann aber davon ausgehen, dass er die Schließung nicht ungern gesehen hat, schon weil er von Parteigenossen wohl tatsächlich *jahrelang Vorwürfe einzustecken* hatte, dass er 1934 nicht gegen die Errichtung des Kinderheims vorgegangen war. Vgl. Anm. 41.

<sup>65</sup> Gemeindeverwaltung Bollschweil, Fremdenbuch. – Bis zuletzt gab es selbstverständlich auch in Bollschweil Menschen, die sich dem antijüdischen Zeitgeist nicht anpassten. Eine Begebenheit verdient es deshalb, hier festgehalten zu werden: Anfang Dezember 1944 nahm der Landwirt Albert Burgert auf Bitten einer Verwandten eine gefährdete Familie, den jüdische Ehemann mit seiner ‚arischen‘ Frau und vier Kindern, auf seinem Hof in Bollschweil auf. CHRISTINE ECKERT: Hilfe für verfolgte Juden in Freiburg 1940-1945. In: Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkriegs. Hg. von WOLFRAM WETTE. Freiburg u.a. 2005, S. 107-124, hier S. 113f.



Abb. 2c Haus „Sonnenhalde“,  
Rückseite (Schadek).

Verwandten.<sup>66</sup> Aus der Formulierung könnte man schließen, dass Elisabeth Müller die künftige Entwicklung noch relativ günstig beurteilte, obwohl auch Rücksichtnahme gegenüber den Eltern, die nicht beunruhigt werden sollten, ihre Mitteilung geprägt haben mag. Jedenfalls waren wenige Wochen später alle etwaigen Illusionen zerstoßen.

Für die Woche des 9./10. November 1938 notierte Marie Luise Kaschnitz in ihr Tagebuch: In Bollschweil. Tage der tiefsten Niedergeschlagenheit, Scham und Trauer.<sup>67</sup> Im nahen Freiburg wie überall in Deutschland waren Synagogen in Flammen aufgegangen, waren jüdische Bürger drangsaliert, gedemütigt, in Konzentrationslager verschleppt worden. Für das Kindererholungsheim „Sonnenhalde“ bedeutete das Novemberpogrom, auch wenn es dabei nicht durch Nazis zerstört worden war, dennoch, wie für andere jüdische Kinderheime auch, das Ende.<sup>68</sup> Elisabeth Müllers Cousine Ilse Eisenstein schrieb in diesen Tagen einer Verwandten: *Vorgestern war Lieschen hier [in Frankfurt], die für 6 Wochen geschlossen hat. Sie klagte sehr, und weiß sie nicht, wie lange sie die Sache noch halten kann. Sie hat es nicht leicht. Sie möchte gerne nach Amerika, hat aber keine Beziehungen.*<sup>69</sup>

Elisabeth Müller kehrte gegen Ende des Jahres noch einmal nach Bollschweil zurück. An eine Wiedereröffnung des Heimes war nicht mehr zu denken. Was zu tun übrig blieb war, mit

<sup>66</sup> Angelika Müller an Therese Magnus. Mitgeteilt von Ilse Eisenstein aus Frankfurt an Grete Eichenberg in Palästina, 16.9.1938. Familienarchiv Eilon.

<sup>67</sup> KASCHNITZ (wie Anm. 1), S. 228.

<sup>68</sup> Elisabeth Müllers Schwester Marga Goldschmidt gab im Wiedergutmachungsverfahren an, das *jüdische Kinderheim in Bollschweil im Schwarzwald sei am 9. November 1938 zerstört* worden (wie Anm. 49). Auch wenn dies nicht zutreffend ist, so hat doch das Pogrom unmittelbar die Schließung verursacht. – Für andere Kinderheime, die ebenfalls schließen mussten, vgl. oben im Text die Angaben zum Friedrich-Luisen-Kinderheim in Bad Dürrenheim und DÜWELL (wie Anm. 16), S. 162.

<sup>69</sup> Ilse Eisenstein aus Frankfurt an Grete Eichenberg in Palästina, [?].11.1938. Familienarchiv Eilon.



dem – unter Wert dann vollzogenen – Verkauf einiger Möbel, von Geschirr, Bestecken und Wäschestücken die „Sonnenhalde“ geordnet aufzulösen.<sup>70</sup> Gegen Mitte Januar war die Auflösung vollzogen; Elisabeth Müller verließ Bollschweil und ging zurück nach Hannover.<sup>71</sup>

Den grotesken Schlussstrich unter die kurze, so bitter endende Geschichte des Kinderheims setzte eine dörfliche Nazi-Politfarce, deren Verlauf Elsa von Holzling festgehalten hat – einigermassen abgestoßen von der Pöbelhaftigkeit ihrer Parteigenossen und -genossinnen.

*Am letzten Sonntagabend, so schreibt sie, gab es hier erneut einen Aufstand, diesmal war er gegen die Kirche gerichtet! Das jüdische Kinderheim war aufgelöst worden, und viele Leute hatten den Hausrat gekauft. (Was ich weiter nicht schlimm finde, denn irgendjemand musste ihn ja kaufen!) Nun hatten Parteileute Zettel gedruckt, mit Schmähungen gegen die Leute – mit Namensnennung –, die von den Juden gekauft hatten, und diese Zettel an viele Häuser geklebt. Auch wir hatten einen, obwohl ich nichts gekauft hatte. Aber an der Kirchentür war auch einer! Nun war am Sonntag hier das Fest unsres Schutzpatrons, des Heiligen Hilarius.<sup>72</sup> Bei dieser Gelegenheit ist immer großes Hochamt, und es kam ein Pater von auswärts. Der hat nun in der Kirche sich das Ankleben eines derartigen Schmähzettels an die Kirchentür verbeten und ist mit scharfen Worten gegen die anonymen Kleber vorgegangen, sagte, es seien Feige, die nicht mal sich trauten, ihren Namen darunter zu schreiben, und sie hätten kein germanisches Blut, sondern Wolfs- und Eselsblut in den Adern, [seien] also böse und dumm u.s.f. Nun gab es abends einen Auflauf! Die Leute, etwa 30 junge Leute, scharten sich vor dem Pfarrhaus zusammen und riefen immerfort: Hetzpater, komm heraus, und sangen Lieder, und wollten ihn nicht mit dem Postauto abreisen lassen, sondern wollten, dass er in Schutzhaft genommen werde. ... Dem einen Pfarrer, der auch noch zu Besuch war, haben sie die Luft aus den Autoreifen genommen, so dass er nicht wegfahren konnte. ... Ich kam gerade zufällig des Wegs daher, ... nach der aufregenden Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister musste ich einen nächtlichen Beruhigungsspaziergang machen. Da sah ich die Ansammlung vor dem Rathaus und eine von der Frauenschaft kam aus dem Haufen gestürzt und sagte, ich solle auch mit demonstrieren!! Ich sagte: ‚Ich bin nicht katholisch und habe die Rede nicht selbst gehört, kann mir kein Urteil bilden.‘ Da sagte sie, darauf käme es nicht an, nur auf die national-sozialistische Gesinnung etc. Ich verdrückte mich trotzdem schleunigst ins Dunkle. Furchtbar, wenn die Leute so losgelassen sind und die Lust am ‚Demonschrieren‘ kriegen. Die meisten waren gar nicht in der Kirche gewesen und haben die ‚Hetzrede‘ gar nicht mal selbst gehört, habe ich nachher festgestellt. Am nächsten Tag kam die Gestapo und alles wurde vernommen und untersucht. – Frau Bartenstein sagt, wir brauchen nicht mehr ins Kino zu gehen, alle Augenblicke ist hier ein anderes Theater.<sup>73</sup>*

<sup>70</sup> Nach dem Krieg wurden auf eine Anzeige hin die Käufer vom Badischen Landesamt für kontrollierte Vermögen, das den von den Nationalsozialisten geraubten Besitz für die früheren Eigentümer verwaltete, ermittelt. Dabei konnte auch festgestellt werden, dass die verkauften Stücke s. Zt. einen erheblich höheren Wert besaßen als den damals bezahlten. StAF, F 200/7 Nr. 766, 1087 und 1365.

<sup>71</sup> Elisabeth Müller meldete sich am 15.1.1939 wieder in Hannover an. StadtAH, Meldekarte Elisabeth Müller.

<sup>72</sup> Fest des hl. Hilarius: 14. Januar. Der Sonntag fiel 1939 auf den 15. Januar.

<sup>73</sup> Elsa von Holzling am 22.1.1939 an Karola von Brauer. GLA (wie Anm. 30), Fasz. 73. Altbürgermeister Herrmann, der 1939 bei dem feierlichen Hochamt mit zwei Patres aus Freiburg Messdiener war, hat die Vorfälle in einem Gespräch mit dem Verfasser ganz ähnlich geschildert. – Die Auseinandersetzung Elsa von Holzlings mit dem Bürgermeister drehte sich offensichtlich um den Plan der Gemeindeverwaltung, auf den „Schlossmatten“ der Familie von Holzling eine Wohnsiedlung zu bauen, womit diese nicht einverstanden war. Das sorgte offenbar für Aufregung gerade unter den Bollschweiler Parteianhängern; Elsa von Holzling erhielt einen *Drohbrief*, für den sie eine Entschuldigung der Gemeinderäte verlangte, wie sie in ihrem Brief schreibt. – Die Majorswitwe Viktoria Bartenstein erwarb 1918 das im Bollschweiler Unterdorf gelegene sogenannte „Kukuksbad“. Sie richtete dort ein christliches Kindererholungsheim ein. Frau Bartenstein hatte eine enge, gute Beziehung zur Familie von Holzling. ... Von 1936 an bekam [sie] ... keine Kinder mehr in ihr Heim, weil sie nicht in der NS-Partei war. Die Nazis wollten keine privaten Kinderheime. Mitteilung von Frau Ingrid Metzger-Buddenberg, Basel, vom 11.7.2007. Postkartenansichten des „Kukuksbads“ bei DIENER (wie Anm. 25), S. 54f., dessen Zeitangaben zum Bartensteinschen Kinderheim nicht korrekt sind.

Im Nachlass Lonja Stehelin-Holzings, der im Deutschen Literaturarchiv in Marbach liegt, findet sich in einem Band mit tagebuchartigen *Aufzeichnungen, Notizen, Zitaten* aus den Jahren 1918 bis 1945 ein Blatt, das unter der Rubrik *Das Dorf* eine Anzahl von Stichworten zu Personen und Vorgängen in Bollschweil aufweist, offenbar Notate zu einem Textvorhaben, wie es von der Schwester Marie Luise Kaschnitz in der „Beschreibung eines Dorfes“ später realisiert worden ist. Hätte Lonja Stehelin ihr Vorhaben ausgeführt und veröffentlicht, dann wäre das Kinderheim „Sonnenhalde“ vor dem Vergessen, das ihm dann zuteil wurde, bewahrt geblieben. Denn gleich eingangs notierte sie in ihrer Themenliste die Stichworte: *Pf. Fränznick/ Das jüdische Kinderheim/ Kirners*<sup>74</sup> – sie hatte also nicht nur beabsichtigt, das Schicksal des denunzierten, nach Dachau verschleppten und dort an den Lagerbedingungen verstorbenen Bollschweiler Pfarrers Franz Anton Fränznick anzusprechen, dessen auch im Kaschnitz-Text gedacht wird.<sup>75</sup> Ebenso wollte sie die von amtlichen Schikanen und zuletzt von ständiger Angst vor der Deportation geprägte Lebenssituation der Jüdin Emma Kirner, deren Geschwister alle in Konzentrationslagern starben,<sup>76</sup> und zugleich die Geschichte der im Dorf zwar nicht offen angegriffenen, aber doch verdeckt verfolgten jüdischen Kinder in Erinnerung rufen, die bei Marie Luise Kaschnitz nicht erscheinen, auch dort nicht, wo sie *den Weg rechts am Leimbachtal hinauf nimmt: den Weg zur kleinen immer leeren, immer mit Blumen geschmückten Kapelle, vorbei an dem Anwesen des untergegangenen Kinderheims „Sonnenhalde“*.<sup>77</sup>

<sup>74</sup> Wie Anm. 35, S. 243.

<sup>75</sup> Zu Pfarrer Franz Fränznick vgl. den Beitrag von CHRISTOPH SCHMIDER, in: *Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts*. Hg. von HELMUT MOLL. Bd. 1. Paderborn u.a. 2001, S. 195-198. – Vgl. MARIE LUISE KASCHNITZ: *Beschreibung eines Dorfes*. Frankfurt/M. 1980, S. 57 und 94.

<sup>76</sup> Am 10.10.1938 benannte das Bürgermeisteramt dem Bezirksamt Freiburg als einzigen *jüdischen Gewerbebetrieb in der Gemeinde Bollschweil: Firma Emma Kirner, Bürstenfabrikation*. – Am 16.2.1939 teilte Emma Kirner dem Bürgermeisteramt wie vorgeschrieben mit, dass sie den zusätzlichen Vornamen *Sara* angenommen habe; Bestätigung durch das Standesamt ihrer Heimatgemeinde Emmerich. GemeindeAB, B XI.2 Nr. 17. Ab 1941 musste sie den gelben Stern tragen. – Der Status der ‚privilegierten Mischehe‘ bewahrte Emma Kirner vor der Deportation nach Gurs im Oktober 1940. Dass sie in der Zeit danach der weiteren Aufmerksamkeit der Gestapo nicht entgangen ist, belegt ein „Verzeichnis der am 1.2.1941 in Baden noch wohnhaften Juden“, in dem sie für den Stadtkreis Freiburg unter der Nr. 109 aufgeführt wird. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 99/001 Bü. 268. Da ihr Mann blind war, mag man sie von den Deportationen der Folgejahre, die auch die ‚privilegierten‘ Juden selbst noch im Februar 1945 erfasste, ausgenommen haben; dieser wäre sonst möglicherweise der Gemeinde zur Last gefallen. Emma Kirners Geschwister wurden, soweit sie nicht früh verstarben, alle von den Nazis ermordet. Juden in Emmerich (wie Anm. 39). – Ihr Mann Gustav Ernst Kirner wurde, ganz offenbar denunziert, im Dezember 1939 *wegen Abhörens von Auslandsendern* von der Gestapo Freiburg verhaftet, jedoch nach 10 Tagen aufgrund eines *Gnadenerweises* wieder aus der *Schutzhaft* entlassen. Möglicherweise schon vor der Verhaftung war ihm der Wandergewerbeschein entzogen worden, so dass seine Frau die *Firma* übernahm (siehe oben). StAF, F 196/2 Nr. 2743 (Wiedergutmachung Gustav Ernst Kirner, 1945-1947). (Die Wiedergutmachungsakte Emma Kirners, ebd. Nr. 2742, enthält keine Informationen zur NS-Zeit.) – Emma Kirner starb am 23.7.1949 in Bollschweil; sie wurde auf dem jüdischen Friedhof in Freiburg bestattet. StadtAF, B1/418 (Dokumentation des Jüdischen Friedhofs Freiburg), Nr. 578. Vgl. auch Anm. 39.

<sup>77</sup> KASCHNITZ (wie Anm. 75), S. 72. Unter den Stichworten zu ihrem Bollschweil-Text, die sie in ihr Tagebuch notierte, findet sich das Kinderheim ebenfalls nicht. KASCHNITZ (wie Anm. 1), S. 896f. – Bedenken, Bollschweiler NS-Verbrechen anzusprechen, waren es nicht, die Marie Luise Kaschnitz bestimmten, das jüdische Kinderheim zu übergehen; auf Pfarrer Fränznick verweist sie in ihrer Beschreibung eines Dorfes ebenso wie auf den am Waldrand *erhängten* Polen, dem sie eine eigene Erzählung – „Märzwind“ – gewidmet hat. Und so hat sie auch die Verfolgung der Juden nicht ausgeklammert: In ihrer Erzählung „Das rote Netz“ schildert sie das Schicksal ihrer Marburger Freundin Marieluise Hensel, die bei dem Versuch, jüdischen Menschen zur Flucht in die Schweiz zu verhelfen, verhaftet wurde und die in der Haft Selbstmord beging (vgl. GERSDORFF [wie Anm. 30], S. 121). So war es wohl eher Rücksichtnahme auf die Familie, dass sie das Bollschweiler Kinderheim mit Schweigen übergang. Ihre Eltern vor der Öffentlichkeit mit kritischer Distanz zu schildern, hat Marie Luise Kaschnitz sich zeit lebens geweigert, und das mag auch hier eine Rolle gespielt haben. Denn das Ende des jüdischen Kinderheims, das war ihr bewusst, hat ihre Mutter durch ihr inhumanes Agitieren in der NS-Frauenschaft durchaus mitverschuldet. Die Verhaftung des Pfarrers und die Ermordung des Zwangsarbeiters hat sie dagegen, 1941 verstorben, nicht mehr erlebt.

## II Verfolgung und Vernichtung

Dr. med. Elisabeth Müller (1895 Hannover-1944 Auschwitz) und ihre Familie

Elisabeth Rosa Müller wurde am 22. Juni 1895 in Hannover – in der elterlichen Wohnung in der Rumannstraße 25 – als zweites von vier Kindern geboren.<sup>78</sup> Der Vater Siegfried Müller, Bankier und Handelsgerichtsrat, stammte aus dem niedersächsischen „Flecken“ Adelebsen im damaligen Kreis Northeim, wo er 1855 als Sohn des Fabrikanten Gottschalk Müller und der Rosette Meyenberg zur Welt gekommen war. Das Ehepaar hatte sieben Kinder, von denen die drei ältesten um die Jahreswende 1851/52 innerhalb weniger Tage an einer epidemischen Krankheit starben. Sie trugen übrigens noch die traditionellen jüdischen Namen Jizchak, Sche-lomo und Freidche, während den später geborenen Kindern – Pauline, Adolf, Siegfried und Hermann – gängige deutsche Namen zugelegt wurden, ein Hinweis auf die beginnende Assimilation der Familie an das christliche Umfeld.<sup>79</sup>

Elisabeth Müllers Großvater war vermutlich in der Baumwollfabrikation tätig; denn zu den Pionieren der Baumwollweberei in Adelebsen gehörten die jüdischen Familien Meyenberg und Müller. Gottschalk Müller zählte damit zu den begüterten Juden Adelebsens, „die um die Mitte des 19. Jahrhunderts etwa ein Zehntel der Bevölkerung des Fleckens ausmachten“, von denen jedoch „nur wenige ... im Wohlstand“ lebten. Aber auch seine wirtschaftliche Situation verschlechterte sich mit dem raschen Niedergang der Baumwollproduktion Ende der 50er-Jahre zusehends.<sup>80</sup> So verwundert es nicht, dass die Söhne wie viele andere arbeitssuchende Einwohner auch, denen das einheimische Gewerbe nur unzureichende Beschäftigung bot, Adelebsen verließen und in die Städte zogen, die eher beruflichen Erfolg versprachen: Adolf Müller, der Älteste, ging nach Holzminden, Hermann, der Jüngste, nach Göttingen, während sich Siegfried Müller, damals gerade zwanzig Jahre alt, für Hannover entschied.

Freizügigkeit und freie Wahl des Berufes waren Errungenschaften, die den Juden im Königreich Hannover bereits 1848 gewährt worden waren – mit einer Änderung der Landesverfassung, die ihnen die volle rechtliche Gleichstellung brachte: *Die Ausübung der politischen und bürgerlichen Rechte ist von dem Glaubensbekenntnisse unabhängig*, hieß es darin. Die gesellschaftlich-soziale Umsetzung ging allerdings nur zögerlich vonstatten.<sup>81</sup> Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, den die größeren Städte mit der wachsenden Industrialisierung auf zahlreichen Ebenen nahmen, boten sich den jüdischen Bürgern neue Möglichkeiten. Allerdings wurden diese von ihnen zunächst meist in herkömmlicher Weise, in der Erweiterung der kom-

<sup>78</sup> Vgl. die Kurzbiographie Elisabeth Müllers in EDUARD SEIDLER: *Jüdische Kinderärzte 1933-1945: entrechtet – geflohen – ermordet*. Erw. Neuaufl. Basel u.a. 2007, S. 296f. Herrn Prof. Dr. Seidler danke ich sehr für die Unterstützung meines Vorhabens. – Vgl. ferner UDO BENZEHÖFER: *Jüdische Ärzte in Hannover 1933 bis 1945* (Studien zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus 3). Wetzlar 2000, S. 91f. In einzelnen Angaben fehlerhaft ist die Kurzbiographie in ERNST G. LOWENTHAL: *Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch*. Stuttgart 1965, S. 190. Auf Lowenthal stützen sich, mit Übernahme der Fehler, die Publikationen von WALTER TETZLAFF: *2000 Kurzbiographien bedeutender deutscher Juden des 20. Jahrhunderts*. Lindhorst 1982, S. 242f. und JOSEPH WALK: *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945*. München 1988, S. 273.

<sup>79</sup> Pauline Müller – zu den Brüdern siehe die Angaben weiter unten –, geb. am 30.6.1852, gest. 1912, war verheiratet mit Moritz Oppenheimer in Heidelberg. Stammtafel Gottschalk Müller. Familienarchiv Eilon.

<sup>80</sup> CORD ALPHEI: *Geschichte Adelebsens und Lödingsens*. Göttingen 1990, S. 110 und 116f.

<sup>81</sup> SIEGFRIED SCHÜTZ: *Das Judenrecht im Kurfürstentum und Königreich Hannover*. In: *Juden in Niedersachsen*. Hg. von RAINER SABELLECK. Hannover 1994, S. 57-82, hier S. 81. PETER AUFGEBAUER: *Zur Geschichte der Juden in Niedersachsen*. In: *Jüdischer Glaube – Jüdisches Leben. Juden und Judentum in Stadt und Universität Göttingen*. Hg. von ELMAR MITTLER und BERNDT SCHALLER. Göttingen 1996, S. 108-122, hier S. 121.

merziell-händlerischen Interessen, genutzt.<sup>82</sup> Das zeigt auch das Beispiel der Müller-Söhne: alle drei entschieden sich für das Bankgeschäft. Erst die nächste Generation sollte sich für gänzlich andere Berufsfelder interessieren und entscheiden.

Adolf Müller, der, wie seine Brüder wohl auch, die der Aufklärung verpflichtete, überkonfessionelle Jacobsonschule in Seesen<sup>83</sup> besucht hatte – die er später finanziell unterstützte –, wurde 1883 Mitinhaber der vier Jahre zuvor von Jacob Ballin gegründeten Bank in Holzminden, die er 1901 allein übernahm. Nach Eintritt der „Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt“ 1911 – ein Beispiel von vielen für das Vordringen der Großbanken in den Geschäftsbereich der Privatbanken – führte Adolf Müller das Geschäft als Direktor weiter bis zu seiner Pensionierung 1921. Er heiratete, nachdem er sich etabliert hatte, 1885 die zehn Jahre jüngere Bertha Katz aus dem weit entfernten Züschen im Sauerland. Das Ehepaar hatte zwei Kinder. Die Tochter Käthe konnte später nach Palästina emigrieren. Der Sohn Alexander, promovierter Jurist, der im Weltkrieg als Oberleutnant im 2. Bayrischen Armeekorps kämpfte, starb 1942 mit seiner Frau im Ghetto Lodz. Vielfältige Beziehungen verbanden Adolf Müller, der, geschäftlich zunächst erfolgreich, in der Inflation den größten Teil seines Vermögens verlor, mit der christlichen bürgerlichen Welt in Holzminden, mit ihren Vereinen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Über die Zeit, die 1933 *für uns arme geplagte Nichtarier* angebrochen war, machte er sich keine Illusionen: *Man hört nichts Gutes, schrieb er, und ich speziell glaube an keine baldige Besserung. Die Jugend wandert aus und wir Alten, die [wir] nur die Erinnerung an bessere Zeiten in uns tragen, müssen uns daran genügen lassen und gottergeben das Ende in unserem schönen, ach, so ungemütlich gewordenen Vaterland abwarten.* Bis zum Ende begleitete ihn – Adolf Müller starb 1940 – die christliche Hausgehilfin der Familie, Emilie Schütt, zuletzt seine Pflegerin; sie gehörte auch zu den wenigen, die ihn zu Grabe trugen.<sup>84</sup>

Hermann Müller ging nach Göttingen, wo auch ihm ein rascher beruflicher Aufstieg beschieden war; er wurde Mitinhaber des „Bankgeschäftes Siegfried Benfey“ in der Prinzenstraße 9.<sup>85</sup> Er heiratete Meta Gräfenberg aus einer begüterten Göttinger Kaufmannsfamilie. Hermann Müller starb bereits 1910. Seine Frau Meta erlebte noch kurz die ‚Machtübernahme‘ der Nationalsozialisten. Von den drei Töchtern emigrierte die jüngste, Grete Müller, bereits 1933 mit ihrem Mann, dem Kaufhausdirektor Rudolf Eichenberg, und den zwei Kindern nach Palästina. Die Tochter Ilse, früh Witwe geworden, wurde 1942 mit ihren beiden Töchtern aus Frankfurt nach Estland deportiert. Die älteste Tochter Rosel starb 1939, nachdem es ihr noch

<sup>82</sup> WERNER E. MOSSE: Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft. In: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Hg. von WERNER E. MOSSE und ARNOLD PAUCKER. Tübingen 1976, S. 57-113, hier S. 73.

<sup>83</sup> Die Jacobsonschule war eine 1801 von dem jüdischen Theologen und Unternehmer Israel Jacobson als „Religions- und Industrieschule“ eingerichtete interreligiöse Schule für jüdische und christliche Kinder, die 1805 als erste überkonfessionelle Simultanschule in Deutschland anerkannt wurde“ (Wikipedia). Vgl. MEIKE BERG: Jüdische Schulen in Niedersachsen – Tradition – Emanzipation – Assimilation; die Jacobsonschule in Seesen (1801-1922), die Samsonschule in Wolfenbüttel (1807-1928). Köln 2003.

<sup>84</sup> Adolf Müller, geb. am 19.12.1853 in Adelebsen, gest. am 24.1.1940 in Holzminden, verheiratet mit Bertha Katz, geb. am 14.2.1864 in Züschen, gest. am 5.4.1928 in Holzminden. – Käthe Müller, geb. am 21.7.1886 in Holzminden, gest. am 20.7.1949 in Kiriat Stand/Palästina, verheiratet mit Walter Porta, geb. am 9.8.1880 in Bielefeld, gest. am 17.10.1958 in Nahariya. – Alexander Müller, geb. am 30.4.1888 in Holzminden, gest. am 18.3.1942 im Ghetto Lodz, verheiratet mit Margarete Scheffel, geb. am 1.10.1898 in Worms, *verschollen* in Lodz. Stammtafel Gottschalk Müller; Familienarchiv Eilon. Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. Bearb. und hg. vom Bundesarchiv. 2. wesentl. erw. Aufl. Koblenz 2006, S. 2468 und 2474 (Ehepaar Alexander Müller). – Vgl. die eingehende und in vielfacher Hinsicht exemplarische Biographie Adolf Müllers und seiner Familie von KLAUS KIECKBUSCH: Von Juden und Christen in Holzminden 1557-1945. Holzminden 1998, S. 320ff. („Adolf Müller: Holzmindener, Deutscher, Jude – Beispiel einer Assimilation“) u.ö. – Zu Emilie Schütt vgl. ebd., S. 467f.

<sup>85</sup> Mitteilung des Stadtarchivs Göttingen vom 20.8.2007.

gelingen war, ihren zwei Kindern zur Flucht ins Ausland zu verhelfen. Ihr Mann Georg Rosenberg wurde 1941 aus Frankfurt ins Ghetto Lodz deportiert, mit demselben Transport, mit dem auch Dr. Alexander Müller ‚erfasst‘ wurde.<sup>86</sup>

Ende 1875 zog Siegfried Müller<sup>87</sup> nach Hannover. Nach seiner Ausbildung, vorübergehend auch im thüringischen Nordhausen, trat er 1881 in die zwei Jahre zuvor gegründete Hannoversche Privatbank der Gebrüder Gustav und Max Dammann ein. Seine Tätigkeit dort brachte ihm den erwünschten Erfolg: 1891 konnte sich Siegfried Müller selbständig machen. Gemeinsam mit einem Kompagnon, dem Bankier Richard Oppenheimer, eröffnete er ein eigenes Bankgeschäft am Theaterplatz (ab 1924 Rathenauplatz).<sup>88</sup> Die Gründung fiel zwar in eine Zeit, in der sich die finanzstarken Großbanken, die allein das gestiegene Kreditbedürfnis des Marktes ausreichend zu befriedigen vermochten, auf Kosten der privaten Banken auszudehnen begannen. Doch konnten Privatbankiers wie Siegfried Müller auch in der Folgezeit noch als Berater von Privatkunden eine wichtige Rolle in der kommunalen Wirtschaft spielen.<sup>89</sup>

Im Jahr nach der Bankgründung heiratete Siegfried Müller Angela Cohen, die aus einer ihm beruflich nahestehenden Familie stammte. Sie war die Tochter des Hannoveraner Kaufmanns Bernhard Cohen, der mit seinem Bruder Nathan seit 1857 eine bedeutende Holzhandlung mit einer auf Baudarlehen spezialisierten Bankabteilung betrieb.<sup>90</sup> Das Ehepaar Müller hatte vier Kinder: die Söhne Ernst und Georg und die Töchter Elisabeth und Marga.<sup>91</sup>

Nach der schulischen Ausbildung und dem Abitur entschlossen sich drei der Geschwister zum Universitätsstudium. Sie suchten sich damit Berufsziele, die außerhalb des bisherigen beruflichen Horizonts ihrer Familie lagen: Ernst und Elisabeth Müller entschieden sich für das Studienfach Medizin, während Georg Müller das Fach Jura wählte. Nur die jüngere Schwester Marga blieb nach dem Schulabschluss ohne weitere – jedenfalls ohne weitere abgeschlossene – Berufsausbildung. Sie heiratete Anfang 1922 den Hannoveraner Rechtsanwalt Dr. jur. Paul Adolf Goldschmidt.<sup>92</sup>

<sup>86</sup> Hermann Müller, geb. am 25.12.1857 in Adelebsen, gest. am 25.5.1910 in Göttingen, verheiratet mit Meta Gräfenberg, geb. am 22.10.1871 in Göttingen, gest. am 18.9.1935 ebd. – Rosel Müller, geb. am 25.5.1894 in Göttingen, gest. am 10.3.1939 in Frankfurt/M., verheiratet mit Georg Rosenberg, geb. am 19.9.1878 [1879?] in Hildesheim, gest. am 12.8.1942 im Ghetto Lodz. – Ilse Müller, geb. am 14.9.1895 in Göttingen, ermordet – mit ihren Töchtern Ruth und Inge – wenige Tage nach der Deportation am 24.9.1942 in Raasiku/Estland, verheiratet mit Gustav Eisenstein, geb. am 22.8.1873 in Beverungen, gest. am 16.3.1934 in Berlin. – Grete Müller, geb. am 11.5.1900 in Göttingen, gest. am 19.9.1992 in Jerusalem, verheiratet mit Rudolf Eichenberg, geb. am 25.5.1896 in Göttingen, gest. am 15.3.1989 in Jerusalem. Stammtafel Gottschalk Müller; Familienarchiv Eilon. Gedenkbuch (wie Anm. 84), S. 663 (Eisenstein) und 2832 (Rosenberg). – Umfangreiche biographische, zeitgeschichtlich ausgewertete Angaben zu den Familien Rosenberg, Eisenstein und Eichenberg bietet die Arbeit von DOETZER (wie Anm. 46).

<sup>87</sup> Siegfried Müller, geb. am 24.9.1855 in Adelebsen, gest. am 18.3.1942 in Hannover. Vgl. Meldekarte Siegfried Müller. StadtAH. – Für großzügige Unterstützung bei der Ermittlung von Daten zur Familiengeschichte Müller habe ich Herrn Dr. Peter Schulze, Stadtarchiv Hannover, sehr zu danken.

<sup>88</sup> GUSTAV VOLTMER: Das Bankwesen in der Stadt Hannover, seine Entwicklung und Lage. Göttingen 1931, S. 161. Vgl. auch Ehrentafel und Gründungsfolge der Jubiläums-Firmen der Hannoverschen Banken. In: Das Buch der alten Firmen der Stadt Hannover im Jahre 1927. Leipzig [1927], S. 150ff.

<sup>89</sup> Für die Entwicklung des Bankwesens allgemein wie speziell in Hannover vgl. MOSSE (wie Anm. 82), S. 73ff. VOLTMER (wie Anm. 88), S. 37ff. WILLY BARTH: Die Entwicklung des Bankwesens in der Stadt Hannover. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen 79 (1914), S. 387-421, hier S. 405ff.

<sup>90</sup> Angelika Cohen, geb. am 26.3.1868 in Hannover, gest. am 6.3.1942 ebd. Eltern: Bernhard Cohen und Sophie geb. Jessurun. StadtAH, Meldekarte Siegfried Müller. Sterbeurkunde für Angelika Müller; wie Anm. 49. – Zur Firma Cohen vgl. Ehrentafel (wie Anm. 88), S. 177.

<sup>91</sup> Ernst, geb. am 28.12.1893, gefallen am 9.11.1916 in Verdun; Elisabeth, geb. am 22.6.1895, ermordet 1944 in Auschwitz; Margarete, geb. am 13.11.1897, gest. am 15.6.1981 in New York; Georg, geb. am 29.9.1900, gest. am 26.5.1922 in Berlin. Die Daten finden sich unter anderem mit den Kopien der Geburts- und Todesurkunden in der Wiedergutmachungsakte Marga Goldschmidts; wie Anm. 49.

<sup>92</sup> Die Heiratsurkunde vom 15.2.1922 enthält für Marga Müller den Vermerk *ohne Beruf*. Paul Adolf Goldschmidt wurde am 16.12.1890 in Hannover geboren. Er starb am 6.2.1968 in New York. Seine Eltern waren: Adolf Gold-



Abb. 3 Ernst Müller als Chargierter der Würzburger Studentenverbindung „Salia“ (THEILHABER [wie Anm. 101], S. 33).

Mit der Wahl der Studienfächer Medizin und Jura trafen die Geschwister Müller eine Entscheidung, die charakteristisch für die deutschen Juden ihrer Generation war. Nach dem Wegfall der sozialen Schranken führten Bildungsfreudigkeit, gesellschaftlicher Aufstieg und Verbürgerlichung dazu, dass zahlreiche Söhne jüdischer Kaufmannsfamilien „sich betont vom elterlichen Beruf abwandten und nach intellektueller ... Tätigkeit strebten“. Dabei war es gerade der wirtschaftliche Erfolg der Elterngeneration, der es ihnen erlaubte, akademische Berufe zu ergreifen. Die beruflichen Chancen blieben hier freilich insofern begrenzt, als für Juden infolge des weitverbreiteten Antisemitismus eine Anstellung im staatlichen Raum oft nur unter Schwierigkeiten zu erreichen war; zumindest der Aufstieg in höhere Positionen blieb ihnen häufig verwehrt. Deshalb wählten die angehenden jüdischen Akademiker meist die sogenannten freien Berufe, in denen sie ungehindert tätig sein konnten, wurden Anwälte, Ärzte und – seltener – Ingenieure.<sup>93</sup>

Ernst Müller begann sein Studium der Medizin 1911 an der Universität Würzburg. Gleich nach der Immatrikulation trat er der „Freien schlagenden Verbindung ‚Salia‘ Würzburg“ bei.

schmidt, Kaufmann (*Modebasar Gebr. Goldschmidt*), und Klara Mathilde Hirschfeld. HStAH, Nds. 110 W Acc. 105/93 Nr. 957 I (Wiedergutmachung Dr. Paul Goldschmidt).

<sup>93</sup> MONIKA RICHARZ: Berufliche und soziale Struktur. In: *Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit*. Bd. 3: Umstrittene Integration 1871-1918. München 1997, S. 39-68, hier S. 40f. PETER PULZER: Rechtliche Gleichstellung und öffentliches Leben. In: *Ebd.*, S. 151-192, hier S. 152ff. DERS.: Der Anfang vom Ende. In: *Die Juden* (wie Anm. 19), S. 1-15, hier S. 4ff. PETER LANDAU: Juristen jüdischer Herkunft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: *Deutsche Juristen jüdischer Herkunft*. Hg. von HELMUT HEINRICHS u.a. München 1993, S. 133-213, hier S. 133ff. Vgl. auch Anm. 179.

Die „Salia“ war 1884 als Reaktion auf den Ausschluss jüdischer Studenten aus den traditionellen Korporationen als „paritätische“ Studentenverbindung gegründet worden. Anders als die Traditionsverbände, anders aber auch als die zeitgleich entstehenden rein jüdischen Korporationen, die sich bewusst zu jüdischer Kultur und Religion bekannten, standen die paritätischen Verbindungen allen deutschen Studenten offen, unabhängig von ihrer Abstammung und Glaubensüberzeugung.<sup>94</sup> Allerdings brachten sie es „infolge mangelnden Integrationswillens auf der nichtjüdischen Seite nie zu wirklicher Parität“. Und obwohl sie „das Ideal interkonfessioneller Verbrüderung hartnäckig aufrechterhielten“, blieben sie „de facto ... fast rein jüdische Verbindungen“.<sup>95</sup> Deshalb musste sich die „Salia“ auch trotz dezidiert deutsch-vaterländischer Gesinnung mehrfach gegen antisemitische Angriffe aus dem ‚arischen‘ Lager und gegen ihre Einstufung als jüdische Verbindung wehren. Da sie jedoch dem 1905 gegründeten „Verband schlagender Korporationen Würzburgs“ angehörte, mit dessen Vorsitz sie drei Mal betraut wurde, durfte sie sich lange der allgemeinen Anerkennung sicher fühlen – bis der Verband 1919 ganz ins völkische Lager abdriftete und die „Salia“, die der Aufforderung zum ‚freiwilligen‘ Austritt nicht nachkam, ausgeschlossen wurde.<sup>96</sup>

Es ist aufschlussreich für die gesellschaftspolitischen Überzeugungen Ernst Müllers, dass er Mitglied einer Verbindung wurde, die in ihren Merkmalen wie Farben, Mensur, unbedingte Satisfaktion gänzlich dem Erscheinungsbild der traditionellen deutschen Korporationen entsprach – jedoch einer paritätischen, nicht einer der jüdischen, die mit der Betonung jüdischer Traditionen ein Gegengewicht gegen allzu weitgehende Assimilationsbestrebungen setzen wollten. Ebenso aufschlussreich ist es freilich, dass sich Ernst Müller auch nicht für jene damals neu entstehenden „Sozialwissenschaftlichen Studentenvereine“ interessierte, die sich ganz von überkommenen Korporationsformen abwandten, sich mit den sozialpolitischen Problemen der Zeit beschäftigten und deshalb vor allem Studenten – und vielfach jüdische Studenten – anzogen, die später der Sozialdemokratie nahestanden.<sup>97</sup>

Ein unbedingtes Bekenntnis zur deutschen Kultur, verbunden mit einem begeisterten Patriotismus und einer politisch konservativen Haltung, dazu eine wachsende Entfremdung von jüdisch-religiösen Traditionen, diese im deutschen Judentum der Zeit vielfach anzutreffenden Tendenzen<sup>98</sup> kennzeichnen offenbar auch Ernst Müllers Überzeugungen dieser Jahre – und es

<sup>94</sup> Vgl. die „Statuten der Freien schlagenden Verbindung ‚Salia‘ Würzburg“. Würzburg 1914. An der Gründung waren, bedingt durch die Umstände, ausschließlich jüdische Studenten beteiligt. Beabsichtigt und bis 1918 konsequent angestrebt war aber eine offene Verbindung. Die Bildung rein jüdischer Studentenvereine wurde abgelehnt, da diese der Absonderung von den Nicht-Juden Vorschub leisteten. Vgl. Anm. 105.

<sup>95</sup> EVA G. REICHMANN: Der Bewusstseinswandel der deutschen Juden. In: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Hg. von WERNER E. MOSSE (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25). Tübingen 1971, S. 511-612, hier S. 581.

<sup>96</sup> THOMAS SCHINDLER: Studentischer Antisemitismus und jüdische Studentenverbindungen 1880-1933 (Historica academica 27). Nürnberg 1988 (zur „Salia“: S. 94ff., 109, 117 und 155ff.). DERS.: „Was Schandfleck war, ward unser Ehrenzeichen ...“. Die jüdischen Studentenverbindungen und ihr Beitrag zur Entwicklung eines neuen Selbstbewusstseins deutscher Juden. In: „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens. Hg. von HARM-HINRICH BRANDT und MATTHIAS STICKLER. Würzburg 1998, S. 337-365. Vgl. auch YEHUDA ELONI: Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte. Universität Tel Aviv 10). Gerlingen 1987, S. 412 ff („Die ‚Zionisierung‘ der Studentenverbindungen“).

<sup>97</sup> Vgl. hierzu HANS SCHADEK: Robert Grumbach 1875-1960. Jüdischer Rechtsanwalt, Sozialdemokrat und Stadtrat, Ehrenbürger von Freiburg (Stadt und Geschichte. Neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg im Breisgau 20). Freiburg 2007, S. 23ff.

<sup>98</sup> Vgl. die frühe Untersuchung von FELIX A. THEILHABER: Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie. München 1911, bes. S. 88ff. – Auf die Komplexität der sozialen und kulturellen Integration der Juden in die deutsche Gesellschaft, die häufig mit einer wachsenden Distanz zum jüdischen Glaubens- und Gemeindeleben zusammenging, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. SHULAMIT VOLKOV: Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich. In: DIES.: Antisemitismus als kultureller Code (Beck'sche Reihe 1349). München 2000, S. 131-145.

darf angesichts weiterer Beobachtungen auf eine ähnliche Grundhaltung der gesamten Familie, zumindest der Generation der Kinder, geschlossen werden. So bezeichnete sich Marga Müller bei ihrer Eheschließung – wie ihr Mann Paul Goldschmidt – als religionslos.<sup>99</sup> Und auch Georg Müllers Freikorpsaktivitäten, das sei vorweggenommen, lassen auf eine patriotisch-konservative Einstellung schließen.

Als Elisabeth Müller, nach dem Besuch des Lyceums und bestandenem Abitur an der Städtischen Studienanstalt Hannover,<sup>100</sup> zum Sommersemester 1915 ihr Studium aufnahm, stand ihr Bruder Ernst, inzwischen cand. med., bereits im Felde. Da er schon gedient hatte, hätte er eigentlich dem Sanitätsdienst als Sanitätsunteroffizier angehört. Doch genügte ihm das nicht. *Er stellt sich, so berichtete seine Verbindung „Salia“ in einem ihrer Kriegshefte, freiwillig zur Waffe, zieht als einer der ersten hinaus, übersteht mit Mut und Kampfesfreude ... seine Feuer- taufe in der vordersten Sturmlinie. ... Von seinen Vorgesetzten anerkannt, ist er als der best- qualifizierte unter den ersten Auserwählten des Offizierskurses, der ihm hervorragendste Eig- nung zuerkennt. Der junge Leutnant kehrt in den Schützengraben zurück. Nach den heißen Kämpfen bei Beau de Sapt, in deren Brennpunkt er kämpft, genügt die nun ruhigere Vogesen- front seinem Tatendrang nicht mehr. Er wird Flieger. Anfang 1916 ausgebildet, fliegt er als Mit- glied der Kampfstaffel 36 des 6. bayrischen Kampfgeschwaders in den Brennpunkten der Kämpfe, zuletzt bei Verdun: Bei einigermaßen ausreichendem Wetter wird viel geflogen, schreibt Ernst Müller den Verbindungsbrüdern. Meine Staffel bekam heute für einen feinen Flug nach Nancy am 4.10. (bei dem ich auch einen Luftkampf mit zwei Franzosen hatte) die höchste Anerkennung des Kronprinzen ausgesprochen... Heute geht's nach Badelaincourt, südlich Verdun, um Flugplatz und Ausladebahnhof der Franzosen etwas aufzumuntern.*

Einen Monat später erhielten die Eltern die Nachricht, dass ihr Sohn Ernst von einem Erkundungsflug am 9. November nicht zurückgekehrt war. Die Hoffnung seines Vorgesetzten, dass er, *der stets bereit war, sein Alles einzusetzen für sein Vaterland*, in Gefangenschaft gera- ten sein könnte, erfüllte sich nicht. Ein wenig später gefangen gesetzter französischer Flieger berichtete: *Ich war gerade in Verdun, als das Flugzeug Bemsel-Müller abgeschossen wurde. Der Walfisch griff einen Farman an über der Zitadelle von Verdun. Das deutsche Flugzeug be- merkte anscheinend einen dem Farman zu Hilfe eilenden Nieuport nicht. Nach kurzem Kugel- wechsel ging die deutsche Maschine nieder, wahrscheinlich um auf einer Wiese westlich der Zi- tadelle zu landen. In 100 Meter Höhe stürzte das Flugzeug plötzlich senkrecht ab. Die beiden Insassen hatten Bauchschüsse und starben, noch ehe sie hätten abtransportiert werden können. Sie wurden im Militärfriedhof von Verdun beerdigt. – Ils se sont battus héroïquement, sie ha- ben wie Helden gekämpft, resümierte in ritterlicher Manier die hinter den deutschen Linien ab- geworfene Meldung der Franzosen, mit der sie den Tod des Leutnants Ernst Müller und seines Piloten, des Unteroffiziers Christian Bemsel, bestätigten.*

Ernst Müllers beispielhafter Kriegseinsatz wird ausführlich in dem von Felix A. Theilhaber veröffentlichten Band „Jüdische Flieger im Kriege“ geschildert,<sup>101</sup> mit dem dieser auf die be- rüchtigte, vom Kriegsministerium im Oktober 1916 verfügte „Judenzählung“<sup>102</sup> reagierte, die auch Ernst Müller noch vor seinem Tod miterleben musste. Nachdem die wehrpflichtigen jü-

<sup>99</sup> HStAH (wie Anm. 49).

<sup>100</sup> *Ich besuchte in Hannover ein Lyceum und die 6 Oberklassen der städtischen Studienanstalt realgymnasialer Richtung; Ostern 1915 erhielt ich das Reifezeugnis*, schreibt Elisabeth Müller in ihrem kurzen Lebenslauf, der ihrer maschinenschriftlichen Dissertation „Ein Fall von Conglutinatio orificii externi uteri“ (Göttingen 1920) an- gefügt ist. Die Arbeit liegt in der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen.

<sup>101</sup> FELIX A. THEILHABER: Jüdische Flieger im Kriege. Ein Blatt der Erinnerung. Berlin 1919, S. 32ff. Vgl. die zweite, stark erweiterte Auflage: Jüdische Flieger im Weltkrieg. Berlin 1924, S. 91ff.

<sup>102</sup> VOLKER ULLRICH: „Drückeberger“. Die Juden zählung im Ersten Weltkrieg. In: Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. Hg. von JULIUS H. SCHOEPS u.a. München/Zürich 1995, S. 210-217. WERNER JOCHMANN: Die Ausbrei- tung des Antisemitismus. In: Deutsches Judentum (wie Anm. 95), S. 409-510, hier S. 422ff.



dischen Bürger von antisemitischer Seite mit zunehmender Kriegsdauer immer aggressiver beschuldigt worden waren, sich aus Feigheit vor dem Dienst an der Front zu drücken, sollte die Zahl der jüdischen Frontkämpfer und die der ‚Drückeberger‘, der in der Etappe und in der Kriegswirtschaft beschäftigten Juden, ermittelt werden, angeblich, um damit die antisemitischen Vorwürfe auszuräumen. Doch wurde nie ein Ergebnis veröffentlicht. Der Vorgang löste bei den deutschen Juden tiefe Enttäuschung und Empörung aus, da ja gerade sie ihren Patriotismus bei Ausbruch des Krieges ganz besonders hatten beweisen wollen<sup>103</sup> – und den Nachweis für diesen vaterländischen Einsatz suchte auch Theilhaber mit seiner Sammlung exemplarischer Fliegerviten zu führen.<sup>104</sup>

Die ‚Judenählung‘ ließ auch Ernst Müllers Verbindung, die ‚Salia‘, die sich bis dahin in ihrer konfessionell neutralen Haltung jeder Diskussion der ‚Judenfrage‘ entzogen hatte, nicht mehr unberührt: *Gibt es, heißt es in ihrer Stellungnahme vom Dezember 1916, keine Vereinigung, die sich an hoher Stelle laut gegen diese Beleidigung der jüdischen Soldaten wendet?! Wir lassen unsere toten Bundesbrüder nicht beleidigen.*<sup>105</sup> Auf diesem Hintergrund wird die herausgehobene Ehrung, welche die Verbindung ihren im Weltkrieg gefallenen Mitgliedern – neben Ernst Müller starben weitere 17 aktive und inaktive Bundesbrüder – zukommen ließ, besonders verständlich. Nach Kriegsende ließ die ‚Salia‘ einen aufwendigen dreiflügeligen Gedenkschrein mit den Portraits und Lebensdaten der Gefallenen fertigen, der bis zur Auflösung der Verbindung nach 1933 auf dem Verbindungshaus stand.<sup>106</sup> Die zeittypische Symbolik des Schreins ist deutlich:<sup>107</sup> Unter dem Verbindungswappen mit dem Wahlspruch *Fest stehen immer, still stehen nimmer* zeigt der Mittelteil die Widmung *Unseren im Weltkrieg gefallenen Kameraden* über einem lorbeerbekränzten Stahlhelm mit Bajonett, Handgranate und Pistole – Attribute des Soldaten, die zugleich Kampfgeist, Heldenmut und Opferbereitschaft symbolisieren sollten, Eigenschaften, die den jüdischen Kriegsteilnehmern so oft abgesprochen wurden und die deshalb für die gefallenen Verbindungsbrüder der ‚Salia‘ – die weitaus meisten von ihnen, wenn nicht alle, entstammten jüdischen Familien – umso deutlicher herauszustellen waren.<sup>108</sup>

<sup>103</sup> PETER PULZER: Der Erste Weltkrieg. In: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 3 (wie Anm. 93), S. 356-380, hier S. 359ff. und 366ff. PAUL-MENDES-FLOHR: Im Schatten des Weltkrieges. In: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 4: Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. München 2000, S. 15-36, hier S. 16ff.

<sup>104</sup> Dem gleichen, letztendlich vergeblichen Anliegen diente der vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten herausgegebene Band: Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Berlin 1932 (S. 237: Ernst Adolf Müller). – Zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, dem Theilhabers Werk gewidmet ist und der 1919 mit dem Ziel gegründet worden war, die Ehre der jüdischen Frontsoldaten und damit aller deutschen Juden zu schützen, vgl. ULRICH DUNKER: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, ferner AVRAHAM BARKAI: Die Organisation der jüdischen Gemeinschaft, sowie DERS.: Organisationen und Zusammenschluss. In: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 4 (wie Anm. 103), S. 74-101, hier S. 96ff. sowie S. 249-271, hier S. 264ff.

<sup>105</sup> Die Erfahrungen des Weltkrieges führten die ‚Salia‘ ab 1919 dazu, von dem verlogenen Begriff *paritätisch* abzurücken und sich als jüdische Verbindung zu bekennen. Vgl. REICHMANN (wie Anm. 95), S. 581.

<sup>106</sup> Der Schrein befindet sich heute in der Tahara-Halle des Würzburger jüdischen Friedhofs. ISRAEL SCHWIERZ: „Für das Vaterland starben...“ Denkmale und Gedenktafeln bayerisch-jüdischer Soldaten. Aschaffenburg 1998, S. 296ff.

<sup>107</sup> Vgl. für die Freiburger Verbindungen UTE SCHERB: „Wir bekommen die Denkmäler, die wir verdienen.“ Freiburger Monumente im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau 36). Freiburg 2005, S. 108ff.

<sup>108</sup> Auch Theilhaber legte deshalb Wert auf den Abdruck des Beileidsschreibens, den Ernst Müllers Staffelführer an dessen Eltern richtete, in dem es heißt: *Soeben von einer dienstlichen Reise zurückgekehrt, ... [werde ich] leider vor die traurige Tatsache [gestellt], dass Ihr Herr Sohn Ernst und mein trefflicher Beobachter den Heldentod gefunden hat. Die ganze Staffel wird hierdurch mit mir in die aufrichtigste Trauer versetzt. Wir alle möchten Ihnen und Ihrer hochgeschätzten Familie unser allertiefstes und inniges Beileid aussprechen für den schweren Schlag, der Sie durch den Heldentod meines einzig schneidigen Beobachters und unseres lieben, teuren und heiteren Kameraden getroffen hat. Meine wie zu Eisen geschmiedete Staffel, durch Bestehung gemeinsamer Ge-*



Abb. 4 Gedenkschrein der „Salia“ für die im Weltkrieg gefallenen Verbindungsbrüder; in der Mitte rechts der Eintrag für Ernst Müller (Stadtarchiv Würzburg).

Der Familienüberlieferung zufolge kam Ernst Müllers Bruder Georg 1919 bei den Freikorpskämpfen um.<sup>109</sup> Das ist hinsichtlich der Zeitangabe nicht richtig, hinsichtlich der inhaltlichen Aussage nicht genauer zu verifizieren. Georg Müller, der sein Abitur im Herbst 1917 ablegte – das Abgangszeugnis des Gymnasiums Hannover ist auf den 25. Oktober datiert –, immatrikulierte sich zum Sommersemester 1918 an der Universität Göttingen für das Jurastudium, das er dort im Wintersemester fortsetzte.<sup>110</sup> Zum Sommersemester 1919 wechselte er an die Uni-

*fahren, hat durch den Tod Ihres Herrn Sohnes eine tiefe, nur schwer zu reparierende Scharte erlitten. Mir persönlich stand er durch seinen vorbildlichen Schneid und sein offenes, gerades und heiteres Wesen besonders nahe. So wie sein Wesen, war auch sein Ende ehrenvoll. In der Verkörperung des frischen draufgängerischen Fliegergeistes hat er im offenen ehrlichen Kampf sein junges Blut seinem Vaterland geopfert. Lassen Sie mich Ihnen, dem so schwer geprüften Vater, meinen und unseren Dank aussprechen dafür, was er Hervorragendes geleistet hat, mir, seinem Staffelführer, und besonders seinem großen Vaterland. Sein Geist wird um uns sein und uns anspornen, es ihm gleich zu tun, d. h. unser Bestes, das Leben, dem Vaterland freudig wie er zu opfern. Wir aber werden nicht aufhören, ihm auch nach seinem Tode die Treue zu bewahren, die er uns gezeigt hat. ... Möge Ihnen und Ihrer hochgeschätzten Familie der Gedanke, dass Ihr Herr Sohn seinen Lebenszweck durch seinen Heldentod fürs Vaterland auf das ruhmvollste erfüllt hat, über diese schweren Stunden hinweghelfen. Neben der Trauer muss der Stolz auf den gefallenen Sohn ausgleichend wirken. Wie Anm. 101, 2. Aufl., S. 94.*

<sup>109</sup> Familienerinnerungen von Herbert Porta, Neffe Elisabeth Müllers, niedergeschrieben für seine Schwester Marianne Oppenheimer in Naharia, 28.12.1983. Familienarchiv Eilon.

<sup>110</sup> Mitteilung des Universitätsarchivs Göttingen vom 11.1.2006.

versität Würzburg, an der er auch im Wintersemester studierte. Im Sommer 1920 war er, wie es scheint, an der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau eingeschrieben, deren Abgangszeugnis vom November des Jahres er jedenfalls bei seiner Rückkehr nach Würzburg zum Wintersemester 1920/21 vorlegte. Der Aufforderung des Rektorats vom Mai 1921, seine Einschreibung zu erneuern, ist Georg Müller nicht nachgekommen.<sup>111</sup> Wo er sein Studium beendet hat, an welcher Universität er im Fach Jura promoviert wurde, ist bisher nicht bekannt.

Es ist nun durchaus denkbar, zumal die Familienüberlieferung nicht völlig aus der Luft gegriffen sein kann, dass Georg Müller einem Freikorps<sup>112</sup> angehört und an Kämpfen teilgenommen hat. Denn Studenten waren ein ganz wesentlicher Faktor in den Reihen der Freikorpsverbände, und es beteiligten sich an ihnen, obwohl diese nicht frei waren von antisemitischer Agitation, auch jüdische Studenten und jüdische Frontkämpfer. Ob Georg Müller an Einsätzen im Innern oder an der deutschen Ostgrenze beteiligt war, muss offen bleiben. Es ist aber denkbar, dass er in Würzburg einem jener Freikorps beigetreten ist, die sich gegen die bayerische Räterepublik richteten.<sup>113</sup> Andererseits könnten sein Studienaufenthalt in Breslau und sein ‚regelmäßiger‘ Abgang aus Würzburg darauf hindeuten, dass er 1920 in Oberschlesien aktiv gewesen ist und dass er dann auch in den dortigen Kämpfen des Folgejahres mitgewirkt hat. Doch bleibt die Vermutung, so wie die Hintergründe seines Todes im Dunkeln bleiben. Der Sterbeeintrag des Standesamts Berlin-Grünwald besagt nur, *dass Dr. jur. Georg Müller, wohnhaft in Mannheim, ... am 26. Mai 1922 gegen 20 Uhr in Berlin-Grünwald, im Jagd 152, tot aufgefunden worden ist*. Er hat demnach im Grünwald, und zwar im forstwirtschaftlichen Distrikt Nr. 152 nahe der Havel, den Tod gefunden.<sup>114</sup> Die Todesursache konnte nicht ermittelt werden. Auffallend ist, dass Georg Müller nicht in den von der Charité Berlin geführten „Hauptbüchern über Obduktionen“, die bei unnatürlichen Todesfällen vorgenommen wurden, erscheint.<sup>115</sup> Der Arzt, der den Totenschein ausstellte, hat demnach nichts festgestellt, was einer Klärung durch Obduktion bedurft hätte. Dass der Tod Georg Müllers, wie familiär überliefert, seine Ursache

<sup>111</sup> Mitteilung des Universitätsarchivs Würzburg vom 16.1.2006. – Merkwürdigerweise ist Georg Müller im Verzeichnis der Studierenden der Universität Breslau zum Sommersemester 1920 nicht aufgeführt; vgl. Personalverzeichnis der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, SS 1920. Breslau 1920.

<sup>112</sup> Vgl. HAGEN SCHULZE: Freikorps und Republik 1918-1920 (Militärgeschichtliche Studien 8). Boppard a. Rh. 1969. HANNSJOACHIM W. KOCH: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923. Berlin u.a. 1978.

<sup>113</sup> Der kriegsfreiwillige jüdische Dozent an der Technischen Hochschule Karlsruhe Stefan Goldschmidt, der nach vier Jahren als hochdekoriertes Frontkämpfer zurückkehrte, trat 1919, als die Räterepublik ausgerufen wurde, in Würzburg einem Freikorps bei. KLAUS-PETER HOEPKE: Jüdische Gelehrte und Studierende an der Technischen Hochschule Karlsruhe 1825-1933. In: Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Hg. von HEINZ SCHMITT (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs 8). Karlsruhe 1988, S. 321-344, hier S. 334. – Insgesamt trat aber wohl nur eine kleine Zahl von Juden „den völkischen gegenrevolutionären Freikorps“ bei. AVRAHAM BARKAI: Politische Orientierungen und Krisenbewusstsein. In: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 4 (wie Anm. 103), S. 102-104, hier S. 103. – Zum Antisemitismus in den Freikorpsverbänden vgl. JOCHMANN (wie Anm. 102), S. 469.

<sup>114</sup> Sterbeeintrag des Standesamts Berlin-Grünwald Nr. 81/1922. Anlage zur Wiedergutmachungsakte Margarete Goldschmidt; wie Anm. 49. Durch Geburtsdatum und -ort ist die Identität zweifelsfrei gesichert. – „Jagd“ ist der in Preußen gebräuchliche forstwirtschaftliche Begriff für einen Walddistrikt. Die einzelnen Distrikte sind mit arabischen Ziffern gekennzeichnet; die Nr. 152 findet sich nahe der Havel. Mitteilung des Landesarchivs Berlin vom 1.8.2007. – In den Hannoveraner Zeitungen – Anzeiger, Kurier und Landeszeitung – fand sich keine Todesanzeige für Georg Müller. Mitteilung der Stadtbibliothek Hannover vom 24.1.2006. – Sein Aufenthalt in Mannheim konnte nicht nachgewiesen werden. Mitteilung des Stadtarchivs Mannheim vom 13.6.2005. – Auffälligerweise hielt die OFD Hannover noch 1943 bei der Beschlagnahme des Restvermögens der verstorbenen Eheleute Siegfried Müller fest, dass einer der eigentlich Erbberechtigten, der Sohn Georg, *seit 1924-25 verschollen* sei. HStAH, Hann. 210 Acc. 2004/23 Nr. 1261 (Dr. Elisabeth Müller: Einziehung jüdischer Vermögenswerte, 1942-1925).

<sup>115</sup> Mitteilung des Universitätsarchivs der Humboldt-Universität Berlin vom 4.1.2006. – Auch in den Justiz- und Polizeibeständen des Landesarchivs fand sich kein Hinweis auf Georg Müller, und ebenso wenig in der Wochenzeitung „Grünwald-Echo“, in der man bei außergewöhnlichen Umständen eine Notiz hätte erwarten können. Mitteilung des Landesarchivs Berlin vom 16.8.2005/19.10.2007.



Abb. 5 Elisabeth Müllers Doktordiplom (Universitätsarchiv Göttingen).

in dessen Kontakten zu Freikorpsgruppierungen und damit möglicherweise in deren konspirativen Plänen von 1922 hatte, dafür gibt es bisher nicht den geringsten Hinweis.<sup>116</sup>

Nachdem Elisabeth Müller zu Ostern 1915 ihr Reifezeugnis erhalten hatte, immatrikulierte sie sich an der Universität Heidelberg für das Studienfach Medizin. Mit ihrem Entschluss zu studieren übernahm sie gewissermaßen eine Vorreiterrolle.<sup>117</sup> Dass jüdische Mädchen eine Berufsausbildung anstrebten, war damals immer noch keine Selbstverständlichkeit. Sosehr jüdische Eltern auch darauf achteten, ihren Söhnen den Weg zu einem einträglichen und angesehenen Beruf zu ebnen – dem Beruf der Töchter wurde, wie der 1904 gegründete Jüdische Frauenbund feststellen musste, nicht dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt. Dieser setzte sich deshalb entschieden für die Förderung von Frauenberufen ein. Dabei war zwar in erster Linie an soziale Berufe, an Arbeit in Kindergärten, Waisenheimen und Krankenhäusern gedacht, doch wurden auch „begabte Frauen [ermutigt], eine akademische Ausbildung anzustreben“. Die meisten von ihnen entschlossen sich dann zu einem Medizinstudium – wie Elisabeth Müller, die nach ihrem Wechsel an die Universität Göttingen dort im Juli 1917 erfolgreich die Vorprüfung ablegte. Die klinischen Semester absolvierte sie in München und Heidelberg, kehrte dann nach Göttingen zurück und bestand dort nach dem 10. Semester im Herbst 1920 die ärztliche Staatsprüfung. Im November des Jahres legte sie der Fakultät ihre Dissertation vor.<sup>118</sup>

Nach Abschluss des Promotionsverfahrens Anfang 1922 und Erteilung der Approbation war Elisabeth Müller als Assistenzärztin in Berlin tätig,<sup>119</sup> vermutlich bereits in der Pädiatrie. Schon ihr Promotionsthema weist darauf hin, dass sie sich von vornherein auf das Fach Kinderheil-

<sup>116</sup> Zu den konspirativen Freikorpsplänen, die dann auch zum Mord an Walther Rathenau im Juni 1922 nahe bei seiner Villa im Grunewald führten, vgl. KOCH (wie Anm. 112), S. 300ff.; MARTIN SABROW: Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 69). München 1994.

<sup>117</sup> Vgl. zum Folgenden MARION A. KAPLAN: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938. Hamburg 1981, S. 122ff., 278ff. und 302ff.

<sup>118</sup> Wie Anm. 100.

<sup>119</sup> Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Med. Prom. 1922 (Promotionsakte Elisabeth Müller), Schriftwechsel. Herrn Prof. Dr. Eduard Seidler, Freiburg, danke ich für den Hinweis auf diese Akte.

kunde konzentriert hat.<sup>120</sup> Nachdem sie ihre Ausbildung an verschiedenen Kinderkliniken beendet hatte, ließ sie sich 1925 als „Fachärztin für Säuglingspflege und Kinderkrankheiten“ in Hannover nieder.<sup>121</sup> Sie erwarb sich schnell einen guten Ruf; ihre Praxis florierte, wie ein Kollege, ehemals Oberarzt der Hannoverschen Kinderheilanstalt, nach dem Krieg aussagte. Wesentlich trug dazu sicherlich ihr freundliches und offenes Wesen bei, das mehrfach bezeugt ist.<sup>122</sup>

Neben ihrer ärztlichen Tätigkeit beschäftigte sich Elisabeth Müller weiterhin mit wissenschaftlichen Fragen und Problemstellungen ihres Faches. Sie arbeitete dabei mit dem Hannoveraner Kinderarzt Dr. Kurt Blühdorn zusammen, den sie bereits in Göttingen kennengelernt hatte. Blühdorn hatte an der dortigen Universität eine außerordentliche Professur für Pädiatrie inne, die er auch nach seiner Niederlassung in Hannover 1924 weiter betreute.<sup>123</sup> 1930 veröffentlichten beide gemeinsam, als Beiheft zur Fachzeitschrift „Medizinische Klinik“, einen umfangreichen Beitrag mit dem Titel „Ausgewählte Kapitel aus dem Gebiet der Säuglings- und Kinderheilkunde“, in dem sie die neuere Forschungsliteratur zu einer ganzen Reihe von Themen zusammengefasst und kommentiert vortrugen.<sup>124</sup>

Ihre Kenntnisse als Kinderärztin stellte Elisabeth Müller, wie bereits angeführt, auch der Jüdischen Gemeinde Hannover zur Verfügung. Wie der nach New York emigrierte Hannoveraner Kaufmann Rudolf Herzberg später bezeugte, hat sie *mit großem Interesse in der Repräsentanz der Synagogengemeinde Hannover als deren von der Gemeinde gewählten Vertreter gearbeitet* – das deutet auf eine offizielle Funktion im Bereich der Zentralstelle für Wohlfahrtspflege hin, dessen Leiter Herzberg war. Unter ihm hat Elisabeth Müller offenbar die Durchführung von Ferienkolonien und anderer Vorhaben der Kindererholung mitgeplant und mit ihrem fachärztlichen Rat begleitet.<sup>125</sup>

Der Antisemitismus meldete sich in Hannover, wo seit 1921 eine Ortsgruppe der NSDAP<sup>126</sup> agitierte, schon früh lautstark zu Wort. „Wiederholt wurden die religiösen Stätten der Juden geschändet“, wurde die Synagoge besudelt: so 1927 mit sechs riesigen Hakenkreuzen in roter

<sup>120</sup> Vgl. für die Geschichte der jüdischen Ärzte und Ärztinnen in der Kinderheilkunde die informative Einführung von SEIDLER (wie Anm. 78), S. 14ff.

<sup>121</sup> Von einer *vierjährigen Berufsausbildung in Kinderkliniken* spricht ihre Schwester Marga Müller im Wiedergutmachungsverfahren; wie Anm. 49. Vor der Praxiseröffnung hielt sich Elisabeth Müller nach Ausweis ihrer Meldekarte in Heidelberg auf, wo sie möglicherweise an einer Kinderklinik arbeitete. – Die Praxis befand sich zunächst in der Königsstraße 39, ab 1927 in der Lavesstr. 64. Adressbücher der Stadt Hannover.

<sup>122</sup> Erklärung des christlichen Kinderarztes Dr. med. Wilhelm Riehn vom 9.2.1959 im Wiedergutmachungsverfahren Goldschmidt; wie Anm. 49. – *Bei uns hieß sie nur Tante Lieschen, und wir hatten sie sehr gern*, hielt später ihr Neffe Herbert Porta fest; wie Anm. 109.

<sup>123</sup> Kurt Blühdorn verlor 1933 seine Professur, 1938 seine Approbation. 1939 gelang ihm in letzter Minute die Emigration nach New York. 1942 eröffnete er, nachdem er das amerikanische Staatsexamen bestanden hatte, wieder eine eigene Praxis. Sein Wiedergutmachungsverfahren dauerte – ans Skandalöse grenzend – jahrelang. UDO BENZEHÖFER: Auswanderung als Flucht: Zum Lebensgang des jüdischen Pädiaters Prof. Dr. Kurt Blühdorn (1884-1982). In: Monatsschrift für Kinderheilkunde (im Erscheinen). Ich danke Herrn Prof. Benzenhöfer für die Bereitstellung des Druckmanuskripts. Vgl. auch SEIDLER (wie Anm. 78), S. 294f. sowie ANIKÓ SZABÓ: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Geschichte des Landes Niedersachsen [nach 1945] 15). Hannover 2000, S. 391ff.

<sup>124</sup> Beihefte zur „Medizinischen Klinik“. Bd. 26, H. 2 (1930).

<sup>125</sup> Vgl. die eidesstattliche Erklärung Rudolf Herzbergs vom 18.12.1958. Wie Anm. 49. Herzberg war Inhaber der Hannoveraner Leder Großhandlung Adolf Herzberg. Zu der im Sommer 1928 von der Zentralstelle für Wohlfahrtspflege in der Synagogengemeinde Hannover veranstalteten Ferienkolonie vgl. Nachrichtenblatt. Jüdische Wochenzeitung. Amtliches Organ für die Synagogen-Gemeinden Hannover und Braunschweig. 15.6.1928 Nr. 23.

<sup>126</sup> Zur NSDAP Hannover vgl. KLAUS MLYNEK: Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus. In: Geschichte der Stadt Hannover. Bd. 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Hannover 1994, S. 405-577, hier S. 455ff.

Farbe und der Aufschrift „Schlagt die Juden tot“.<sup>127</sup> Das Jahr 1933 brachte den Einstieg in dieses so deutlich geäußerte Programm. Hatte das „Nachrichtenblatt“ der Synagogengemeinde Hannover zur Jahreswende 1932/33 noch die vorsichtige Prognose gewagt, die Gefahr einer *nationalsozialistischen Alleinherrschaft* sei angesichts der rückläufigen Wahlerfolge der NSDAP wohl *in weite Ferne gerückt*,<sup>128</sup> so hatte sich wenig später die Hoffnung auf eine Niederlage der Demagogen in Nichts aufgelöst. Die Nazis herrschten, und sie ließen über den Charakter dieser Herrschaft von Anfang an keine Zweifel aufkommen. Am 1. April rief die Reichsregierung zum „Judenboykott“, zum Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Rechtsanwälte und Ärzte auf. Auch vor der Praxis von Elisabeth Müller erschienen SA-Posten, *die jeden christlichen Besucher auf die Folgen aufmerksam machten, die die Inanspruchnahme von Juden für sie haben konnten*. Das hatte zur Folge, dass langjährige Patienten nun allmählich fernblieben, da nur wenige bei fortwährendem Naziterror den Mut aufbrachten, weiterhin einen jüdischen Arzt zu konsultieren.<sup>129</sup> Für Elisabeth Müller waren diese Konsequenzen allerdings bedeutungslos, hatten doch die neuen Machthaber mit der vom Reichsarbeitsministerium noch im April erlassenen „Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen“<sup>130</sup> einen bequemen Weg gefunden, viele ‚nichtarische‘ Ärzte durch den Entzug der Kassenzulassung zu ruinieren. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Patienten Kassenpatienten waren, verwundert es nicht, dass der schlichte Satz *Die Tätigkeit von Kassenärzten nichtarischer Abstammung wird beendet* Elisabeth Müller dazu zwang, ihre Praxis zu schließen – von den wenigen Privatpatienten konnte sie nicht leben. Auch auf sie traf zu, was der „Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“ für viele der ausgeschalteten Ärzte Ende 1933 feststellte: *Es besteht ... eine dringende Notlage, da ihre geringen Ersparnisse in kurzer Zeit aufgebraucht sein werden*.<sup>131</sup>

Für Elisabeth Müller kam erschwerend hinzu, dass ihre Eltern inzwischen ebenfalls in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren. Die Privatbank „Oppenheimer & Müller“ hatte zwar die Kriegsjahre, in der das Bankgeschäft allgemein schlecht ging, überstanden und wohl auch an dem raschen Aufschwung, den das Bankgewerbe nach dem Krieg nahm, noch teilgehabt. Doch war diese Entwicklung nicht von Dauer gewesen. Die scharfe Konkurrenz untereinander, verbunden mit der großen Wirtschaftskrise, zwang bald eine Reihe von Hannoveraner

<sup>127</sup> PETER SCHULZE: Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover (Hannoversche Studien 6). Hannover 1998, S. 32. Die Täter kamen wie üblich außerordentlich glimpflich davon. Vgl. den Prozessbericht in: Nachrichtenblatt (wie Anm. 125), 11.5.1928 Nr. 18.

<sup>128</sup> Ausführlicher zitiert von SCHULZE (wie Anm. 127), S. 189.

<sup>129</sup> Dr. Kurt Blühdorn berichtete in seinem Entschädigungsantrag: *Wie vor anderen jüdischen Unternehmungen waren auch in Hannover bei jüdischen Ärzten SA-Posten aufgestellt, die jeden christlichen Besucher auf die Folgen aufmerksam machten, die die Inanspruchnahme von jüdischen Ärzten für sie haben konnten. Es war daher ganz offensichtlich, dass viele alte Patienten jüdische Ärzte zu vermeiden suchten. Denn es gehörte Mut dazu, insbesondere mit dem fortbestehenden Naziterror bei einem jüdischen Arzt zu bleiben*. Blühdorns Einkommen ging nach 1933 drastisch zurück. BENZENHÖFER (wie Anm. 123). Vgl. für den Boykott in Hannover auch SCHULZE (wie Anm. 127), S. 189f.

<sup>130</sup> Ausgenommen waren von der Regelung Ärzte, die bereits am 1.8.1914 approbiert waren, bzw. jene, die im Weltkrieg als Frontkämpfer gedient hatten oder deren Väter oder Söhne gefallen waren. Die Verordnung ist abgedruckt in: Das Sonderrecht der Juden im NS-Staat. Hg. von JOSEPH WALK. Heidelberg 21996, S. 16 Nr. 71. Vgl. zur Verdrängung der Ärzte etwa GÜNTER PLUM: Wirtschaft und Erwerbsleben. In: Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. Hg. von WOLFGANG BENZ. München 1993, S. 268-313, hier S. 288ff.

<sup>131</sup> *Die wirtschaftliche Lage der ausgeschalteten Ärzte ist eine überaus schwere, da die Einnahmen aus der Privatpraxis außerordentlich zurückgegangen sind; außerdem sind die Einnahmen aller Ärzte durch Boykottmaßnahmen und nebensetzliche Handlungen erheblich eingeschränkt. Von den ausgeschalteten Ärzten besteht nach den Erhebungen der Geschäftsstelle für 2000 [von ca. 4000] eine dringende Notlage, da ihre geringen Ersparnisse in kurzer Zeit aufgebraucht sein werden*. Arbeitsbericht (wie Anm. 18) (1933), S. 34.

Bollschweil b. Freiburg i/B

Sehr geehrter Herr Professor,  
ich bekam d. Scheckforderung zur Zahlung  
des Mitgliedbeitrages hierher nachgeschickt.  
Die Karte ging an meine frühere Adresse  
in Hannover. Ich bin seit Mitte 1933  
nicht mehr praktizierende Ärztin, da  
ich als Jüdin keine Kassen mehr habe,  
u. war lange Zeit im Ausland. Nun  
weiss ich nicht, ob ich überhaupt noch  
Mitglied d. Ges. f. Kk. bin u. sein  
darf. Wenn ja, werde ich die RM. 5.- an  
Sie überweisen, andernfalls bitte ich  
mich aus der Liste zu streichen.  
Ich bitte frucht um baldige Antwort.  
Mit koll. Hochachtung  
Dr. Elisabeth Müller  
früher Hannover  
a. d. Markuskirche 4

Abb. 6 Anfrage von Dr. Elisabeth Müller aus Bollschweil an die Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde, ob sie als nicht mehr praktizierende Ärztin, da sie als Jüdin keine Kassen mehr habe, weiterhin Mitglied der Gesellschaft sei und sein dürfe. Der Schriftführer der Gesellschaft, Dr. med. Fritz Goebel, nahm die Gelegenheit gern wahr, der sehr geehrten Frau Kollega Anfang 1936, seine Entscheidung als deren Wunsch hinstellend, die Mitgliedschaft zu entziehen: Es besteht zwar kein Zwang für jüdische Mitglieder, aus der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde auszutreten, aber die meisten unserer nichtarischen Mitglieder haben ihren Austritt angemeldet. In der Annahme, dass Sie bei dieser Lage der Dinge sich anschließen werden, streiche ich Sie, Ihre Zustimmung voraussetzend, aus der Mitgliederliste. (Archiv für Kinder- und Jugendmedizin). – Auch ohne Einführung eines ‚Arierparagrafen‘ gelang es Goebel mit seiner Politik der ‚freiwilligen‘ Selbstaustritte, die Gesellschaft bis Ende 1937 weitgehend ‚judenfrei‘ zu machen; die letzten jüdischen Mitglieder wurden 1938 nach dem endgültigen Approbationsentzug gestrichen (vgl. SEIDLER [wie Anm. 78], S. 23ff. und 296).

Privatbanken zur Geschäftsaufgabe.<sup>132</sup> 1926 zog sich Richard Oppenheimer, Mitinhaber von „Oppenheimer & Müller“, aus dem Unternehmen zurück, ob aus geschäftlichen Gründen oder altershalber, sei dahingestellt. Siegfried Müller, inzwischen Handelsgerichtsrat, führte die Bank nun allein weiter. Doch vier Jahre später schon zwang ihn die schwierige wirtschaftliche Situation, sein Lebenswerk – im vierzigsten Jahr des Bestehens – zu liquidieren; 1932 wurde „Oppenheimer & Müller“ aus dem Handelsregister gelöscht.<sup>133</sup> Die Verluste müssen erheblich gewesen sein; für den privaten Bereich konnte offenbar nur wenig gerettet werden. 1936 schon schreibt eine Verwandte von Angelika und Siegfried Müller: *Es ist wirklich schrecklich, dass sie jetzt im Alter von der Gnade der Verwandten und Freunde abhängig sind. Und was war das immer für ein Haushalt!*<sup>134</sup>

Die bei der „Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe“ eingerichtete „Ärzte-Abteilung“ sah anfänglich eine gewisse Chance, *möglichst zahlreiche Ärzte ihrem Beruf zu erhalten*, im Ausland gegeben und gewährte deshalb denen Unterstützung, die sich dort um eine Anstellung bemühten.<sup>135</sup> Auch Elisabeth Müller mag diese Möglichkeit ausgelotet haben. 1933 ging sie, gemeinsam mit ihrer Cousine Dr. med. Luise Kufmann, in die Schweiz.<sup>136</sup> Es wird freilich recht bald schon deutlich geworden sein, dass dort die Zulassung zur dauernden Ausübung des Arztberufes kaum zu erreichen war. *Wie viele, die ihre Praxis aufgegeben hatten ... und [nun] im Bereich der jüdischen Gesundheitsfürsorge tätig waren*, entschied sich Elisabeth Müller deshalb ebenfalls für diesen Weg. Sie ging nach Lausanne und arbeitete vorübergehend – gegen Kost, Unterkunft und ein bescheidenes Taschengeld – an einer Kinderklinik, an der auch Kinderpflegerinnen ausgebildet wurden.<sup>137</sup>

Ende 1934, nach Ablauf ihres Visums, kehrte Elisabeth Müller, wie ihre Cousine Luise Kufmann, die später nach England emigrieren konnte, nach Deutschland zurück. Sie widmete sich nun, wie geschildert, umgehend der Realisierung des wohl schon seit einiger Zeit bestehenden Plans, im badischen Bollschweil gemeinsam mit Dr. Annerose Heitler ein Kindererholungsheim einzurichten. Knapp vier halbwegs ruhige Jahre waren ihr schließlich mit der Arbeit im Kinderheim „Sonnenhalde“ vergönnt. Nach dessen Ende kehrte sie Mitte Januar 1939 nach Hannover zurück, auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung. Natürlich hatte sie sich auch mit dem Gedanken zu emigrieren auseinandergesetzt. Doch fehlten ihr neben den finanziellen Mitteln insbesondere die Beziehungen ins Ausland; sie kannte niemanden, der, etwa in den USA, für sie hätte bürgen können. Zudem mag sie die Rücksicht auf ihre betagten Eltern, die sie nicht dem Alleinsein überantworten wollte, zurückgehalten haben.

Denn inzwischen war ihrer Schwester Marga, die zuvor noch in Berlin, im *Hinblick auf eine Erwerbstätigkeit im Ausland*, einen dreimonatigen Kursus für die Anfertigung künstlicher Blumen mitgemacht hatte, mit ihrem Mann Paul Goldschmidt die Flucht in die USA geglückt. Den Anstoß zur Emigration in letzter Minute hatte auch hier die Inhaftierung im Konzentrationsla-

<sup>132</sup> VOLTMER (wie Anm. 88), S. 41ff.

<sup>133</sup> Vgl. Adressbücher der Stadt Hannover 1930-1933. In der 1931 erschienenen Arbeit von VOLTMER (wie Anm. 88), S. 153f., ist die Bank von Oppenheimer & Müller noch als existierend aufgeführt.

<sup>134</sup> Rosel Rosenberg aus Frankfurt an Grete Eichenberg in Palästina, 20.11.1936. Familienarchiv Eilon.

<sup>135</sup> Arbeitsbericht (wie Anm. 18) (1933), S. 35.

<sup>136</sup> Mitteilung von Frau Rina Eilon vom 9.2.2004. – Der Versuch, den Aufenthalt Elisabeth Müllers in der Schweiz archivalisch nachzuweisen und über ihn gegebenenfalls Genaueres zu erfahren, scheiterte. Für ihre Unterstützung habe ich zu danken: Herrn Prof. Dr. Heiko Haumann, Universität Basel; Herrn Dr. Uriel Gast, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich; dem Schweizerischen Bundesarchiv Bern; dem Staatsarchiv Basel.

<sup>137</sup> Für die Umorientierung der ausgeschlossenen Ärzte vgl. PLUM (wie Anm. 130), S. 292. – Der Aufenthalt Elisabeth Müllers in Lausanne wird von ihrer Schwester Marga Goldschmidt bezeugt; wie Anm. 49. Lowenthal (wie Anm. 78) gibt an, Elisabeth Müller sei „einige Zeit an der Pépinière in Genf tätig“ gewesen. Eine Einrichtung dieses Namens konnte jedoch weder dort noch in Lausanne nachgewiesen werden. Für Auskünfte danke ich dem Stadtarchiv und dem Staatsarchiv Genf sowie dem Stadtarchiv Lausanne.





Abb. 7 Jüdisches Krankenhaus und Altersheim in Hannover (Stadtarchiv Hannover).

ger gegeben; Paul Goldschmidt war nach dem Novemberpogrom ins KZ Buchenwald verschleppt worden. Das Ehepaar verließ am 15. Juni 1939 Hannover und ging über Holland nach England. Da sie für die Insel nur ein Durchgangsvisum ohne Arbeitserlaubnis besaßen, lebten sie in den nächsten 11 Monaten von Darlehen, die Paul Goldschmidt von Verwandten in den USA erhielt. Da diese auch bereit waren, für sie Bürgschaft zu leisten, wurde ihnen schließlich im Mai 1940 die Genehmigung zur Einwanderung erteilt. Sie ließen sich in New York nieder. Erst 1943 fand Paul Goldschmidt dort eine Festanstellung als office manager der Firma einer befreundeten jüdischen Familie.<sup>138</sup>

Zum Jahresanfang 1940 schrieb Therese Magnus, eine Verwandte Elisabeth Müllers, ihrem nach Schweden emigrierten Neffen: *Dass Lieschen Oberin am Krankenhaus und Altersheim ist, wisst Ihr wohl. Sie ist sehr beliebt und sehr tüchtig.*<sup>139</sup> Elisabeth Müller übernahm damit in der Endphase der Verfolgung, wie viele andere der noch in Deutschland verbliebenen jüdischen Frauen, die Außerordentliches leisteten,<sup>140</sup> eine schwere Aufgabe: die Leitung der bei-

<sup>138</sup> Dr. jur. Paul Goldschmidt, Rechtsanwalt und Notar, hatte am Ersten Weltkrieg teilgenommen; er durfte deshalb seine Kanzlei – eine mittelgroße mit entsprechendem Personal und Einkommen – nach 1933 zunächst weiterführen. 1935 wurde er aus dem Amt des Notars entlassen. Die Einkünfte waren inzwischen auf ein Drittel gesunken. 1938 verlor er die Zulassung als Anwalt. Nach Zahlung der „Judenvermögensabgabe“ von 9.855 RM und des „Sonderbeitrags zur Förderung der Auswanderung“ von 1.500 RM an die Synagogen-Gemeinde Hannover erhielt er die „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ des Finanzamts zur Auswanderung. Von 11.600 RM, die Goldschmidt an die Deutsche Golddiskontbank zahlte, wurden 6 % als Devisen nach England transferiert. Das umfangreiche, für den Versand nach Übersee vorbereitete Mobiliar wurde konfisziert. Vgl. die Wiedergutmachungsakte Dr. Paul Goldschmidt (wie Anm. 92).

<sup>139</sup> Therese Magnus an Klaus Müller in Schweden, 1.1.1940. Familienarchiv Eilon. – Therese Magnus wurde am 14.2.1867 in Bovenden, Kreis Göttingen, geboren. Eltern: Mauschel Magnus, geb. am 21.9.1805, Pauline geb. Meyenberg, geb. am 26.9.1825, beide jüdischer Konfession. Therese Magnus, mit der Elisabeth Müller über die Familie Meyenberg verwandt war, wohnte seit 1891 in Hannover, war unverheiratet und wurde mit dem Transport vom 23.7.1941 nach Theresienstadt abgeschoben, wo sie am 20.4.1944 starb. StadtAH, Meldekarte Therese Magnus. Vgl. Anm. 171.

<sup>140</sup> Die jüdischen Frauen, denen bis dahin im Leben der jüdischen Gemeinden nur eine marginale Rolle zugebilligt worden war, übernahmen in der nach dem Novemberpogrom einsetzenden chaotischen, immer schwerer zu bewältigenden Lage entscheidende Funktionen. Vgl. RITA R. THALMANN: Jüdische Frauen nach dem Pogrom 1938. In: Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland (wie Anm. 19), S. 295-302.

den in Hannover an der Vereinsstraße/Ellernstraße gelegenen Einrichtungen, Krankenhaus und Altersheim, die 1901 vom „Israelitischen Verein für Altersversorgung und Krankenpflege“ gegründet worden waren.<sup>141</sup> In Berlin hatte sie noch eine vierwöchige Zusatzausbildung absolviert,<sup>142</sup> im Hinblick auf die ihr neue Aufgabe der Altenpflege – der übrigens immer mehr Bedeutung zukam angesichts der zunehmenden Überalterung der jüdischen Bevölkerung, verursacht durch die Massenflucht vor allem jüngerer Menschen. Dadurch erhöhte sich aber auch ständig der Bedarf an Heimplätzen und zugleich die Anforderung an die bestehenden Altersheime, für zusätzliche Plätze zur Unterbringung der zurückbleibenden alten Leute zu sorgen; in der Regel gelang das nur durch die Umwandlung von Einzel- in Mehrbettzimmer.<sup>143</sup> So schwierig es schon war, diese und andere Probleme, denen sich Elisabeth Müller seit Mitte 1939 zu stellen hatte, zur Zufriedenheit der ihr anvertrauten Menschen zu lösen – es sollte noch schwieriger werden.

Im Rahmen der reichsweiten Maßnahmen zur Ghettoisierung der jüdischen Bürger, die nach dem Erlass des „Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 zwangsweise in bestimmten, ihnen zugewiesenen Häusern zusammengefasst werden konnten, wurde auch in Hannover die Wohnkonzentration verschärft vorangetrieben.<sup>144</sup> Dies gelang mit dem Mittel der Einzelkündigung und Zwangseinweisung nur bedingt. Gauleitung und Stadtverwaltung beschlossen daher 1941 eine radikale Lösung, die Umsiedlung von über tausend jüdischen Bürgern in 16 von der Verwaltung ausgesuchten Häusern. Im Laufe des 3. September erhielten alle Juden die Aufforderung, ihren *Wohnraum sofort zu räumen* und bis zum Folgetag 18 Uhr, nur mit den *notwendigsten Gegenständen und Möbeln versehen, da es sich um eine enge Belegung handelt*, in das zugewiesene *Judenhaus* umzuziehen. Elisabeth Müllers Eltern wurden in das Altersheim in der Ellernstraße eingewiesen; sie hatten nach der Auswanderung von Marga und Paul Goldschmidt in deren Wohnung Eichendorfstraße 2 gelebt, ein Haus, in dem nur noch jüdische Familien wohnten.<sup>145</sup>

Mit Siegfried und Angelika Müller wurden über 80 weitere Personen dem Anwesen Ellernstraße 16 zugewiesen; innerhalb von gut 24 Stunden stieg die Zahl der auf dem Grundstück untergebrachten Menschen von ungefähr 90 auf über 170. In der Räumungsverfügung, die ihnen vorher zugestellt worden war, war Elisabeth Müller, Oberin des Altersheims, als Verantwortliche für die Zuweisung der ihnen *dort zugedachten Räumlichkeiten* genannt. Sie meisterte die Aufgabe der Unterbringung innerhalb kurzer Zeit. So wurden die Kellerräume von Heim und

<sup>141</sup> SCHULZE (wie Anm. 127), S. 19.

<sup>142</sup> Erklärung Marga Goldschmidts; wie Anm. 49. – Elisabeth Müllers Cousin Dr. jur. Alexander Müller, dem die Tätigkeit als Versicherungskaufmann untersagt worden war, suchte einen ähnlichen Ausweg, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen: Er ließ sich in Frankfurt am jüdischen Krankenhaus in der Krankenpflege ausbilden. Nach seiner Deportation nach Lodz arbeitete er dann bis zu seinem Tod als Krankenpfleger in einem der dortigen Krankenhäuser. KIECKBUSCH (wie Anm. 84), S. 515 und 518.

<sup>143</sup> Schon für das Berichtsjahr 1937 stellte die Zentralwohlfahrtsstelle fest, dass trotz aller Maßnahmen – Neueinrichtung von Heimen, Umwandlung von Einzelzimmern in Doppelzimmer bei bestehenden Heimen – *das ständig wachsende Bedürfnis der Unterbringung von alten Leuten in Altersheimen auch jetzt noch nicht befriedigt werden konnte*. Arbeitsbericht (wie Anm. 18) (1937). Vgl. die detaillierten Angaben bei ADLER-RUDEL (wie Anm. 19), S. 168ff.

<sup>144</sup> Das Folgende beruht, soweit nicht anders vermerkt, auf der Untersuchung von MARLIS BUCHHOLZ: Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 101). Hildesheim 1987. Vgl. auch SCHULZE (wie Anm. 127), S. 41f. Zum „Israelitischen Krankenhaus als ‚Judenhaus‘“ vgl. ferner BENZEHÖFER (wie Anm. 78), S. 36f. – Allgemein vgl. HEIKO POLLMEIER: Judenhäuser. In: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hg. von WOLFGANG BENZ u.a. München 2001, S. 534f., sowie AVRAHAM BARKAI: Im mauerlosen Ghetto. In: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 4 (wie Anm. 103), S. 319-342, hier S. 328ff. („Die ‚Judenhäuser‘“).

<sup>145</sup> Das Haus Eichendorfstraße 2 gehörte Paul Goldschmidt, der es vor seiner Emigration an den jüdischen Privatier Sammy Scheiberg verkaufte. Nach dessen Ausweisung aus dem Haus erscheint als Eigentümer ein Hannoveraner Architekt. Adressbücher der Stadt Hannover. – Sammy Scheiberg wurde am 23.7.1942 nach Theresienstadt deportiert; er starb dort am 31.10. desselben Jahres. Gedenkbuch (wie Anm. 84), S. 3022.

Krankenhaus zu Wohnräumen umfunktioniert, jede andere Möglichkeit der Unterbringung genutzt. Nicht zu vermeiden war allerdings, dass die Heimbewohner nun, wie von den Nazis beabsichtigt, auf *wenigen Quadratmetern zusammenleben [mussten], immer mit anderen konfrontiert ..., ohne sich auch nur einmal in einen ruhigen Winkel zurückziehen zu können*. Das musste natürlich auch zu Spannungen und Konflikten führen, die es zu schlichten galt. Dazu kam die Ungewissheit über das weitere Schicksal, die Insassen und Personal schwer belasteten. *Man arbeitet unter einer qualvollen Spannung*, kennzeichnete damals eine der in der Fürsorge tätigen Frauen ihre Arbeitssituation. *Die Befriedigung, die die Arbeit jetzt hergibt, kann nicht mehr größer sein; die Verzweiflung aber auch nicht*. Dies kann auch für Elisabeth Müller gelten, eine von nicht wenigen pflichtbewussten und opferbereiten jüdischen Frauen, die sich in dieser Notlage – und es sollte ja noch schlimmer kommen – bei der Aufrechterhaltung einigermaßen geordneter und würdiger Formen des Zusammenlebens besonders bewährt haben.<sup>146</sup>

Die Konzentration in ‚Judenhäusern‘ bereitete die Deportationen in die Vernichtungslager des Ostens und nach Theresienstadt vor, die wenig später anliefen.<sup>147</sup> Bereits am 15. Dezember 1941 ging ein erster Transport nach Riga; unter den Verschleppten waren 52 Bewohner der Ellernstraße 16. Der Transport muss panische Angst unter den Zurückgebliebenen ausgelöst haben, denn es war klar, dass mit weiteren Deportationen gerechnet werden musste. Auch Elisabeth Müller wird in schwerer Sorge gewesen sein, vor allem wegen der Ungewissheit, ob ihre Eltern den Strapazen einer Verschleppung noch gewachsen sein würden. In der mündlichen Überlieferung der Familie heißt es, Elisabeth Müller habe ihren Eltern noch am Tage vor der Deportation zum Freitod verholfen, um ihnen die bevorstehenden Schrecken zu ersparen.<sup>148</sup> Das wäre dann im Hinblick auf den zweiten Hannoveraner Transport geschehen, der am 31. März 1942 nach Trawniki bei Warschau abging und von dem auch Heiminsassen betroffen gewesen sein dürften. Allerdings starb Angelika Müller bereits am 6. März, im 74. Lebensjahr, Siegfried Müller, 87jährig, verschied wenig später am 18. März, beide im *Israelitischen Krankenhaus*, wie in den Sterbeurkunden vermerkt wird, also offenbar auf der Krankenstation. Das spricht eher dafür, dass sie den seelischen und körperlichen Belastungen nicht mehr gewachsen waren. Sollte Elisabeth Müller allerdings frühzeitig von der drohenden Deportation erfahren haben, ist es denkbar, dass sie ihren betagten Vater vor diesem Schicksal hat bewahren wollen – nicht wenige der jüdischen Opfer haben sich auch in Hannover durch Freitod der Verschleppung entzogen.<sup>149</sup>

Restlos geräumt wurden das jüdische Altersheim und ebenso das Krankenhaus mit dem dritten Transport vom 23. Juli 1942; Kranke, Heimbewohner und Personal wurden nach Theresienstadt verschleppt – unter ihnen auch Elisabeth Müller.<sup>150</sup> Zuvor jedoch wollte sich der

<sup>146</sup> Vgl. THALMANN (wie Anm. 140), S. 299ff.

<sup>147</sup> Zwischen 1941 und 1945 gingen von Hannover aus acht Transporte mit 2.400 Juden in den Osten und nach Theresienstadt. MLYNEK (wie Anm. 126), S. 561.

<sup>148</sup> Wie Anm. 109.

<sup>149</sup> Sterbeeinträge für Angelika Sara Müller geborene Cohen, mosaisch, Ellernstr. 16, verstorben am 6. März 1942, 10.05 Uhr, im Israelitischen Krankenhaus (Sterbeeintrag 582/1942) sowie für den Privatmann Siegfried Israel Müller, mosaisch, Ellernstraße 16, am 18. März 1942, 0.15 Uhr, im Israelitischen Krankenhaus verstorben (Sterbeeintrag 667/1942). In den Ausfertigungen der Sterbeeinträge von 1957 sind die diskriminierend gemeinten Zusatznamen Sara und Israel wieder getilgt. HStAH (wie Anm. 49). – Die Grabstätte des Ehepaars Müller auf einem der Hannoveraner jüdischen Friedhöfe ist nicht auffindbar, da kein Grabstein mehr gesetzt werden konnte. Mitteilung von Herrn Dr. Peter Schulze vom 13.5.2004. – Elisabeth Müller hat sich am 16. März ein bei einer Speditionsfirma deponierte Kiste ins Heim bringen lassen (wie Anm. 152); möglicherweise war der Anlass dazu der Transport vom 31. März, von dem sie dann sehr frühzeitig erfahren hätte. – Zu den jüdischen Hannoveranern, die sich vor der Deportation das Leben nahmen, vgl. SCHULZE (wie Anm. 127), S. 201ff.

<sup>150</sup> Mit diesem Transport wurden auch entfernte Verwandte Elisabeth Müllers, alle bereits in hohem Alter, nach Theresienstadt verschleppt: die Schwestern Rahel und Ida Müller (verheiratete Lamm), deren Cousin Julius Müller mit seiner Frau Bertha geb. Kron schon am 15.2.1941 nach Riga deportiert worden war (die drei Genannten wa-

NS-Staat noch ihres Besitzes bemächtigen – und suchte sich dabei den Anschein von Rechtmäßigkeit zu geben. Pompös wurde auf Weisung des Reichsministers der Finanzen verfügt: *Aufgrund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 ... in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 ... wird in Verbindung mit dem Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941 ... das gesamte Vermögen der Jüdin Dr. Elisabeth Sara Müller ... zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.*

Freilich war da nicht mehr viel einzuziehen, bis auf 1527 RM aus dem Erbe ihrer soeben verstorbenen Eltern, Geld, das ihnen ihr Schwiegersohn Paul Goldschmidt vor seiner Emigration überwiesen hatte. Erbrechtliche Schwierigkeiten, die der Konfiskation entgegenstanden, umging man in der Weise, dass man die Einziehungsverfügung rückwirkend auf den Tag datierte, der dem Todestag Siegfried Müllers vorausging – damit handelte es sich nicht mehr um Erb-, sondern um volks- und staatsfeindliches Vermögen, das zu beschlagnahmen war. Ansonsten blieb das Formular zur Vermögenserklärung, das Elisabeth Müller abzuliefern hatte – ein Musterbeispiel pedantisch-bürokratischer Ausplünderung<sup>151</sup> –, zur Enttäuschung der Behörden mangels Masse weitgehend unausgefüllt. Noch 1943 aber fahndete der Oberfinanzpräsident bei einer Speditionsfirma nach einer Kiste ... *der nach Theresienstadt abgewanderten (!) Jüdin*, die dort gelagert sein sollte – allerdings vergeblich; Elisabeth Müller hatte sie sich im März des Vorjahrs ins Altersheim zustellen lassen.<sup>152</sup>

Auch dies kann als Hinweis genommen werden, dass sich Elisabeth Müller über die Absichten der Nazis im Klaren war und sich frühzeitig auf das Äußerste vorbereiten wollte. Denn es verstand sich für sie von selbst, dass sie die ihr anvertrauten alten Menschen auf dem Transport und nach der Ankunft im Lager weiter betreute, sofern dies möglich war. Die Mitteilung, dass der dritte Transport mit 779 Personen aus Hannover und Umgebung<sup>153</sup> nicht nach dem Osten, sondern nach Theresienstadt<sup>154</sup> gehen sollte, mag bei vielen der Betroffenen Erleichterung ausgelöst haben. Hatten die Nazis doch alles unternommen, Theresienstadt, das zunächst als Sammellager für die Juden des „Reichsprotectorats Böhmen und Mähren“ konzipiert worden war, als Aufenthaltsort für die älteren deutschen und österreichischen Juden im schönsten Licht erscheinen zu lassen. Viele „fuhren mit der Überzeugung ab, dass sie in einem privile-

---

ren Enkelinnen bzw. Enkel des Aron Isaac aus Adelebsen aus dessen zweiter bzw. dritter Ehe. Mitteilung von Herrn Dr. Peter Schulze, Hannover). Rahel Müller starb in Theresienstadt am 16.4.1943, Ida Müller am 22.4.1944. Vgl. PETER SCHULZE: *Namen und Schicksale der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Hannover*. Hannover 1995, S. 29, 33; *Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945*. Hg. vom Institut Theresienstädter Initiative. Prag 2000, S. 470, 471f.; *Gedenkbuch* (wie Anm. 84), S. 2469, 2473 und 2475.

<sup>151</sup> In dem 16-seitigen Formular mussten die Deportierten von ihrer Kleidung und ihrem Wohnungsinventar jede Kleinigkeit, jeden Strumpf, jeden Schal, jeden Bettvorleger, jeden Papierkorb, jeden Kohlenkasten, jeden Föhn usw. usw. mit Wertangaben auflisten. Das Formular ist teilweise abgedruckt bei HANS-GÜNTHER ADLER: *Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente*. Tübingen 1958, S. 65ff.

<sup>152</sup> Die Verfügung des Regierungspräsidenten von Hannover zum Vermögenseinzug, die bereits am 1.7.1942 ausgefertigt worden war, wurde Elisabeth Müller in der Gartenbauschule Ahlem, die als Sammellager für den Abtransport diente, am 22.7. ausgehändigt. HStAH, (wie Anm. 114). – Vgl. für den Gesamtkomplex „Deportationen und Vermögensverwertung“ die Untersuchung von MARTIN FRIEDENBERGER: *Die Rolle der Finanzverwaltung bei der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden*. In: *Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente*. Hg. von MARTIN FRIEDENBERGER, KLAUS-DIETER GÖSSEL und EBERHARD SCHÖNKNECHT. Bremen 2002, S. 10-24, hier S. 21ff.

<sup>153</sup> Nur 75 Personen überlebten. *Theresienstädter Gedenkbuch* (wie Anm. 150), S. 64.

<sup>154</sup> In Theresienstadt waren die Häuserblocks mit Großbuchstaben von A bis J und mit römischen Ziffern von I bis VII bezeichnet. Straßennamen wurden erst 1943 im Zuge der ‚Verschönerung‘ (siehe weiter unten) eingeführt, bis dahin trugen die Längsstraßen die Kennzeichnung L1 bis L6, die Querstraßen Q1 bis Q9. Vgl. HANS-GÜNTHER ADLER: *Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*. Tübingen 1960, S. XXIV und XLIV.

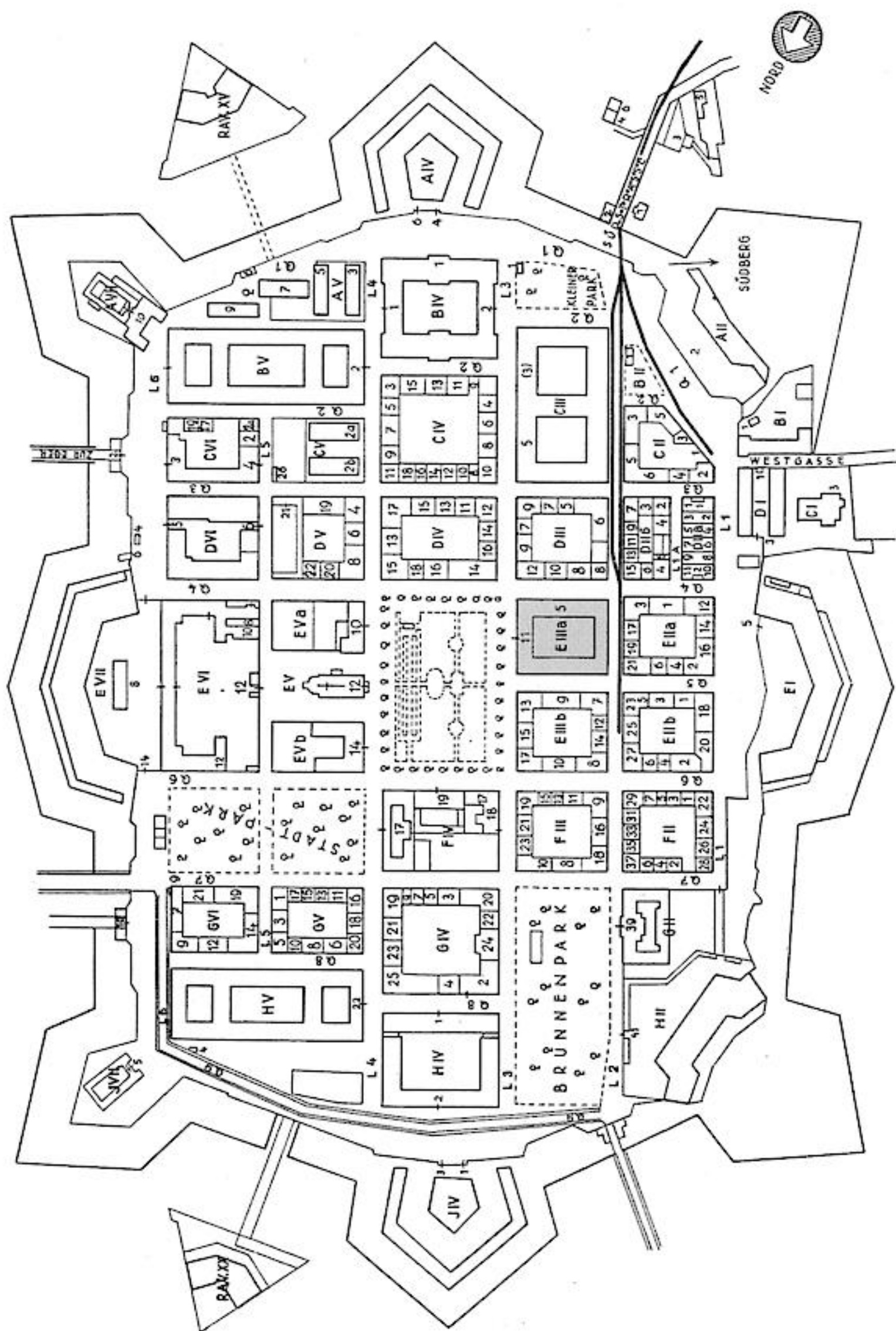


Abb. 8 Plan des Konzentrationslagers Theresienstadt (ADLER [wie Anm. 154]). – An der L3, später Lange Straße, lag mit der Hausnummer 11 die Geniekaserne (Baublock E IIIa, grau unterlegt), in der das von Elisabeth Müller geleitete Alters- und Siechenheim untergebracht war.

gierten Altersghetto bis zu ihrem Lebensende Unterkunft, Verpflegung und medizinische Betreuung zugestanden bekämen“. Hatten sie doch vielfach sogenannte „Heimeinkaufverträge“ unterschrieben, um diese Sicherheiten zu erlangen. Sie zahlten dafür mit ihrem gesamten restlichen Vermögen.<sup>155</sup>

Die Desillusionierung der Deportierten war bei der Ankunft jedes Mal vollkommen – und das galt auch für die Menschen aus dem Heim an der Ellernstraße, die am 24. Juli eintrafen. Schwer zu bewältigen war für die von der langen Fahrt Erschöpften bereits der Fußweg vom Bahnhof Bauschowitz<sup>156</sup> nach Theresienstadt, zweieinhalb Kilometer mit dem Gepäck an der Hand. Dort angekommen wurden sie sofort in die „Schleuse“ geführt, wo das Wachpersonal Gepäck und Kleidung nach Geld, Schmuck, Zigaretten, Medikamenten und sonstigen Wertsachen durchsuchte. Den schlimmsten Schock aber versetzte die Art der Unterbringung: nicht in gepflegten Räumen, wie vorgegaukelt, sondern bestenfalls in völlig überbelegten Kasernenräumen, zuletzt jedoch in den Kasematten und auf den Dachböden.<sup>157</sup> Eine Ulmer Krankenschwester schreibt in ihren Erinnerungen: *Dachboden Dresdner Kaserne! ... Der erste Eindruck ... war: Jetzt bist du gewiss im Inferno! Es summt und brummt, es weinte und schrie, es herrschte ein merkwürdiges Halbdunkel, da nur ganz vereinzelt eine kleine Glühlampe im Gebälk hing. ... Betten gab es selbstverständlich nicht; man musste sich auf die nackten rohen Steine niederlassen, auf denen der Schmutz vieler Jahre lag. ... Männer, Frauen und Kinder saßen oder lagen Körper an Körper umher. Es waren 2000-3000 Menschen auf diesem Dachboden untergebracht, und an Ruhe war natürlich nicht zu denken. ... Und es war in den anderen Kasernen und Unterkünften nicht anders!*<sup>158</sup> Das konnte es auch nicht: Hatte doch die im 18. Jahrhundert angelegte Festungs- und Garnisonsstadt bestenfalls normale Raumkapazitäten für etwa 7000 Menschen – und bis Ende Juli 1942 war die Zahl der Häftlinge bereits auf 43403 gestiegen, ohne dass neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen worden waren.<sup>159</sup>

Der als Oberin fachlich ausgewiesenen Elisabeth Müller wird mit den ihr anvertrauten Heimbewohnern – unter ihnen Therese Magnus, ihre Tante – als Unterkunft entweder zunächst die Hoheneiber Kaserne (Baublock E VI) zugewiesen worden sein, die seit Anfang 1942 als zentrales Krankenhaus und vorübergehend auch als „Alters- und Siechenheim“ ausgebaut worden war, oder aber die Kavalierskaserne (Baublock E VII), die man ebenfalls zum Altersheim umfunktioniert hatte, ein *elendes Gebäude*, wie ein Augenzeuge urteilte, *das mit Unglücklichen beider Geschlechter vollgestopft wurde*. Weitere Transporte mit alten Menschen zwang die Fürsorgeverwaltung in den Folgemonaten, weitere Heime zu eröffnen, so ein drittes großes „Siechenheim“ – überwiegend für bettlägerige und hilfsbedürftige alte Menschen – in der Geniekaserne (Baublock E IIIa), an dessen Planung und Einrichtung Elisabeth Müller beteiligt gewesen sein wird; jedenfalls wurde ihr dessen Leitung nach der Fertigstellung im Sommer 1943 übertragen. Das geht aus einer Postkarte vom 10. Dezember 1943 hervor, mit der sie der ehemaligen christlichen Haushälterin ihres verstorbenen Onkels Adolf Müller in Holzminden, Emilie Schütt, mitteilte: *Seit 1½ Jahren sind wir nun hier, Therese Magnus und ich. ... Es geht*

<sup>155</sup> Zur Genesis dieser Theresienstadt nach außen hin zugelegten Funktion und zu den gegenüber den Deportierten angewandten Täuschungsmanövern vgl. MIROSLAV KÁRNÝ: Theresienstadt 1941-1945. In: Theresienstädter Gedenkbuch (wie Anm. 150), S. 15-44, hier S. 16f. und 20f.

<sup>156</sup> Erst im Juni 1943 erhielt Theresienstadt ein Anschlussgleis. KÁRNÝ (wie Anm. 155), S. 24.

<sup>157</sup> Vgl. den Tätigkeitsbericht der jüdischen Selbstverwaltung für August 1942. ADLER (wie Anm. 151), S. 145f.

<sup>158</sup> RESI WEGLEIN: Als Krankenschwester im KZ Theresienstadt. Erinnerungen einer Ulmer Jüdin. Stuttgart 1988, S. 27ff. Diese Darstellung wird vielfach bestätigt; vgl. etwa MAX BERGER: Bericht über das Ghetto Theresienstadt. In: ADLER (wie Anm. 151), S. 164ff. Beide schildern auch die Ankunft und die Ausplünderung beim Durchgang durch die Schleusen.

<sup>159</sup> Ende August waren es bereits 51.554 Deportierte. KÁRNÝ (wie Anm. 155), S. 20 und 30.

Theresienstadt, 10. XII. 43

Liebes Fräulein Schütt,  
seit 1 1/2 Jahren sind wir  
nun hier, Theresie Magnus und  
ich, nun wird es Zeit, mal von  
uns hören zu lassen. Es geht  
uns gut. Ich bin Oberschwester  
in einem grossen Heim und  
sie ist daselbst als Insassin.  
Wir sehen uns natürlich tägl.  
sie ist die einzige Verwandte  
die ich hier habe. Von Hanno-  
ver höre ich nichts. Wie geht  
es Ihnen? Ich wünsche Ihnen  
ein frohes Weihnachtstfest und  
hoffe, bald von Ihnen z. hören.  
Postsendungen kommen hier  
pünktlich an. Recht herzliche  
Grüsse von Ihnen  
Ihre Schwester  
Elisabeth Müller

Abb. 9 Ein letztes Lebenszeichen aus Theresienstadt: Elisabeth Müller schreibt zu Weihnachten 1943 an Emilie Schütt, der ehemaligen Haushälterin und Pflegerin ihres verstorbenen Onkels Adolf Müller in Holzminden (Familienarchiv Eilon).

uns gut. Ich bin Oberschwester in einem großen Heim und sie ist daselbst als Insassin. Wir sehen uns natürlich täglich, sie ist die einzige Verwandte, die ich hier habe.<sup>160</sup> Die auf der Postkarte angegebene Anschrift in Theresienstadt, Lange Straße 11 (vorher L 3/11), ist die der Geniekaserne, die als Krankenstation für Tuberkulosekranke, aber eben auch als Siechenheim ge-

<sup>160</sup> Familienarchiv Eilon. – Mit dem Transport vom 23.7.1942 waren weitere Mitglieder der Familie Magnus nach Theresienstadt gekommen: David Magnus starb jedoch bereits am 10.11. des Jahres, Jenny Magnus am 2.12.1943. Gedenkbuch (wie Anm. 84), S. 2213. Theresienstädter Gedenkbuch (wie Anm. 150), S. 471.

nutzt wurde – *eine Stätte unsagbaren Elends mit seinen muffigen vollgestopften Zimmerchen mit Tuberkulösen und hilflosen Greisen.*<sup>161</sup>

Elisabeth Müllers Mitteilung an die Freundin der Familie, dass es ihnen gut ginge, sollte vermutlich auf sie beruhigend wirken, denn die Wirklichkeit sah anders aus. Die zu schildern hätte allerdings die Lagerzensur auch nicht erlaubt.<sup>162</sup>

Die Überbelegung der Räume – im März 1944 lagen im Altersheim der Geniekaserne 408 *Sieche* – und die daraus resultierenden schlimmen sanitären und hygienischen Verhältnisse, das unzureichende und meist kalt angelieferte schlechte Essen, der Mangel an Medikamenten und einfachsten medizinischen Geräten, die Verseuchung der Wohnbereiche mit Läusen und Wanzen, all das führte zu epidemieartigen Erkrankungen, denen im Herbst 1942 über zehntausend Häftlinge zum Opfer fielen.<sup>163</sup>

Angesichts des ständigen Mangels an Pflegepersonal und Hilfskräften waren die wenigen Ärzte und leitenden Pflegekräfte wie Elisabeth Müller in einem kaum vorstellbaren Maße gefordert. An ihre Improvisationsfähigkeit, ihre Geduld und ihre Bereitschaft zur Zuwendung an die Pflinglinge, denen sie mit einfachen Mitteln, Hausbibliotheken, Vorlesungs- und Gesangsveranstaltungen das trübe Dasein ein wenig zu erleichtern suchten,<sup>164</sup> wurden höchste Anforderungen gestellt. Allerdings, was sie auch taten, es „blieb weit hinter den Erfordernissen zurück“. Doch resignierten sie nicht, und so gilt auch für Elisabeth Müller, was einer der Ärzte festgehalten hat: „Nicht einmal in den furchtbarsten Zeiten der Epidemien und des Massensterbens ließen sich die Angehörigen des Gesundheitsdienstes von der Hoffnungslosigkeit übermannen.“<sup>165</sup> Und vielleicht ist mit dem Zeugnis eines Deportierten, der seine Mutter im Altersheim der Geniekaserne unterbringen konnte, eine Spur vom Wirken und Wesen Elisabeth Müllers überliefert: *Das Zimmer, in dem sie lag, so berichtet er, war nicht übermäßig erfreulich. Die meisten Mitbewohner ... sprachen nur von ihrer Krankheit oder vom Essen. ... Nur die Ärztin war über alles Lob erhaben und zeigte für Mutter ein rührendes Interesse.*<sup>166</sup>

Dabei vollzog sich Elisabeth Müllers tägliches Leben und Arbeiten in einer Situation ständiger Bedrohung – wie alle in Theresienstadt musste sie damit rechnen, von einem Tag auf den andern in eines der Schreckenslager im Osten weiter verschickt zu werden; schon kurz nach ihrer Ankunft waren im September 1942 in fünf *Alterstransporten* fast 7000 deutsche Juden nach Treblinka abgeschoben und dort ermordet worden.<sup>167</sup> Eine Pause trat in den Deportatio-

<sup>161</sup> Zum Ausbau der Altersheime vgl. ADLER (wie Anm. 154), S. 80. – Die Tuberkuloseerkrankungen griffen in Theresienstadt epidemieartig um sich; in der Geniekaserne lagen etwa 800-1000 offene Tuberkulosefälle. WEGLEIN (wie Anm. 158), S. 53f.

<sup>162</sup> Die Mitteilungen aus den Konzentrationslagern standen alle unter dem doppelten Druck der Zensur und der Rücksichtnahme auf Angehörige. Vgl. DOETZER (wie Anm. 46), S. 14 und 26ff.

<sup>163</sup> Zu den Todeszahlen und zu den hygienischen Verhältnissen vgl. KÁRNÝ (wie Anm. 155), S. 21. – Der Märzbericht 1944 stellte für das Altersheim der Geniekaserne fest, dass die Belegung immer noch viel zu hoch war. Die Absicht, Kleidungsstücke und Handgepäck in gesonderten Räumen unterzubringen, um dadurch die Ordnung und vor allem die Sauberkeit in den Siechezimmern zu verbessern, wurde durch den ständigen Zugang an hilfsbedürftigen alten Menschen ad absurdum geführt. Auch gingen durch Erweiterung der Tbc-Station Betten verloren. Es brach eine *Wanzenplage in E IIIa* aus; sie grenzte *ans Unerträgliche*. Die Patienten schlafen meist am Tage, da sie die Nächte auf ihren Betten sitzend verbringen, soweit sie dazu imstande sind. Gleichzeitig war zu bemängeln, dass zu kleine und nur selten warme Essensportionen ausgegeben wurden. ADLER (wie Anm. 151), S. 208ff. bzw. (wie Anm. 154), S. 544f.

<sup>164</sup> ADLER (wie Anm. 154), S. 543. WEGLEIN (wie Anm. 158), S. 53.

<sup>165</sup> Vgl. ERICH SPRINGER: Gesundheitswesen in Theresienstadt. In: Theresienstadt. Wien 1968, S. 127-135. – Der Mangel an Personal und die eigene schlechte Lage ließ allerdings auch Pflegekräfte, „wenn sie nicht eine fast übermenschliche Selbstverleugnung aufbrachten“, an ihrer Aufgabe scheitern. Vgl. ADLER (wie Anm. 154), S. 154.

<sup>166</sup> HEINRICH F. LIEBRECHT: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da“. Mein Weg durch die Hölle des Dritten Reiches. Freiburg 1990, S. 92 und 97.

<sup>167</sup> Zu diesen und weiteren Transporten vgl. KÁRNÝ (wie Anm. 155), S. 23, 26 und 30f.



nen nicht einmal ein, als die NS-Führung, die sich immer noch der Illusion hingab, die Anti-Hitler-Koalition sprengen zu können und deshalb um ihr Renommee besorgt war, beschloss, Theresienstadt der internationalen Öffentlichkeit als Musterghetto und als Beweis dafür zu präsentieren, dass die angebliche Ausrottung der europäischen Juden nur das Produkt jüdischer ‚Greuelpropaganda‘ sei. Jene Bereiche und Einrichtungen der Stadt, die dann einer internationalen Delegation Ende Juni 1944 vorgeführt wurden – Elisabeth Müllers Siechenheim zählte nicht dazu –, wurden einer ausgeklügelten ‚Verschönerung‘ unterzogen, und dies mit Erfolg. Die Delegation ließ sich blenden und gab positive Verlautbarungen zu Protokoll.<sup>168</sup>

Nachdem Mitte September auch die Dreharbeiten zu dem geplanten Propagandafilm über das „Jüdische Siedlungsgebiet Theresienstadt“ abgeschlossen waren, konnte wieder zur ‚Normalität‘ übergegangen werden. Ab Ende September verließen innerhalb von vier Wochen 11 Transporte (Ek-Ev) mit insgesamt 18402 Häftlingen Theresienstadt, immer mit dem Ziel Auschwitz.<sup>169</sup> Der fünfte Transport (Eo) am 6. Oktober erfasste überwiegend Kranke und Sieche, *so alle Insassen der Geniekaserne*,<sup>170</sup> also auch die Schützlinge Elisabeth Müllers. Therese Magnus musste diese Tragödie nicht mehr miterleben; sie war bereits Ende April im Alter von 77 Jahren verstorben.<sup>171</sup>

Offenbar konnten bei diesem Transport noch Personen, die für die übrigen Altersheime des Ghettos unentbehrlich waren, ausgenommen werden; Elisabeth Müller fehlte auf der Transportliste der Lagerverwaltung. Es war jedoch, wie bei vielen anderen Schwestern des Pflegebereichs, nur ein kurzer Aufschub.<sup>172</sup> Keine zwei Wochen später erhielt Elisabeth Müller die *Einberufung*: Sie hatte sich am 19. Oktober *in der Schleuse Lange Straße 3* einzufinden, also in der nur wenige Schritte von ihrem Wohn- und Arbeitsort entfernten Hamburger Kaserne, der Sammelstelle für den Abtransport, an deren Rückfront die leeren Waggons bereits warteten.<sup>173</sup> Der neunte Transport (Es) umfasste 1500 Häftlinge; Elisabeth Müller trug die Nummer 1297. Von den Deportierten dieses Transports überlebten Auschwitz nur 53 Personen, Elisabeth Müller war nicht unter ihnen. Ihr Name aber, *der nicht soll getilgt werden*, ist bewahrt in Yad Vashem, in der Halle der Opfer des Holocaust.<sup>174</sup>

<sup>168</sup> Noch im Mai 1944 gingen mehrere Transporte nach Osten, um die Überbelegung in Theresienstadt zu reduzieren. Zu den politischen Hintergründen und ausgeklügelten Täuschungsmanövern vgl. KÁRNÝ (wie Anm. 155), S. 28ff.; ADLER (wie Anm. 154), S. 165ff. – Selbst emigrierte Juden hofften zugunsten der Verfolgten, dass die Zustände in Theresienstadt günstiger als in anderen Lagern seien. So schrieb die nach New York emigrierte Freiburgerin Olga Mayer, deren Mutter im August 1942 nach Theresienstadt verschleppt worden war und die in Auschwitz starb, am 9. September 1943 Verwandten: *Da Ihr selber den Aufbau [die Zeitung der nach den USA emigrierten deutschen Juden] leset, werdet Ihr auch den Artikel über Theresienstadt gelesen haben, in welchem berichtet wird, dass Th. so eine Art Musterghetto darstellen soll. Ich will's einmal glauben.* Familiennachlass Mayer-Paepcke, Karlsruhe. Das zynische Täuschungsmanöver der Nazis wirkt bis heute fort; vgl. WOLFGANG BENZ: Erzwungene Illusionen. Überlegungen zur Wahrnehmung und Rezeption des Ghettos Theresienstadt. In: Theresienstädter Studien und Dokumente 2002, S. 45-56.

<sup>169</sup> MIROSLAV KÁRNÝ: Die Theresienstädter Herbsttransporte 1944. In: Theresienstädter Studien und Dokumente 1995, S. 7-36.

<sup>170</sup> WEGLEIN (wie Anm. 158), S. 68.

<sup>171</sup> Gedenkbuch (wie Anm. 84), S. 2214. Theresienstädter Gedenkbuch (wie Anm. 150), S. 471. SCHULZE (wie Anm. 150), S. 31. Vgl. Anm. 139.

<sup>172</sup> Zu den Herbsttransporten 1944 bemerkt die Krankenschwester Resi Weglein: *Selbstverständlich versuchte das Gesundheitswesen alles [bei der Lagerleitung], um die bewährten Kräfte zu halten. Wohl wurden viele Schwestern von dem einen Transport befreit, kamen aber unweigerlich in den nächsten hinein.* Wie Anm. 170. Anders als zuvor, als die jüdische Selbstverwaltung wenigstens teilweise die Aufstellung der Listen beeinflussen und immer wieder unentbehrliches Personal freistellen konnte, griff bei den Herbsttransporten von 1944 die SS direkt in die Auswahl der Transportopfer ein. ADLER (wie Anm. 151), S. 218f.

<sup>173</sup> Vgl. den Transportbefehl für den letzten Transport vom 28.10.1944 bei ADLER (wie Anm. 151), S. 102f.

<sup>174</sup> *Ihnen will ich in meinem Haus, in meinen Mauern Denkmal und Namen geben, der nicht soll getilgt werden (Je-*



Abb. 10 Annerose Heitler mit ihren Brüdern Hans (links) und Walter, Karlsruhe zu Weihnachten 1905 (Archiv Walter Heitler).

### III Rettung durch Flucht

Dr. phil. Annerose Heitler (1896 Berlin-1967 Clontarf/Irland) und ihre Familie

Annerose Heitler wurde am 13. September 1896 in Berlin – in der elterlichen Wohnung in der Reinickendorferstraße 2 – als ältestes von drei Kindern geboren.<sup>175</sup>

Adolf Heitler, der Vater, hatte zwei Jahre zuvor eine Anstellung als Oberingenieur für Maschinen- und Pumpenbau bei der Berliner Maschinenfabrik „Cyclop, Mehliß und Behrens“ gefunden.<sup>176</sup> Adolf Heitler stammte *aus einer armen, kinderreichen ländlichen Familie des alten Böhmens*;<sup>177</sup> am 2. April 1862 wurde er in Bezdekau geboren. Zur Schule ging er in Prag; seine schulische Ausbildung schloss er mit dem Reifezeugnis an der dortigen deutschen Staatsoberschule ab. Vermutlich waren die Eltern in den 1870er Jahren nach Prag gezogen. Sie zählten sich dort zu der deutschsprachigen Gruppe der Prager Juden, neben der damals – mit vielfältigen gegenseitigen Beziehungen – eine ähnlich starke Gruppe tschechisch sprechender Ju-

saja 56.5). Dieser Aufgabe dient die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Frau Rina Eilon hat veranlasst, dass dort auch Elisabeth Müllers gedacht wird. – Eintrag für Elisabeth Müller im Gedenkbuch des Bundesarchivs (wie Anm. 84), S. 2470, im Theresienstädter Gedenkbuch (wie Anm. 150), S. 472 und bei SCHULZE (wie Anm. 150), S. 33. – Zum Transport Es vgl. KÁRNÝ (wie Anm. 169), S. 21. – Mitteilung der Tschechischen Gesandtschaft in Washington vom 12.2.1958 an Marga Goldschmidt, dass ihre Schwester unter der Nummer Es-1297 am 19.10.1944 nach Auschwitz transportiert wurde. Am 17.5.1968 wurde Elisabeth Müller vom Amtsgericht Hannover für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes der Verschollenen wurde der 8. Mai 1945, 24 Uhr, festgestellt. HStAH (wie Anm. 49).

<sup>175</sup> Beglaubigte Abschrift der Geburtsurkunde Nr. 3114 vom 18.9.1896 (Abschrift vom 28.10.1936) in: StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949 (Wiedergutmachung Dr. Annerose Heitler), 2 Hefte, hier Heft 2. – Die Wiedergutmachungsakte vermittelt die meisten Informationen über Annerose Heitlers biographischen und beruflichen Werdegang, so dass hier immer wieder darauf Bezug zu nehmen ist.

<sup>176</sup> Die im Folgenden mitgeteilten Informationen über Adolf Heitler finden sich in seinen Karlsruher Bewerbungsakten von 1897. GLA, 235/8135 (Besetzung der Lehrstellen an der Baugewerkeschule Karlsruhe, 1878-1905).

<sup>177</sup> WALTER HEITLER: Lebenserinnerungen. Handschriftliches Manuskript. Zürich 1980. – Ich habe Herrn Prof. Dr. Günther Rasche, ehemals Kollege Walter Heitlers am Institut für theoretische Physik der Universität Zürich, dafür zu danken, dass er diese Arbeit durch die Übermittlung von Informationen und Unterlagen zu Walter Heitler und dessen Familie bereitwillig unterstützt hat.

den bestand.<sup>178</sup> Vor die Berufswahl gestellt entschied sich Adolf Heitler für das Universitätsstudium und damit gegen den für Juden bis dahin traditionellen, weil lange Zeit allein offenstehenden Beruf im Handel oder Geldgeschäft. Er beschloss, Technik zu studieren. Das Fach zählte, wie Jura und Medizin, auch in den habsburgischen Ländern zu jenen Studienfächern, die bei den jüdischen Schulabgängern am beliebtesten waren. Denn auch dort gab es als Alternative zum Staatsdienst oder zur Universitätslaufbahn, die ungetauften Juden auch nach Wegfall aller offiziellen Schranken und gegen bestehendes Recht vielfach immer noch verschlossen waren – allerdings wohl nicht ganz so krass wie im Deutschen Reich –, nur die Möglichkeit der freien Berufswahl.<sup>179</sup> So immatriulierte sich Adolf Heitler an der deutschen Technischen Hochschule – in Prag gab es seit 1869 eine deutsche und eine tschechische TH<sup>180</sup> –, an der er dann 1883 die erste Staatsprüfung mit sehr gutem Erfolg bestand.

Seine berufliche Laufbahn begann Adolf Heitler bei der Prager „Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Ruston und Cie“. Drei Jahre später ging er nach Königsberg, wo er mehrere Jahre lang als Konstrukteur bei der bedeutenden „Lokomotiv-Fabrik und Gießerei-Union“ arbeitete. Nach seiner Anstellung in Berlin heiratete er 1895 in Brünn Otilie Rudolph, die ebenfalls aus Böhmen stammte und am 21. Juni 1876 als Kind jüdischer Eltern – des Isaak Rudolph und der Sara Weiß – in Kolin zur Welt gekommen war.<sup>181</sup>

Bereits zwei Jahre nach der Hochzeit zog das junge Ehepaar aus dem großstädtischen Berlin in die badische Residenzstadt Karlsruhe. Adolf Heitler hatte sich um die *etatmäßige Lehrstelle für Maschinenbau* beworben, die 1897 von der Großherzoglichen Baugewerke-Schule in Karlsruhe – der Vorläuferin der heutigen Fachhochschule – ausgeschrieben worden war. Ausgewiesen durch eine für einen 35-Jährigen *über alles Erwarten erfolgreiche praktische und reiche Geschäftstätigkeit* schlug die Schuldirektion, die sich auch durch Heitlers persönliches Auftreten beim Vorstellungsgespräch sehr angetan zeigte, dem Ministerium vor, ihn als den mit Abstand qualifiziertesten unter den 13 Mitbewerbern – unter Ernennung zum Professor – mit der Stelle zu betrauen. Wenig später erfolgte die Berufung durch den Großherzog.<sup>182</sup>

Was mag Adolf Heitler veranlasst haben, seine gute Position in der wirtschaftlich expandierenden Reichshauptstadt mit ihrem lebendigen kulturellen Leben aufzugeben und in die kleinstädtische badische Residenzstadt zu wechseln? Vermutlich war es zum einen – neben dem fachlichen Reiz, den die neue Aufgabe bot – das höhere Sozialprestige, das mit der Stellung im Staatsdienst verbunden war, auch wenn eine Professur an der Baugewerkeschule nicht jenes

<sup>178</sup> Zum soziokulturellen Leben der Prager Volksgruppen – auch zu den Schulen, unter denen die deutschen, gegenüber den tschechischen, von den Prager Juden bevorzugt wurden – vgl. GARY B. COHEN: *The politics of ethnic survival: Germans in Prague, 1861-1914*. Princeton/New Jersey 1981, insb. S. 224f.; ferner DERS.: *Deutsche, Juden und Tschechen in Prag: das Sozialleben des Alltags, 1890-1914*. In: *Allemands, Juifs et Tchèques à Prague de 1890 à 1924. Actes du colloque de Montpellier, décembre 1994*. Hg. von MAURICE GODE u.a. (Bibliothèque d'Études Germaniques et Centre-Européennes 1). Montpellier 1996, S. 55-69, hier S. 57ff. – JAN HAVRANEK: *Structure sociale des Allemands, des Tchèques, des chrétiens et des juifs à Prague à la lumière des statistiques des années 1890-1930*. In: Ebd., S. 71-81, hier S. 78ff.

<sup>179</sup> „Da der Staatsdienst den Juden [auch nachdem das Staatsgrundgesetz für die habsburgischen Länder von 1867 alle Beschränkungen außer Kraft gesetzt hatte] allgemein verschlossen blieb, suchten die jüdischen Akademiker in freien Berufen ihr Glück.“ Soweit Juden an den habsburgischen Universitäten erfolgreich waren, war in der Regel „die Taufe die stillschweigende Voraussetzung für die akademische Karriere“. HUGO GOLD: *Geschichte der Juden in Wien*. Tel-Aviv 1966, S. 35f. Günstiger beurteilt die Situation in der Habsburger Monarchie PULZER: *Rechtliche Gleichstellung* (wie Anm. 93), S. 153ff. („Staatsdienst: die halb geöffnete Tür“).

<sup>180</sup> COHEN: *The politics* (wie Anm. 178), S. 133f. OTTO URBAN: *Die tschechische Gesellschaft 1848-1918*. Bd. 1. Wien u.a. 1994, S. 521.

<sup>181</sup> Stammtafel der Familien Rudolph/Heitler. Mitteilung Prof. Rasche (wie Anm. 177). Vgl. auch die Personalkarte Otilie Heitlers aus der von der Polizeidirektion Baden-Baden angelegten „Judenkartei“; wie Anm. 227. Sie starb am 25.6.1972 in Clontarf/Irland.

<sup>182</sup> Großherzog Friedrich I. übertrug am 12.8.1897 dem Obergeringieur Adolf Heitler in Berlin unter Ernennung des- selben zum Professor ... eine etatmäßige Professorenstelle an der Baugewerkeschule. GLA, 235/8135.

hohe Ansehen verlieh, das der Inhaber eines universitären Lehrstuhls genoss. Dessen Position war damals für einen Juden, der zu seinem Glauben hielt und sich nicht taufen ließ, nur schwer erreichbar.<sup>183</sup> Selbst an der Karlsruher Technischen Hochschule, die doch „auf der Treppe des gesellschaftlichen Prestiges ... etliche Stufen unterhalb der Universitäten“ stand, waren die jüdischen Dozenten in der Mehrzahl schon vor ihrer Berufung zum Protestantismus übergetreten oder stammten aus Familien, die diesen Schritt bereits vollzogen hatten.<sup>184</sup> Dennoch herrschte – und das mag für Adolf Heitler ein weiterer wichtiger Grund für seine Bewerbung gewesen sein – in Baden unter Großherzog Friedrich I., der mehrfach gegen antijüdische Tendenzen einschritt, ein liberaleres Klima; der auch dort nicht unbekannt Antisemitismus kam jedenfalls mit weniger schrillen Tönen daher als in anderen Teilen des Reichs, zumal im preußischen Berlin. War doch dort die antisemitische Welle, die zu Anfang der 1890er Jahre die politische Landschaft überflutet hatte, soeben erst abgeklungen und bei den Betroffenen keineswegs schon vergessen.<sup>185</sup>

Dass Adolf Heitler Jude und nicht konvertiert war, hat bei seiner Bewerbung, wenn man den Akten folgen kann, keine Rolle gespielt. Er war auch nicht der erste jüdische Lehrer an der Baugewerkeschule. Zehn Jahre zuvor war der angesehene pfälzische Architekt Ludwig Levy nach Karlsruhe berufen worden, der später mit dem Baureferat im Ministerium des Innern betraut wurde.<sup>186</sup> Wie bei diesem entschied auch bei Adolf Heitler die fachliche Qualifikation, zumal außer Frage stand, dass er zur Schicht der in der Gesellschaft integrierten, mit der deutschen Kultur eng verbundenen Juden zählte, deren Haltung häufig von einer wachsenden Distanz zum Religiösen geprägt war. So fühlte sich auch Adolf Heitler zwar durchaus noch seiner jüdischen Herkunft verbunden. Doch dem aktiven Gemeindeleben standen er und seine Familie eher fern, wie der jüngste Sohn Walter in seinen Lebenserinnerungen berichtet: *Einmal im Jahr, am Versöhnungstage, ging man in die Synagoge, wie es sich eben gehörte. Und nur die Mutter las oft für sich in einem Gebetbuch und in der Bibel.*<sup>187</sup>

Als Adolf Heitler seinen Dienst an der Baugewerkeschule antrat, befand sich die Maschinenbauabteilung, die 12 Jahre zuvor begründet worden war, immer noch am Anfang ihrer Entwicklung zu einem leistungsfähigen Lehrinstitut. Insgesamt waren bis dahin die technischen Abteilungen, im Vergleich etwa mit der von Ludwig Levy geführten Abteilung Architektur, personell wie finanziell stark vernachlässigt worden. Für die Maschinenbauabteilung änderte sich das nun rasch; der Ausbau gelang unter Heitler, der auch im Fach Elektrotechnik unterrichtete, in kurzer Zeit. So war es nur konsequent, dass er 1911 bei der Neuordnung der internen Zuständigkeiten zum Vorstand der Abteilung Maschinenbau ernannt wurde. Schon 1908 hatte ihm

<sup>183</sup> Wie effektiv sich meist die Lehrkörper der deutschen Universitäten gegen jüdische Wissenschaftler, die sich nicht taufen lassen wollten, abschotteten, schildert an einem Beispiel aus seiner eigenen Familie – am Beispiel des Literaturwissenschaftlers Arthur Eloesser – W. MICHAEL BLUMENTHAL: Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie. München/Wien 1999, S. 294ff.

<sup>184</sup> KLAUS-PETER HOEPKE: Hochschullehrer-Biographien. In: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 113), S. 439-450.

<sup>185</sup> BLUMENTHAL (wie Anm. 183), S. 298ff. und 318. – Zum Antisemitismus in Baden vgl. ADOLF LEWIN: Geschichte der badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs (1738-1909). Karlsruhe 1909, S. 353ff. – Zur Haltung Friedrichs I. vgl. LORE SCHWARZMAIER: Großherzog Friedrich I. und der Antisemitismus in Baden. In: Badische Synagogen aus der Zeit von Großherzog Friedrich I. in zeitgenössischen Photographien. Hg. von FRANZ-JOSEF ZIWES. Karlsruhe 1997, S. 25-32.

<sup>186</sup> AUGUST STÜRZENACKER: Ludwig Levy. In: Badische Biographien. Bd. 6. Heidelberg 1935, S. 421-423. Ludwig Levy hat sich vor allem als Synagogenarchitekt einen Namen gemacht. Von ihm stammten neben sechs Synagogen andernorts auch drei in Baden: die in Pforzheim, Rastatt und Baden-Baden, dem späteren Wohnsitz der Familie Heitler. Vgl. HANNELORE KÜNZL: Synagogen in Baden. In: Juden in Baden 1809-1984. Hg. vom Oberrat der Israeliten Badens. Karlsruhe 1984, S. 71-89, hier S. 85ff.; ferner WILFRIED RÖSSLING: Synagogen im Großherzogtum Baden. Bemerkungen zu Architektur und Stil. In: Badische Synagogen (wie Anm. 185), S. 75-82, hier S. 79f.

<sup>187</sup> HEITLER: Lebenserinnerungen (wie Anm. 177). Vgl. Anm. 98.

Großherzog Friedrich für seine engagierte Tätigkeit den Orden vom Zähringer Löwen – Ritter I. Klasse – verliehen und bei einem Empfang überreicht, worauf wir, erinnerte sich später der Sohn Walter, *sehr stolz waren*.<sup>188</sup>

Hier in Karlsruhe kamen nun Annerose Heitlers Brüder zur Welt: Hans Heitler, der ältere, wurde am 26. August 1899, Walter Heitler am 2. Januar 1904 geboren.<sup>189</sup> Alle drei schlossen ihre schulische Ausbildung mit dem Abitur ab. Annerose Heitler bestand die Reifeprüfung im Juli 1915 am humanistischen Mädchengymnasium. Die Schule war 1893 vom Verein „Frauenbildungsreform“ als erstes deutsches Gymnasium für Mädchen im badisch-liberalen Karlsruhe gegründet worden, um diesen die Möglichkeit zum Abitur und damit zum Universitätsstudium zu eröffnen. Der Bruder Hans besuchte das 1896 eingerichtete Realgymnasium, Walter das traditionsreiche humanistische Gymnasium.<sup>190</sup>

Nachdem Hans Heitler seinen Abschluss gemacht hatte, erreichte ihn 1916 die Einberufung zum Militär. Er kämpfte an der Westfront. Wie die anderen jüdischen Frontkämpfer hatte auch er sich im Schützengraben mit den pauschalen antisemitischen Verleumdungen auseinander zu setzen, Verleumdungen, die durch die vom Kriegsministerium veranlasste ‚Juden­zählung‘ zur Erfassung der jüdischen ‚Drückeberger‘ vollends unerträglich wurden.<sup>191</sup> Kurz vor Kriegsende wurde er als vermisst gemeldet. Monate später kam vom Roten Kreuz aus Genf die Nachricht, er sei in amerikanischer Gefangenschaft. Ein Jahr nach Kriegsende kehrte er nach Hause zurück.<sup>192</sup>

Nach dem Abitur entschloss sich Annerose Heitler zum Universitätsstudium. Zunächst schrieb sie sich zum Wintersemester 1915/16 an der Technischen Hochschule in Karlsruhe für die Fachabteilung Naturwissenschaften ein, wechselte im Semester darauf zur Mathematik, um sich schließlich im Wintersemester 1916/17 der Nationalökonomie zuzuwenden – das Fach, das sie dann auch in ihren zwei Semestern an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin studierte und in dem sie an der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg, an der sie

<sup>188</sup> Die übrigen technischen Abteilungen schafften die Modernisierung des Unterrichtswesens erst nach dem Weltkrieg. 1912 waren fünf Abteilungsvorstände ernannt worden, die seitdem dem Direktor der Schule zur Seite gestellt waren, um den Belangen der technischen Abteilungen mehr Gewicht zu verschaffen. ARMIN SERAPHIN: Geschichte der Fachhochschule Karlsruhe von der Gründung der Baugewerkeschule 1878 bis zum Staatstechnikum 1919. In: 100 Jahre Fachhochschule Karlsruhe. [Karlsruhe 1978], S. 14-31, hier S. 23ff. Zum Unterricht in der Abteilung Maschinenbau unter Heitler vgl. ebd., S. 20. – Zur Ordensverleihung vgl. HEITLER: Lebenserinnerungen (wie Anm. 177), S. 1; Hof- und Staatshandbuch für das Großherzogtum Baden. Karlsruhe 1910, S. 117.

<sup>189</sup> Biographische Angaben zu Hans Karl Heitler finden sich insbesondere in dessen Wiedergutmachungsakte. Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL), EL 350 Büschel ES 12938. – Zu Walter Heinrich Heitler vgl. neben den Kurzbiographien in: International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945. Bd. 2. München u.a. 1983, S. 482, sowie in: Deutsche Biographische Enzyklopädie. Bd. 4. München u.a. 1996, S. 552, insb. die folgenden Titel: GÜNTHER RASCHE: Walter Heitler. Zum 70. Geburtstag. In: Neue Zürcher Zeitung, 31.12.1973 (Nr. 357). DERS.: Laudatio auf Professor Walter Heitler anlässlich der Verleihung der goldenen Medaille der Humboldt-Gesellschaft. In: Archives Internationales d'Histoire des Sciences 30 (1980), S. 162-166. GÜNTHER RASCHE/ARMIN THELLUNG: Nachruf auf Walter H. Heitler. In: Physikalische Blätter 38 (1982), S. 105-106. RES JOST: Nekrolog Walter Heitler (1904-1981). In: Vierteljahrsschrift der Naturforschenden Gesellschaft in Zürich 128 (1983), S. 139-141. NEVILL MOTT: Walter Heinrich Heitler (1904-1981). In: Biographical Memoirs of Fellows of the Royal Society 28 (1982), S. 141-151. LOCHLAINN O'RAIFEARTAIGH/GÜNTHER RASCHE: Walter Heitler 1904-81. In: Creators of Mathematics. The Irish Connection. Hg. von KEN HOUSTON. Dublin 2000, S. 113-121. – Ich danke Herrn Prof. Rasche für Literaturhinweise und die großzügige Bereitstellung von Sonderdrucken.

<sup>190</sup> Zu den genannten Schulen vgl.: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Hg. vom Stadtarchiv Karlsruhe. Karlsruhe 1998, S. 140f. und 328f. Der 1888 in Weimar gegründete Verein „Frauenbildungsreform“ hatte sich für die badische Residenzstadt Karlsruhe als Ort des ersten deutschen Mädchengymnasiums entschieden, weil das politische Klima im Großherzogtum Baden für das Ziel des Vereins, die wissenschaftliche Emanzipation der Frauen zu fördern, weitaus günstiger war als anderswo im Reich.

<sup>191</sup> Vgl. die ausführlichere Darstellung in der Familiengeschichte von Dr. Elisabeth Müller.

<sup>192</sup> Mitteilung Prof. Rasche (wie Anm. 177).

sich zum Sommersemester 1918 einschrieb, Anfang 1920 promoviert wurde. Das Thema ihrer Dissertation lautete: „Die Entwicklung einer industriellen Ansiedlung vom Nebenort einer Landgemeinde bis zur Eingemeindung in eine Großstadt“.<sup>193</sup>

Nach dem erfolgreichen Studienabschluss bewarb sich Annerose Heitler um die Zulassung zum Schuldienst als Handelsschullehrerin. Da mit der Weimarer Verfassung alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt worden waren, stand nun auch der Zugang zum Schuldienst, der bis dahin Bewerberinnen – und zumal jüdischen Bewerberinnen – immer wieder erschwert worden war, ungehindert offen. So konnte jetzt auch der Jüdische Frauenbund, der sich wie die deutsche Frauenbewegung insgesamt für Frauen im Schuldienst eingesetzt hatte, allen jungen Frauen mit qualifizierter Ausbildung den Beruf der Lehrerin uneingeschränkt empfehlen.<sup>194</sup> Annerose Heitler erhielt ihre Zulassung nach der vorgeschriebenen Absolvierung eines halbjährigen Studiums an der Handelshochschule in Mannheim<sup>195</sup> und der Teilnahme an einem mehrmonatigen Ausbildungskurs des Unterrichtsministeriums 1923 mit der bestandenen ersten Staatsprüfung. Anschließend unterrichtete sie bis zu ihrer Heirat Mitte 1924 an der Handelsschule in Mannheim. Anfang 1927 wurde die Ehe aus Verschulden des Ehemannes geschieden. Annerose Heitler ging daraufhin wieder zurück in den Schuldienst. Im Mai des Jahres übernahm sie eine Stelle als Handelsschulassessorin an der Handelsschule – heute Robert-Schuman-Schule – in Baden-Baden, an der sie dann 1928 auch die zweite Staatsprüfung für das höhere Lehramt bestand. Sie unterrichtete in den folgenden Jahren, wie ihr die Schule bei ihrer Entlassung 1933 bescheinigte, in den Fächern *Deutsch, Geschichte, Französisch, Wirtschaftsbetriebslehre, Briefwechsel, Rechnen, Buchhaltung, Dekorations- und Verkaufskunde*.<sup>196</sup>

Hans Heitler trat nach dem Abitur in die Fußstapfen seines Vaters und studierte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe seit dem Wintersemester 1918/19 Elektrotechnik.<sup>197</sup> Auch hier an der Hochschule wurde Hans Heitler wieder mit antisemitischen Positionen konfrontiert, die innerhalb der Studentenschaft breite Resonanz fanden. Der Allgemeine Studentenausschuss nahm damals die Berufung eines jüdischen Wissenschaftlers zum Anlass, dagegen beim Senat mit dem Hinweis zu opponieren, die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg sei von den Juden

<sup>193</sup> Angaben Annerose Heitlers zu Schulbesuch und Studium: StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 1. – Zum Studium in Karlsruhe: Universitätsarchiv Karlsruhe, Best. 21003/115 (Mitteilung des UA Karlsruhe vom 17.1.2005). Die Einschreibung Annerose Heitlers an der Karlsruher TH ist von K.-P. Hoepke übersehen worden, obwohl sie in ihren Matrikeleinträgen jeweils als Religionszugehörigkeit *israelitisch* angegeben hat: KLAUS-PETER HOEPKE: Karlsruher jüdische Studenten an der Technischen Hochschule Karlsruhe 1852-1933. In: *Juden in Karlsruhe* (wie Anm. 113), S. 575-579. – Zum Studium in Heidelberg: Mitteilung des Universitätsarchivs Heidelberg vom 21.7.2003/27.1.2005: Das Promotionsdiplom findet sich dort im Bestand H-IV-757/15 fol. 31, die Promotionsakten fehlen. Die Dissertation ist weder im Universitätsarchiv noch in der Universitätsbibliothek Heidelberg vorhanden (Mitteilung der UB Heidelberg vom 25.1.2005).

<sup>194</sup> KAPLAN (wie Anm. 117), S. 281f.

<sup>195</sup> Zur Handelsschule Mannheim, die 1907 vor allem zur Ausbildung von Kaufleuten und Kandidaten des Handelslehramtes gegründet worden war und 1933 an die Universität Heidelberg transferiert wurde, vgl. FRIEDRICH WALTER: *Schicksal einer deutschen Stadt. Geschichte Mannheims 1907-1945*. 2 Bde. Frankfurt/M. 1949, hier Bd. 1, S. 137ff. und 300f., Bd. 2, S. 199ff. Ferner – mit eingehender Behandlung der politischen Auseinandersetzungen in Lehrkörper und Studentenschaft in den letzten Jahren der Weimarer Republik – REINHARD BOLLMUS: *Handelsschule und Nationalsozialismus. Das Ende der Handelsschule Mannheim und die Vorgeschichte der Errichtung einer Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Heidelberg 1933/34* (Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien 8). Meisenheim am Glan 1973.

<sup>196</sup> Die Daten zur Berufsausbildung finden sich im „Antrag auf Wiedergutmachung“ und in einer „Eidesstattlichen Erklärung“ Annerose Heitlers vom 18.11.1955. StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 1. – Die Direktion der Robert-Schuman-Schule teilte dem Verfasser am 28.4.2003 mit, dass dort über Annerose Heitler keine Unterlagen mehr vorliegen. Eine gleichlautende Feststellung findet sich bereits in den Unterlagen des Wiedergutmachungsverfahrens. StAF, F 196/1 EF 7949, Heft 2.

<sup>197</sup> HOEPKE (wie Anm. 193), S. 577.

verschuldet worden, die ihren *unheilvollen Einfluss* nun von der Politik und Wirtschaft auch auf den Wissenschaftsbetrieb auszudehnen suchten.<sup>198</sup>

Diese antisemitischen Angriffe mögen Hans Heitler in seinem Entschluss bestärkt haben, sich der Karlsruher jüdischen Studentenverbindung „Badenia“ anzuschließen.<sup>199</sup> Die „Badenia“ war 1905 als jüdische farbentragende und schlagende Verbindung gegründet worden. Die jüdischen Studierenden reagierten damit, wie bereits geschildert, auf die Tatsache, dass die bestehenden Studentenverbindungen ihnen den Zutritt verwehrten, weil sie, wie ihnen so absurd wie diskriminierend unterstellt wurde, *weder deutsch zu empfinden noch deutsch zu handeln* in der Lage seien. Offizielle Anerkennung durch den Senat fand die „Badenia“ erst 1919. Ihre Mitglieder – und mit ihnen Hans Heitler – bekannten sich zum Verfassungsstaat der Weimarer Republik, jedoch mit entschieden nationaler Gesinnung. Im Kampf gegen den Antisemitismus engagierten sich nicht nur im angesprochenen Berufungsskandal, sondern auch in der Studentenpolitik, so etwa mit eigenen Listen zu den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss. Mitte der zwanziger Jahre musste die „Badenia“, die durch eine zionistische Verbindung Konkurrenz erhalten hatte, ihre Aktivitäten einstellen. Lediglich die Altherrenschaft bestand noch eine Zeitlang unter dem Vorsitz von Hans Heitler fort.<sup>200</sup>

Das Religiöse spielte übrigens im Leben der „Badenia“ keine zentrale Rolle. Viele ihrer Mitglieder standen dem tradierten Glauben eher distanziert gegenüber, auch Hans Heitler, der sich in diesen Jahren mit der Anthroposophie Rudolf Steiners beschäftigte. Walter Heitler erinnerte sich später an intensive Diskussionen, die sie mit zwei anthroposophischen Freunden des Bruders führten. Während Hans Heitler sich im Laufe der Zeit ganz den Anthroposophen anschloss, vollzog Walter Heitler, obwohl auch er sich angesprochen fühlte, diesen Schritt nicht.<sup>201</sup> Er bezeichnete sich in diesen Jahren als *Dissident*, als religiös nicht gebunden.<sup>202</sup>

Nachdem Hans Heitler sein Studium an der TH Karlsruhe erfolgreich als Diplomingenieur abgeschlossen hatte, legte er 1926 zusätzlich die Staatsprüfung in Maschinenbau ab und erwarb damit als Regierungsbaumeister die Berechtigung zum Eintritt in den Höheren Dienst. Seine erste Anstellung fand er 1927 bei der Stadt Zwickau. Doch wechselte er schon Ende 1928 als Angestellter in das Ingenieurbüro für Kraft- und Wärmewirtschaft Dr. Ing. Georg Herberg in Stuttgart, wo er bis zu seiner Emigration Anfang 1939 tätig war.<sup>203</sup>

Auch Walter Heitler begann sein Studium, zunächst der Chemie und der Mathematik, später der theoretischen Physik, im Sommersemester 1922 an der Technischen Hochschule Karlsruhe, von vornherein mit dem ehrgeizigen Ziel, die Hochschullaufbahn einzuschlagen – ein Vorhaben, das seine Mitabiturienten mit spöttischer Skepsis bedachten: Wie er das denn schaffen wolle, ohne sich taufen zu lassen? Die junge Weimarer Demokratie bot dafür allerdings inzwischen bessere Voraussetzungen als das untergegangene Kaiserreich.<sup>204</sup>

<sup>198</sup> Der Senat wandte sich entschieden gegen die Eingriffe des Studentenausschusses in das Berufungsverfahren und gegen die Diskriminierung der jüdischen Hochschullehrer. Vgl. die eingehende Schilderung der Vorgänge bei KLAUS-PETER HOEPKE: Jüdische Gelehrte und Studierende an der Technischen Hochschule Karlsruhe 1825-1933. In: Juden in Karlsruhe (wie Anm. 113), S. 321-344, hier S. 329ff.

<sup>199</sup> Zur Geschichte der „Badenia“ ausführlich HOEPKE (wie Anm. 198), S. 339ff. Vgl. auch die Ausführungen zur Geschichte der jüdischen und der paritätischen Studentenverbindungen in der Familiengeschichte von Dr. Elisabeth Müller.

<sup>200</sup> HOEPKE (wie Anm. 198), S. 342.

<sup>201</sup> HEITLER: Lebenserinnerungen (wie Anm. 177).

<sup>202</sup> International Biographical Dictionary (wie Anm. 189).

<sup>203</sup> StAL, EL 350 Büschel ES 12938.

<sup>204</sup> HEITLER: Lebenserinnerungen (wie Anm. 177). Zur Einschreibung an der TH Karlsruhe vgl. HOEPKE (wie Anm. 193), S. 578. Zu Heitlers Studium und wissenschaftlicher Ausbildung vgl. die – über die hier wiedergegebenen knappen Daten weit hinausgehenden – Beiträge von RASCHE, *Laudatio*, S. 162f.; O'RAIFEARTAIGH/RASCHE, S. 116f.; MOTT, S. 142f. (alle wie Anm. 189).

Von Karlsruhe ging Walter Heitler für zwei Semester nach Berlin, wo er Max Planck hörte und mit Max von Laue bekannt wurde. Zur Stätte seiner ersten selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten wurde jedoch die Universität München, wo er 1926 promoviert wurde. Anschließend weilte er als Rockefeller Research Fellow zunächst in Kopenhagen und dann in Zürich am Institut von Erwin Schrödinger, wo ihm mit einer bahnbrechenden Arbeit auf dem Gebiet der Quantenchemie der entscheidende Durchbruch gelang. Die Ergebnisse, 1927 auf einer Tagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Freiburg im Breisgau vorgetragen, überzeugten Max Born, der ihm eine Assistentenstelle an seinem Institut für Theoretische Physik der Universität Göttingen anbot. Dort habilitierte sich Walter Heitler 1929 im Alter von nur 25 Jahren. 1931 reiste er in die USA, wo er an der Ohio State University in Columbus Gastvorlesungen hielt. Angesichts der instabilen politischen Lage in Deutschland prüfte er bei einem Besuch in Moskau auch die Möglichkeit, in Russland zu arbeiten; er konnte sich jedoch mit den dortigen Gegebenheiten nicht anfreunden. Kaum nach Göttingen zurückgekehrt, fand seine Tätigkeit als Privatdozent am Göttinger Institut ein abruptes Ende. Noch 1933 wurde Walter Heitler wegen *nichtarischer Abstammung* aus dem Universitätsdienst entlassen.<sup>205</sup> Die ‚rechtliche‘ Grundlage für diese Maßnahme bildete das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, mit dem die Nationalsozialisten sofort, nachdem sie die Macht an sich gerissen hatten, gegen politische Gegner und jüdische Beamte in der öffentlichen Verwaltung vorgingen.<sup>206</sup>

Walter Heitler zögerte nicht, umgehend nach England zu emigrieren, wo die vertriebenen deutschen Wissenschaftler bereitwillig Aufnahme fanden.<sup>207</sup> Der Schritt in die Emigration fiel ihm allerdings keineswegs leicht; er war, wie sich später der Nobelpreisträger Sir Nevill Mott erinnerte, „zutiefst unglücklich, die deutschsprechende Welt verlassen zu müssen“. Doch wurde ihm die Entscheidung durch seinen Lehrer Max Born erleichtert, der 1933 ebenfalls sofort ‚beurlaubt‘ worden war<sup>208</sup> und nun seine Beziehungen im Ausland nutzte, um seinen Assistenten und Mitarbeitern neue Stellen zu vermitteln. So erhielt Walter Heitler die Möglichkeit, an der Universität in Bristol, an der allein neun der über fünfzig emigrierten deutschen Physiker unterkamen,<sup>209</sup> unter Nevill Mott, dem damaligen Leiter des Instituts für theoretische Physik, als Research Fellow zu arbeiten. Dank der guten Aufnahme und der hervorragenden Forschungsbedingungen lebte sich Walter Heitler dort dann rasch ein.<sup>210</sup>

Wie ihr Bruder wurde auch Annerose Heitler ein Opfer des Willkürgesetzes vom April 1933.<sup>211</sup> Bereits am 18. des Monats wurde sie ihres Dienstes enthoben und *unter Wahrung einer Kündigungsfrist von 2 Wochen* aus dem Schuldienst entlassen; die Bezüge wurden mit dem 4. Mai eingestellt.<sup>212</sup> Innerhalb kürzester Zeit stand sie damit beruflich und finanziell vor dem Nichts. Da sie, von einigen privaten Unterrichtsstunden abgesehen, keinerlei Einkünfte hatte,

<sup>205</sup> Zu den Vorgängen in Göttingen vgl. SZABÓ (wie Anm. 123), zu Walter Heitler insb. S. 65f., 455f., 459 und 575f.

<sup>206</sup> Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 175. Abgedruckt bei BRUNO BLAU: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933-1945. Düsseldorf 31965, S. 13ff.

<sup>207</sup> Gegenüber den sonstigen Einwanderungswilligen verfolgte die britische Regierung dagegen bis zum Novemberpogrom 1938 eine sehr restriktive Politik. Vgl. PAUL SAUER: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945 (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 20). Stuttgart 1969, S. 182. Ferner WALTRAUD STRICKHAUSEN: Großbritannien. In: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945. Hg. von CLAUS-DIETER KROHN u.a. Darmstadt 1998, Sp. 251-270, hier Sp. 251f.

<sup>208</sup> Zu Max Born vgl. SZABÓ (wie Anm. 123), S. 414ff. und 529ff.

<sup>209</sup> KLAUS FISCHER: Physik. In: Handbuch (wie Anm. 207), Sp. 824-836, hier Sp. 826f. Hinweis auf Walter Heitler ebd., Sp. 830, 832 und 834.

<sup>210</sup> MOTT (wie Anm. 189), S. 143. O'RAIFEARTAIGH/RASCHE (wie Anm. 189), S. 117.

<sup>211</sup> Wie Anm. 206. Vgl. für Baden: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945. 2 Bde. Bearb. von PAUL SAUER. (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 16/17). Stuttgart 1966, hier Bd. 1, S. 113ff.

<sup>212</sup> StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 2.





Abb. 11 Das Ehepaar Adolf und Otilie Heitler mit den Kindern (von links) Walter, Annerose und Hans Heitler, Baden-Baden im September 1929 (Archiv Walter Heitler).

war sie ganz auf die Unterstützung durch ihre Eltern angewiesen. Erst im Mai 1934 fand sie für ein halbes Jahr eine Beschäftigung in einem Kinderheim im holländischen Zandvoort. Danach wohnte sie erneut bei ihren Eltern, bis sie sich Anfang April 1935 nach Bollschweil an das Kinderheim „Sonnenhalde“ abmelden konnte.<sup>213</sup>

Adolf Heitler, der Vater, war bereits Ende Juli 1927 nach genau drei Jahrzehnten Lehrtätigkeit am Staatstechnikum – so hieß die frühere Baugewerkeschule seit 1919 – in den Ruhestand getreten.<sup>214</sup> Damit blieb ihm die Demütigung der Dienstentlassung erspart, die wenige Jahre später auch Kollegen seiner ehemaligen Wirkungsstätte treffen sollte: Ende 1935 wurde Professor Ludwig Hauser, der im April 1921 an das Staatstechnikum berufen worden war und als Dozent für Mathematik der Maschinenbauabteilung unter Adolf Heitler angehört hatte, als Jude zwangsweise in den Ruhestand geschickt.<sup>215</sup> 1937 folgte ihm wegen *jüdischer Versippung* Pro-

<sup>213</sup> Wie Anm. 7. Vgl. auch Schreiben Annerose Heitlers vom 28.3.1955 an das Landesamt für Wiedergutmachung (wie Anm. 212).

<sup>214</sup> GLA, 235/8143 (Das Lehrpersonal der Maschinenbauabteilung des Staatstechnikums, 1919-1944). – Die Großherzogliche Baugewerkeschule war 1919 in „Badische Höhere Technische Lehranstalt (Staatstechnikum)“ umbenannt worden. SERAPHIN (wie Anm. 188), S. 26.

<sup>215</sup> GLA, 235/42918. Vgl. JOSEF WERNER: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs 9). Karlsruhe 1988, S. 54. – Ludwig Hauser wurde am 10.2.1882 in Endingen am Kaiserstuhl geboren. Er studierte in München und Straßburg Mathematik, Physik und Chemie. Nach Abschluss des Studiums trat er 1905 in den elsass-lothringischen Schuldienst ein. Seit 1908 war er in Straßburg als Oberlehrer tätig. Von August 1914 bis Ende 1918 leistete er Kriegsdienst. 1919 wurde er als deutscher Staatsbürger aus dem Elsass ausgewiesen, Ende 1919 in den badischen Schuldienst übernommen. Nach kurzer Tätigkeit an der Fichteschule in Karlsruhe wurde er im April 1921 als Professor an das dortige Staatstechnikum berufen. In Karlsruhe heiratete er, der sich selbst als konfessionslos bezeichnete, 1925

fessor Dr. Karl Friedrich Ederle, der sich der Zumutung verweigert hatte, sich von seiner jüdischen Ehefrau zu trennen.<sup>216</sup>

Nach Adolf Heitlers Pensionierung hatte sich das Ehepaar entschlossen, zu seiner Tochter nach Baden-Baden zu ziehen. Dieser Entschluss sollte sich angesichts der politischen Entwicklung seit 1933 – wenigstens zunächst – als glücklich herausstellen. Während die Diskriminierung der jüdischen Bürger an ihrem früheren Wohnort Karlsruhe, wie in anderen Städten auch, sehr bald schon einsetzte,<sup>217</sup> konnten die Juden in Baden-Baden zunächst noch relativ unbelästigt leben, wenn sie auch nur aus wirtschaftlichen Gründen unbehelligt blieben. Der Kurort, der auf zahlungskräftige Besucher aus dem In- und Ausland angewiesen war, wollte diese – auch die jüdischen – nicht durch eine radikale Politik verprellen und vermied deshalb alle offen diskriminierenden Maßnahmen, anders als andere Badeorte im Reich, in denen Juden schon früh *unerwünscht* waren.<sup>218</sup> Die Stadt entsprach damit auch der von der badischen NS-Führung zunächst vorgegebenen Linie. Im August 1935 ließ der Reichsstatthalter und Gauleiter von Baden Robert Wagner<sup>219</sup> die Bezirksämter durch den Minister des Innern anweisen, ... *weitgehendst Rücksicht auf den Fremdenverkehr des Auslands zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf die bekannten internationalen Kurorte (Baden-Baden, Badenweiler, Heidelberg etc.). Zu bedenken sei, dass zur Zeit von der antijüdischen Propaganda nicht nur Juden sich betroffen fühlen, sondern dafür weite ausländische Kreise vorläufig kein Verständnis aufbringen können.*<sup>220</sup>

Ob Wagner tatsächlich für die Zukunft bei antijüdischen Aktivitäten auf ein wachsendes Verständnis des Auslands hoffte, sei dahingestellt. Mit fortschreitender politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung jedenfalls – und nachdem die Olympischen Spiele von 1936 beendet wa-

---

Frida Kuhn, die einer evangelischen nichtjüdischen Familie entstammte. Die Töchter Johanna und Eva, 1926 bzw. 1927 geboren, wurden evangelisch getauft. Nach der Entlassung aus dem Staatsdienst Ende 1935 – die Entlassung schon im April 1933 war wegen seiner Teilnahme am Weltkrieg zunächst aufgehoben worden – zog die Familie 1936 nach Freiburg. Noch kurz vor Kriegsende, am 13.2.1945, wurde Ludwig Hauser nach Theresienstadt verschleppt. Er überlebte. Nach seiner Rückkehr nach Freiburg war er als Oberstudienrat an der Rotteck-Oberrealschule tätig. Er starb am 9.12.1951. Vgl. die kurze biographische Darstellung in: GÜNTHER WIRTH: Die Hauser-Chronik. Geschichte einer Familie. Berlin 1982, S. 27ff., die auf Angaben der Tochter Eva Hotze geb. Hauser beruht. Weitere biographische Daten finden sich in Ludwig Hausers Wiedergutmachungsakte: StAF, F 196/1 Fasz. EF 2638. – Die Zugehörigkeit Ludwig Hausers zur Maschinenbauabteilung unter Adolf Heitler ergibt sich aus der Übersicht über das Personal des Staatstechnikums in: Badischer Geschäftskalender für 1925. Karlsruhe [1925], S. 50.

<sup>216</sup> GLA, 235/42917. Vgl. WERNER (wie Anm. 215), S. 141.

<sup>217</sup> ERNST OTTO BRÄUNCHE: Residenzstadt, Landeshauptstadt, Gauhauptstadt. Zwischen Demokratie und Diktatur 1914-1945. In: Karlsruhe (wie Anm. 190), S. 357-516, hier S. 480ff.

<sup>218</sup> Anknüpfend an antisemitische Ausgrenzung schon in Zeiten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik hatten lokale NS-„Funktionsträger“ bis Ende 1935 durchgesetzt, dass die Nord- und Ostseebäder für jüdische Gäste geschlossen waren. Es folgten rasch die inländischen Kurorte, ausgenommen jedoch zunächst jene mit internationalem Publikum, bis auch hier das Ende der Olympiade 1936 das Ende jeder Rücksichtnahme einläutete. Vgl. FRANK BAJOHR: „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 2003, insb. S. 127ff.

<sup>219</sup> Vgl. LUDGER SYRÉ: Der Führer vom Oberrhein. Robert Wagner, Gauleiter, Reichsstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsass. In: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und aus Württemberg. Hg. von MICHAEL KISSENER (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 2). Konstanz 1999, S. 733-779.

<sup>220</sup> SAUER (wie Anm. 211), Bd. 1, S. 66f. – Mit der Verfügung von Innenminister und Gauleiter sollten auf Weisung von Berlin *alle wilden Einzelaktionen gegen Juden* durch übereifrige Parteimitglieder unterbunden werden, nicht aus rechtlichen Gründen, sondern weil sie das Führungsmonopol der Partei ignorierten und zudem das Bild Nazi-Deutschlands im Ausland erheblich schädigten. Gauleiter Wagner hob deshalb – ob unverfroren oder unfreiwillig grotesk, sei dahingestellt – im abschließenden Punkt 5 seiner Weisung hervor: *Propaganda gegen das Judentum und gegen den politischen Katholizismus hat wie jede nationalsozialistische Propaganda der deutschen Art entsprechend anständig [!] zu sein.*

ren<sup>221</sup> – gab das Regime bald jede Rücksichtnahme auf. So setzten sich Mitte 1937 auch in Baden-Baden die Scharfmacher durch und erreichten, dass die Bäder und Kureinrichtungen nun für Juden – seien es Bürger oder Gäste – gesperrt wurden. Daran änderte auch der gemeinsame Protest von Geschäftsleuten und Hoteliers nichts mehr, die durch die neuen Vorschriften den wirtschaftlichen Aufschwung, den die Stadt in den letzten Jahren genommen hatte, schwer bedroht sahen.<sup>222</sup>

Die sich jetzt immer mehr verschärfende Situation bis hin zur öffentlichen Demütigung der Baden-Badener Juden und der Zerstörung ihrer Synagoge am 10. November 1938<sup>223</sup> – jener Synagoge, die Ludwig Levy gebaut hatte, Adolf Heitlers früherer Kollege an der Baugewerkschule – erlebte dieser nicht mehr; er war schon im Vorjahr, am 3. August, verstorben und auf dem jüdischen Friedhof in Baden-Baden bestattet worden. Seine Grabstätte mit dem schlicht gestalteten, nur mit dem Davidstern geschmückten Grabstein ist heute noch wohlerhalten.<sup>224</sup>

Otilie Heitler blieben dagegen die Schrecken des Judenpogroms nicht erspart; sie erlebte die Vorgänge in Stuttgart, wohin sie wenige Monate zuvor zu ihrem Sohn Hans gezogen war.<sup>225</sup> Nachdem die Synagoge in der Nacht in Brand gesteckt worden war, begann die Gestapo am frühen Morgen des 10. November mit der systematischen Inhaftierung der Stuttgarter Juden. „Straßenweise wurden die Verhaftungen vorgenommen, selten ein Haus vergessen. Die Sache war außerordentlich gut organisiert und die Kartothek der Juden auf den neuesten Stand gebracht.“<sup>226</sup> Solche Karteien waren bereits früh zur lückenlosen Überwachung der jüdischen Bürger angelegt worden. In Baden erließ der Minister des Innern am 1. Oktober 1935 eine entsprechende Weisung an die Polizeidirektionen; ein Jahr später schärfte er ein, *dass die Judenkartei durch die Meldebehörden stets auf dem laufenden zu halten sei*. In dieser Weise waren auch Adolf und Otilie Heitler von der Polizeidirektion Baden-Baden erfasst worden.<sup>227</sup>

<sup>221</sup> Nach einer Kur in Bad Kissingen verlangte der Staatssekretär im Reichsinnenministerium Pfundtner vom bayerischen Ministerpräsidenten ein entschiedeneres Vorgehen gegen die *vielen Juden* im Badeort als bisher, *zumal ja die Olympiade jetzt vorbei sei*. BAJOHRE (wie Anm. 218), S. 131f.

<sup>222</sup> Zum Verbot, die Badeeinrichtungen in Kurorten und Heilbädern zu benutzen, vgl. für Baden und Württemberg die Dokumentation von SAUER (wie Anm. 211), Bd. 1, S. 87f. und 97ff. Für die Situation in Baden-Baden vgl. FRANZ HUNDSNURSCHER/GERHARD TADDEY: Die jüdischen Gemeinden in Baden (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 19). Stuttgart 1968, S. 37ff.; ANGELIKA SCHINDLER: Der verbrannte Traum. Jüdische Bürger und Gäste in Baden-Baden. Bühl-Moos 1992, S. 110ff. – Dr. Arthur Flehinger, der als Weltkriegsteilnehmer ‚erst‘ 1935 – bis dahin Studienrat am Gymnasium Hohenbaden – aus dem Schuldienst entlassen wurde, bestätigt in seinen Erinnerungen (SCHINDLER, S. 128ff.), dass sich die bis dahin relativ günstige Situation der Baden-Badener Juden seit dem Sommer 1937 zusehends verschlechterte. – Zum Gymnasium Hohenbaden, das in diesen Jahren von Leo Wohleb, dem späteren badischen Ministerpräsidenten, geleitet wurde, vgl. auch HANS SCHADEK: Leo Wohleb. Der Pädagoge. In: Ein badisches Leben. Leo Wohleb 1888-1955 (Stadt und Geschichte. Neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg im Breisgau 19). Freiburg 2002, S. 8-42, hier S. 31ff.

<sup>223</sup> Zu der sadistischen Behandlung der Baden-Badener Juden durch SS-Leute und Parteigänger vgl. die Erinnerungen Arthur Flehingers. SCHINDLER (wie Anm. 222), S. 128ff. – An der öffentlichen Vorführung der jüdischen Männer waren auch lokale Parteigrößen aus dem Schuldienst beteiligt (ebd., S. 132), die sich natürlich ebenfalls nicht scheuten, politisch andersdenkende nichtjüdische Berufskollegen zu denunzieren. Vgl. SCHADEK (wie Anm. 222), S. 37f.

<sup>224</sup> Todesdatum Adolf Heitlers: Stammtafel der Familien Rudolph/Heitler (Mitteilung Prof. Rasche [wie Anm. 177]); Personalkarte der sogenannten ‚Judenkartei‘ der Polizeidirektion Baden-Baden (wie Anm. 227); Grabstätte Adolf Heitler. – Zur Grabstätte vgl. die unveröffentlichte Dokumentation „Jüdische Friedhöfe“ des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg, Jüdischer Friedhof Baden-Baden, Nr. 51 (Adolf Heitler) mit zugehörigen Fotos. – Zu Ludwig Levys Synagoge in Baden-Baden vgl. KÜNZL (wie Anm. 186), S. 86.

<sup>225</sup> Zum Umzug Otilie Heitlers nach Stuttgart am 1.4.1938 in die Wohnung ihres Sohnes in der Diemershaldenstraße 23 vgl. ihre Personalkarte in der sogenannten ‚Judenkartei‘ (wie Anm. 227) sowie die Adressbücher der Stadt Stuttgart (Mitteilung des Stadtarchivs Stuttgart vom 2.4.2003).

<sup>226</sup> MARIA ZELZER: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Stuttgart [1964], S. 196ff. mit ausführlichen Zitaten aus Berichten von Betroffenen; vgl. ferner ROLAND MÜLLER: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1988, 302ff.

<sup>227</sup> Die ‚Judenkartei‘ mit den Karten von Adolf und Otilie Heitler liegt heute im Stadtarchiv Baden-Baden, Bestand Polizeidirektion Baden-Baden, Spezialsammlung Juden. – Zur Verordnung des badischen Innenministers über

Ganz ebenso wie in Baden verfahren die NS-Verwaltungen in Württemberg; auch hier wurden Karteien angelegt, die eine Inhaftierung von einer Stunde auf die andere ermöglichten.<sup>228</sup> Und so erschienen am 14. November auch bei Hans Heitler Polizeibeamte und nahmen ihn mit auf das Polizeipräsidium. Von dort aus wurde er am nächsten Tag mit über 60 anderen Inhaftierten in das Konzentrationslager Welzheim transportiert, während die übrigen Stuttgarter Juden nach Dachau verschleppt wurden.<sup>229</sup>

Das Amtsgefängnis in Welzheim mit dem Amtsgerichtsgebäude war 1935 von der Gestapo-Leitstelle Stuttgart übernommen und zum Konzentrationslager umgebaut worden. Es wurde unter der Bezeichnung *Polizeigefängnis* geführt; der Begriff *Konzentrationslager* war – wie der „Chef der Sicherheitspolizei und des SD“ später erneut einschärfte – zur *Abwehr von Hetz- und Greuelpropaganda*, in Wirklichkeit zur Verschleierung der tatsächlichen Gegebenheiten sorgfältig zu vermeiden.<sup>230</sup>

Ein Augenzeuge hat den Empfang, den die Stuttgarter Juden und mit ihnen Hans Heitler in Welzheim erlebten, später so geschildert: *Und dann kamen sie. Jeder SS-Mann hatte sich einen Gummiknüppel, eine Hundepeitsche oder sonst etwas zurecht gelegt. Das Ausladen ging schnell. Ein paar SS-Leute sprangen auf den Wagen, wo Mann an Mann stand, und warfen alles herunter: Menschen, Kleider, Pakete. Die Juden wurden erst ein paarmal über den Hof gejagt: ‚Marsch, Marsch! An die Wand!‘ Hüte und Mäntel lagen zerstreut umher. Die Hunde feierten Orgien. ... Schließlich wurden die Angekommenen in die fertigen Räume gesperrt – je 12 Mann in einen Raum von sechzehn Quadratmetern, an den Wänden drei Holzgestelle mit jeweils vier Schlafpritschen; diese im Abstand von nur 45 Zentimetern übereinander, so dass kaum Luft zum Atmen blieb.*<sup>231</sup>

Am 30. November wurde Hans Heitler aus der Haft entlassen, weil er im Weltkrieg als Frontkämpfer gedient hatte – sein Eisernes Kreuz hatte er mit ins Lager genommen,<sup>232</sup> da es besonders eindrücklich die schäbige Behandlung unterstrich, die hier Bürgern zugefügt wurde, die ihr Leben für ihr Vaterland eingesetzt hatten. Am Tag vor der Entlassung hatte die Gestapo Stuttgart, einer Weisung Görings an die Sicherheitspolizei folgend, die Lagerleitung in Welzheim davon unterrichtet, dass alle Frontkämpfer freizulassen seien. Solche Zeichen einer scheinbar generösen Haltung sollten, ähnlich wie die Anordnung, gegen Plünderer von jüdi-

---

die Führung der ‚Judenkartei‘ vgl. GLA, 357/33112, ferner WERNER (wie Anm. 215), S. 161 sowie SAUER (wie Anm. 211), Bd. 1, S. 80. – Zu den vielfältigen Mitteln, die sich staatliche und kommunale Stellen zur lückenlosen Überwachung der jüdischen Bürger einfallen ließen, vgl. die weiteren, von Sauer zusammengetragenen Dokumente; ebd. S. 46ff.

<sup>228</sup> Das württembergische Innenministerium erließ bereits am 22. November 1933 eine Weisung an alle Oberämter, *die im dortigen Oberamtsbezirk sich aufhaltenden Juden ... mit Zu- und Vornamen, Geburtstag, -ort, Beruf, Wohnort und Wohnung sowie ... Staatsangehörigkeit*, wann Zuzug nach Deutschland und ob getauft anzugeben. SAUER (wie Anm. 211), S. 52.

<sup>229</sup> Wie Anm. 226. – Zu Hans Heitlers Inhaftierung finden sich kurze Angaben in seiner Wiedergutmachungsakte. StAL, EL 350 Büschel ES 12938.

<sup>230</sup> GERD KELLER/GRAHAM WILSON: *Das Konzentrationslager Welzheim*. o.O. [1989], S. 8f. Vgl. JULIUS SCHÄTZLE: *Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933-1945*. Frankfurt/M. 1980, S. 54ff. – Zur Gestapo-Leitstelle Stuttgart vgl. JÜRGEN SCHUHLADEN-KRÄMER: *Die Exekutoren des Terrors*. Hermann Matthieß, Walther Stahlecker, Friedrich Mußgay, Leiter der Geheimen Staatspolizeileitstelle Stuttgart. In: *Die Führer der Provinz* (wie Anm. 219), S. 405-443. Wegen weitgehend fehlender Unterlagen zur Person behandelt der Beitrag leider nicht die Biographie des SS-Sturmbannführers und Oberregierungsrats Dr. Joachim Boes, der die Staatspolizeileitstelle Stuttgart von 1937 bis 1941 leitete und der für die Vorgänge um die Pogromnacht mit den nachfolgenden Verhaftungen verantwortlich war (ebd., S. 442).

<sup>231</sup> Da das Gefängnis bereits belegt war, wurden die inhaftierten Juden, die zum Teil misshandelt worden waren, in der „Kommandantur“, dem ehemaligen Amtsgerichtsgebäude, untergebracht, das vorher entsprechend gesichert worden war. KELLER (wie Anm. 230), S. 21 und 92. Der Augenzeuge, der die Einlieferung der Stuttgarter Juden beobachtete, war selbst mehrere Jahre in Welzheim inhaftiert: FRIEDRICH SCHLOTTERBECK: *Je dunkler die Nacht. Ein Bericht*. Halle/Saale 1969, S. 34ff.

<sup>232</sup> Mitteilung Prof. Rasche (wie Anm. 177).

schen Geschäften vorzugehen, den verheerenden Eindruck mildern, den die brutalen Aktionen nicht nur im Ausland hinterlassen hatten.<sup>233</sup> Vor der Entlassung hatte sich Hans Heitler allerdings auch verpflichten müssen, sofort seine Auswanderung aus Deutschland in die Wege zu leiten.<sup>234</sup>

Wie sehr NS-Behörden und Parteistellen daran lag, die Auswanderung der Juden zu beschleunigen, belegt ein auf Weisung des Gauleiters ergangener Erlass des badischen Innenministers vom 12. Dezember 1938, der unter anderem feststellte: *Das Ziel der Staatsführung in der Auseinandersetzung mit dem Judentum ist, die Juden baldmöglichst außer Landes zu bringen. Die Auswanderung der Juden ist daher mit allen Mitteln zu fördern.*<sup>235</sup> Auch Württemberg wollte das sogenannte ‚Judenproblem‘ zunächst durch Auswanderung ‚lösen‘.<sup>236</sup> Ein sehr wirksames Mittel dazu war, wie der württembergische Sicherheitsdienst feststellen konnte, die massenhafte, Angst erzeugende Inhaftierung bei Nacht und Nebel: von den 878 verhafteten Juden hatten sich immerhin 253 sofort zur Auswanderung bereit erklärt<sup>237</sup> – unter ihnen Hans Heitler. Ihm blieb aber auch gar keine andere Wahl, denn als Ingenieur konnte er in Stuttgart nicht mehr arbeiten. Zwar wurde ihm nicht gekündigt, obwohl die Partei auf Dr. Herberg, den Inhaber des Ingenieurbüros, entsprechenden Druck auszuüben suchte. Doch war seine Tätigkeit nun ganz *auf reine Büroarbeit beschränkt und Besuch von Kunden unmöglich gemacht.*<sup>238</sup> Zudem wurde die öffentliche Hetze gegen die Juden auch in Stuttgart, das sich schon in den Anfängen der Weimarer Republik zu einer Hochburg des offen agierenden völkischen Antisemitismus entwickelt hatte,<sup>239</sup> immer bedrohlicher. Im Dezemberheft veröffentlichte die angeblich „unabhängige“ Wochenschrift „Flammenzeichen“, in Wirklichkeit ein übles antisemitisches NS-Blatt, unter der Überschrift *Schach dem Judentum: Die sogenannten vornehmen, angeblich harmlosen Hebräer* eine Doppelseite mit Fotos, Namen, Beruf und Anschriften der in Welzheim Inhaftierten, auf der sich auch Hans Heitler wiederfand.<sup>240</sup>

<sup>233</sup> Zu den Maßnahmen gegen Plünderer und Görings Weisung zur Entlassung der jüdischen Frontsoldaten vgl. die Dokumentation von SAUER (wie Anm. 211), Bd. 2, S. 42f. und 50f. Mitte Dezember wurden *alle über 50 Jahre alten jüdischen Schutzhäftlinge* entlassen. Ebd., S. 52. – Zur Haltung der württembergischen Bevölkerung vgl. die Einschätzung, die der amerikanische Generalkonsul in Stuttgart in seinem Bericht vom 12.11.1938 festhielt: *The vast majority of the non-Jewish German population, perhaps as much as 80 per cent, has given evidence of complete disagreement with these violent demonstrations against the Jews. Many people, in fact, are hanging their heads with shame.* Ebd., S. 37. Vgl. dazu auch den „Geheimbericht des Sicherheitsdienstes Reichsführer-SS Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern für das 4. Vierteljahr 1938“, der nicht nur für die katholische und evangelische sowie für die liberal eingestellte Bevölkerung feststellen musste, dass die *Judenaktion* auf weitgehende Ablehnung gestoßen war; selbst in rechtskonservativen Kreisen sei in Einzelfällen scharfe Kritik zu hören gewesen. Ebd., S. 53ff. Den Betroffenen nützten freilich diese Reaktionen wenig, da sie sich nicht öffentlich artikulierten und deshalb wirkungslos blieben.

<sup>234</sup> Inhaftierte, die bereits ein Visum besaßen oder die Auswanderung konkret in Aussicht stellen konnten, wurden als erste entlassen. MÜLLER (wie Anm. 226), S. 306.

<sup>235</sup> SAUER (wie Anm. 211), Bd. 2, S. 69ff.

<sup>236</sup> PAUL SAUER: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975, S. 413.

<sup>237</sup> Geheimbericht des Sicherheitsdienstes Reichsführer-SS Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern für das 4. Vierteljahr 1938. Der Bericht für das 1. Vierteljahr 1939 hielt fest, dass *seit der Novemberaktion 1938 bis Ende März 1939 672 Personen aus Württemberg-Hohenzollern ausgewandert* waren. SAUER (wie Anm. 211), Bd. 2, S. 54 und 92. – Die Bereitschaft zur Auswanderung konnte allerdings nur erklären, wer die Chance zur Emigration – und das heißt vor allem, einen Bürgen im Ausland – besaß.

<sup>238</sup> Vgl. Hans Heitlers Schreiben vom 7.4.1955 und 5.11.1960. StAL, EL 350 Büschel ES 12938.

<sup>239</sup> ANDREA HOFFMANN/UTZ JEGGLE/MARTIN ULMER: Jüdische Modernität und Antisemitismus in Württemberg 1871-1938. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 63 (2004), S. 309-368, hier S. 357f. – JÜRGEN GENUNEIT: Völkische Radikale in Stuttgart. Zur Vorgeschichte und Frühphase der NSDAP 1890-1925 (Ausstellungsreihe Stuttgart im Dritten Reich 2). Stuttgart 1982.

<sup>240</sup> MÜLLER (wie Anm. 226), S. 305f. Die Doppelseite ist abgebildet bei ZELZER (wie Anm. 226), Bildanhang nach S. 398. – In Freiburg kam das auf niedrigstem Niveau agierende Hetzblatt, das auch oppositionell eingestellte Mitglieder beider Kirchen massiv angriff, zu universitären Ehren; es lag in der „Akademischen Lesehalle“ aus. Universitätsbibliothek Freiburg, MF 88/36.



Annerose Heitler war bereits vor dem Novemberpogrom von Bollschweil aus nach England emigriert. Am 22. Oktober landete sie in Dover, wo ihr der Immigration Officer seinen lebensrettenden Stempel in ihren Pass drückte.<sup>241</sup> Sie hatte die Einreisegenehmigung erhalten, weil ihr Bruder Walter Heitler, der weiterhin in Bristol tätig war, als Emigrant mit festem Einkommen für sie finanziell bürgen konnte. Ohne diese Bürgschaft und die Aussicht auf Unterstützung hätte auch Hans Heitler nicht emigrieren können, zumal gemeinsam mit der Mutter, für die zu sorgen war. Allerdings waren die Bedingungen für eine Einreise nach England jetzt günstiger als noch wenige Monate zuvor. Die Novemberereignisse – *eine Orgie der Barbarei*, wie die britische Presse einhellig urteilte, die mit ihren *heimtückischen Überfällen auf wehrlose und unschuldige Menschen ... die ganze Welt mit Entsetzen erfüllt* – hatten in England einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und die britische Regierung bestimmt, nun den Verfolgten großzügiger Aufnahme und Unterstützung zu gewähren.<sup>242</sup>

Vor der Abreise hatte Hans Heitler zunächst noch seine *Judenvermögensabgabe* – 1400 Reichsmark – zu entrichten, seinen Anteil an der den deutschen Juden für das Attentat auf den Pariser Botschaftssekretär auferlegten ‚Sühneleistung‘ von einer Milliarde Reichsmark.<sup>243</sup> Für seine Wertpapiere, die zu veräußern waren, transferierte ihm die Preußische Staatsbank Berlin, bei einem Annahmewert von 2820,60 RM, sechs Prozent, das waren 169,24 RM, in Devisen nach England. Für die Erlaubnis zur Mitnahme von Umzugsgut musste er an die Deutsche Golddiskontbank Berlin eine Abgabe von 505 RM leisten. Sein restliches Guthaben wurde gesperrt. An Bargeld durfte er, wie alle anderen jüdischen Emigranten auch, 10 RM in fremder Währung mitnehmen. Der Mutter Otilie Heitler erging es mit ihrem ebenfalls bescheidenen Vermögen nicht anders,<sup>244</sup> und auch Annerose Heitler hatte – neben der *Vermögensabgabe* – für die Genehmigung zur Versendung ihres bescheidenen Umzugsgutes, wie ihr die Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidenten Baden in Karlsruhe am 6. Oktober 1938 nach *Bollschweil/Baden, Kinderheim Sonnenhalde*, mitteilte, 300 RM an die Berliner Golddiskontbank zu zahlen.<sup>245</sup>

Da die drei Emigranten bei ihrer Ankunft auf der Insel völlig mittellos waren und die Geschwister zunächst auch keine Arbeit fanden, waren sie ganz auf die Unterstützung durch den Sohn und Bruder angewiesen. Zu viert lebten sie zunächst gemeinsam in einer Dreizimmerwohnung.<sup>246</sup> Annerose Heitler, die Privatunterricht in Französisch zu geben suchte, hatte noch jahrelang *keine oder nur geringe Einkünfte*.<sup>247</sup> Hans Heitler erhielt wenigstens Anfang 1940 an der Universität Bristol, am Physikdepartment seines Bruders, eine befristete Halbtagsbeschäftigung; seit Oktober 1942 arbeitete er dort ganztags. Erst Mitte 1946 wurde er als Research Assistant fest angestellt.<sup>248</sup> Übrigens gelangte in jenen Jahren auch ein Dozent aus Hans Heitlers

<sup>241</sup> Vgl. die Bescheinigung der Deutschen Botschaft in Dublin vom 18.11.1955 sowie Annerose Heitlers Schreiben vom 28.3.1955 und 1.9.1957. StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 1 und 2.

<sup>242</sup> Kein anderes Land ist damals den vertriebenen Juden in gleicher Weise zur Hilfe gekommen. Vgl. dazu im Einzelnen SAUER (wie Anm. 207), S. 183ff. Deshalb gingen auch die meisten der zur Emigration entschlossenen württembergischen Juden zunächst nach England, wie der Geheimbericht des Sicherheitsdienstes für Ende 1938 festhält, viele allerdings mit einer Option auf eine anschließende Einwanderung in die Vereinigten Staaten. SAUER (wie Anm. 211), Bd. 2, S. 54 und 92. Vgl. STRICKHAUSEN (wie Anm. 207), Sp. 253. Vgl. auch oben den Text zu Marga und Dr. Paul Goldschmidt.

<sup>243</sup> Vgl. zu der ‚Sühneleistung‘ und den anderen, den Emigranten auferlegten Abgaben FRIEDENBERGER (wie Anm. 152), S. 12ff.

<sup>244</sup> StAL, K 50/1579 (Rückerstattung Hans Heitler), EL 350 Büschel ES 13427 (Wiedergutmachung Otilie Heitler).

<sup>245</sup> StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 2.

<sup>246</sup> HEITLER: Lebenserinnerungen (wie Anm. 177).

<sup>247</sup> Schreiben Annerose Heitlers vom 1.9.1957 an das Landesamt für Wiedergutmachung. StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 2.

<sup>248</sup> Schreiben Hans Heitlers vom 7.4.1955. StAL, EL 350 Büschel ES 12938.

Karlsruher Studienzeit nach Bristol, Dr. Ing. Emil Probst, der nach seiner Zwangspensionierung ebenfalls erst 1939, nach dem Schock des Novemberpogroms, emigriert war und der von 1943 bis 1945 an der Universität Bristol lehrte.<sup>249</sup>

Die schwierige Situation der Familie wurde kurz nach der Einreise noch dadurch verschärft, dass Walter und Hans Heitler Mitte 1940, zusammen mit vier weiteren Wissenschaftlern ihres Physikdepartments, als *Ausländer feindlicher Staatsangehörigkeit* auf der Isle of Man und in anderen Lagern – Walter Heitler lernte drei davon kennen – interniert wurden.<sup>250</sup> Beide besaßen damals noch, wie Annerose Heitler auch, die deutsche Staatsbürgerschaft. Diese wurde ihnen von der NS-Reichsregierung, wie den meisten anderen jüdischen Deutschen, erst im November 1941 kollektiv aberkannt, während bis dahin gegenüber Emigranten der Einzelentzug verfügt worden war, der begründet und im Reichsanzeiger veröffentlicht werden musste.<sup>251</sup> Die Staatsangehörigkeit ihrer Gastländer – Hans Heitler die britische, Annerose, Walter und Ottillie Heitler die irische – erhielten sie erst 1946/47 durch Einbürgerung.<sup>252</sup>

Die Internierung der Emigranten hatte militärische Gründe. Nach der Niederlage Frankreichs rechnete die britische Regierung mit einer Invasion durch deutsche Truppen. Mit der Internierung sollte unter anderem die Tätigkeit feindlicher Agenten erschwert werden. Das rigore Vorgehen stieß jedoch in der britischen Öffentlichkeit bald auf Kritik. Von dem Kommandanten eines Internierungslagers ist die ironische Äußerung überliefert: *Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass so viele Juden Nazis sind.* So begann die Regierung, unter Druck geraten, sehr bald schon mit den ersten Entlassungen.<sup>253</sup> Da auch die Universität Bristol auf die Freistellung ihrer Wissenschaftler drängte, konnten Hans und Walter Heitler das Lager schließlich noch 1940 verlassen.

In den Folgejahren beschäftigte sich Hans Heitler unter C. F. Powell insbesondere mit der experimentellen Erforschung der Höhenstrahlung – Forschungen, an denen sein Bruder Walter schon mitgewirkt hatte.<sup>254</sup> 1948 erwarb er, mit einer Arbeit über Magnetismus, noch den

<sup>249</sup> HOEPKE (wie Anm. 184), S. 447f.

<sup>250</sup> HEITLER: Lebenserinnerungen (wie Anm. 177). MOTT (wie Anm. 189), S. 144. O'RAIFEARTAIGH/RASCHE (wie Anm. 189), S. 118.

<sup>251</sup> Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941: § 1. Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein ... § 2. Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat... Vgl. MICHAEL HEPP: Wer Deutscher ist bestimmen wir... In: Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. Bd. 1. München u.a. 1985, S. XXV-XL, hier S. XXIV. In den Listen des Reichsanzeigers findet sich der Name Heitler nicht; die Familie verfiel also der pauschalen Ausbürgerung. – Mit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit war der Verlust der akademischen Grade verbunden, auch hier zunächst durch aufwändigen Einzelnachweis der Universitäten, dann mit dem Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 29.3.1943 ebenfalls pauschal und automatisch. Vgl. WERNER MORITZ: Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit. In: Zwischen Wissenschaft und Politik. Festschrift für Eike Wolgast. Hg. von ARMIN KOHNLE. Stuttgart 2001, S. 540-562.

<sup>252</sup> Vgl. International Biographical Dictionary (wie Anm. 189) und die oben genannten Wiedergutmachungsakten.

<sup>253</sup> Über die Internierungsmaßnahmen vgl. SAUER (wie Anm. 207), S. 188ff.; STRICKHAUSEN (wie Anm. 207), Sp. 257f.; BERNHARD WASSERSTEIN: Britische Regierungen und die deutsche Emigration 1933-1945. In: Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Hg. von GERHARD HIRSCHFELD (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 14). Stuttgart 1983, S. 44-61, hier S. 59f.; MICHAEL SEYFERT: „His Majesty's Most Loyal Internees“. Die Internierung und Deportation deutscher und österreichischer Flüchtlinge als „enemy aliens“. In: Ebd., S. 155-182. – Zur Internierung auf der Isle of Man, auf der die meisten Emigranten untergebracht waren, vgl. auch die Schilderung von DAVID MAIER: Geburtsort Freiburg. Erinnerungen eines deutsch-jüdischen Engländers (Stadt und Geschichte. Neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg im Breisgau 18). Freiburg 1989, S. 34ff. Ferner UTE SCHERB: „Ein politisch gefährliches Subjekt“. Das Leben der Fränze Vordtriede (1911-1997). In: Schau-ins-Land 121 (2002), S. 151-164, hier S. 158ff. Fränze Vordtriede gehörte zu den Internierten, die in den Verdacht geraten waren, keine ‚echten‘ Flüchtlinge zu sein – obwohl sie ‚Halbjüdin‘ und politisch Verfolgte war. Sie wurde deshalb erst spät, Ende Mai 1943, aus dem Lager entlassen.

<sup>254</sup> MOTT (wie Anm.189), S. 143; O'RAIFEARTAIGH/RASCHE (wie Anm. 189), S. 118.



Doktorgrad (PhD). Im Jahr zuvor hatte er Margaret Leana Lamb geheiratet. Der Ehe entstammten zwei Kinder, Tochter Angela und Sohn William. Nach seiner Pensionierung wirkte er, gemeinsam mit seiner Frau, an Ausbildungskursen für angehende Lehrer an der St. Christopher's School, einer Waldorf-Schule in Bristol, mit und konnte so seine früh gewonnenen anthroposophischen Überzeugungen im Alter noch ins Praktische umsetzen. Hans Heitler starb am 20. Dezember 1979.<sup>255</sup>

Walter Heitler ging nach der Entlassung aus der Internierung Anfang 1941 nach Irland. Erwin Schrödinger, der 1938 aus Österreich emigriert und inzwischen nach Dublin berufen worden war, holte ihn an das dortige Institute of Advanced Studies, das in jenen Kriegsjahren geradezu *eine Oase des Friedens war, wo die theoretischen Physiker ungestört arbeiten konnten*. Dort in Dublin heiratete er Kathleen Nicholson, die zuvor in Bristol als Biologin in der Forschung tätig gewesen war. 1946 – in diesem Jahr wurde der Sohn Eric geboren – trat Walter Heitler selbst an die Spitze des Dubliner Forschungsinstituts, das er drei Jahre lang leitete. 1949 siedelte er dann mit Frau und Sohn in die Schweiz über. Er hatte einen Ruf der Universität Zürich an das Institut für theoretische Physik erhalten und nach einigem Zögern auch angenommen. Neben dem hohen fachlichen Ansehen, das den Zürcher Lehrstuhl auszeichnete – hatten ihn doch vordem unter anderem Albert Einstein, Max von Laue und, wie bereits bemerkt, Erwin Schrödinger innegehabt – bestärkte ihn vor allem dies in seinem Entschluss: die Freude, wieder in einem deutschsprechenden Land lehren und in den geliebten Bergen, dem Schwarzwald, wandern zu können. In seinen letzten Schaffensjahren hat sich Walter Heitler, der das Zürcher Institut bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1974 leitete, intensiv und technologiekritisch mit philosophisch-weltanschaulichen Fragen auseinandergesetzt, die ihn schon länger und insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau der Atombombe beschäftigt hatten. Seine Überzeugungen ließen ihn schließlich zum Christentum konvertieren. Am 15. November 1981 ist Walter Heitler, hochgeehrt und vielfach ausgezeichnet, gestorben.<sup>256</sup>

Mit nach Dublin waren 1941 Mutter und Schwester gegangen, wo sie im Vorort Clontarf eine Unterkunft fanden. Annerose Heitler war zunächst weiterhin auf ihren Bruder angewiesen, der für ihren Unterhalt sorgte. Denn mit dem Fremdsprachenunterricht, den sie privat, dann seit Oktober 1944 auch an einer Dubliner Volksschule und schließlich seit September 1949 in fester Anstellung am Alexandra College im Fach Deutsch<sup>257</sup> gab, konnte sie ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Kam sie doch mit diesen Stunden bis Mitte 1950 gerade einmal auf einen Verdienst von jährlich 25 Pfund<sup>258</sup> – umgerechnet ergab das, wie die Wiedergutmachungsbehörde später berechnete, 417,50 Reichsmark oder 247,50 Deutsche Mark. So konnte ihr auch behördlicherseits – in klassischem Beamtendeutsch – bescheinigt werden: *Durch anderweitige Verwertung ihrer Arbeitskraft im freien Berufe hatte die Verfolgte kein Einkommen erzielt, das ihr eine ausreichende Lebensgrundlage ... gesichert hätte*.<sup>259</sup>

Einer ‚Wiedergutmachung‘ stand damit nichts mehr im Wege. Der Bescheid der „Kommission für Wiedergutmachung an Angehörigen des öffentlichen Dienstes“ vom 28.11.1955 stellte fest, dass Annerose Heitler, wäre sie nicht aus dem Schuldienst entlassen worden, *am 1.1.1934 als außerplanmäßige Handelsschulassessorin in das Beamtenverhältnis auf Widerruf und am*

<sup>255</sup> Ich danke Frau Angela Clark für ausführliche Auskünfte über ihren Vater Hans Heitler.

<sup>256</sup> Vergleiche, insbesondere auch zu den hier nicht darzustellenden wissenschaftlichen Leistungen Walter Heitlers und zu den ihm zugedachten zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen, vor allem MOTT, S. 144ff.; RASCHE, Laudatio, S. 164ff.; O'RAIFEARTAIGH/RASCHE, S. 117ff.; JOST, S. 141 sowie die übrige in Anm. 189 angegebene Literatur.

<sup>257</sup> O'RAIFEARTAIGH/RASCHE (wie Anm. 189), S. 113.

<sup>258</sup> Vgl. das Schreiben Annerose Heitlers vom 16.8.1954 und die *Aufstellung meiner Einkünfte vom Oktober 1938 bis 31. März 1950*. StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 1 und 2.

<sup>259</sup> Bescheid des Landesamts für Wiedergutmachung vom 23.9.1957. Wie Anm. 258, Heft 2.

1.1.1939 als Studienrätin planmäßig angestellt worden wäre. Daraus ergab sich zwingend, dass sie neben der Berechtigung, die Bezeichnung Studienrätin a. D. zu führen, Anspruch auf Zahlung der ihr seit 1933 entgangenen Bezüge und, da sie verständlicherweise nicht mehr in den Schuldienst zurückkehren konnte und wollte, ebenso auf Zahlung eines Ruhegehalts hatte.<sup>260</sup> Damit hatte die Kommission die finanziellen Einbußen, die Annerose Heitler widerrechtlich erlitten hatte, einigermaßen wieder wettgemacht und ihr auch die dringend benötigte finanzielle Absicherung für die Zukunft verschafft. Dass ihr Lebensplan durch Entlassung und Vertreibung brutal zerstört worden war, das konnte freilich mit der materiellen Entschädigung nicht wieder gutgemacht werden. Doch mag sie für die Betroffene doch, über den Geldwert hinaus, eine Art Symbol dafür gewesen sein, dass nun an die Stelle des Unrechts wieder das Recht getreten war und dass ihr die bis dahin vorenthaltene soziale Anerkennung – mit der von ihr nun geführten Berufsbezeichnung als Studienrätin – wiedergegeben worden war.<sup>261</sup>

Annerose Heitler – und Walter Heitler ebenso – hatten ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung auf beamten- und laufbahnrechtliche Regelungen stützen können, die eindeutig waren und nicht interpretiert werden mussten. Anders lagen die Voraussetzungen jedoch bei Hans Heitler. Da er in der freien Wirtschaft beschäftigt gewesen war, hatte die Wiedergutmachungsbehörde nicht nur den seit der Emigration, also seit 1939, entgangenen Verdienst – auf der Basis der Entgelte des Vorjahres – zu berechnen. Es wäre auch zu berücksichtigen gewesen, dass die 1933 einsetzenden beruflichen Behinderungen von Juden Hans Heitlers Chancen, in besser bezahlte Positionen oder in eine staatliche Anstellung als Regierungsbaumeister, also in den Höheren Dienst, zu wechseln, zunichte gemacht hatten. Die Behörde konnte sich jedoch nur zu der niedrigen Entschädigungsstufe Mittlerer Dienst durchringen, obwohl Hans Heitler die Qualifikation zum Höheren Dienst besaß. Kaum Berücksichtigung fand bei der Berechnung der Entschädigungssumme auch die Tatsache, dass er seinen Beruf zwar bis 1939 ausüben konnte, weil der Inhaber des Stuttgarter Ingenieurbüros, wie geschildert, sich weigerte, ihn zu entlassen, dass dies aber nur mit weit geringerem Verdienst möglich war als unter normalen Umständen. Die wenig großzügige Entscheidung der Behörde konfrontierte Hans Heitler, wie viele andere Berechtigte auch, mit der unpersönlichen Nüchternheit der Wiedergutmachungsverfahren, in denen ganz nach dem Buchstaben des Gesetzes entschieden wurde. „Die ehemaligen Verfolgten konnten diese Art der Verwaltung ihres Leids nur als mitleidlos, hart und brutal empfinden.“<sup>262</sup>

1953 besuchte Annerose Heitler noch einmal ihre Heimat, aus der sie vertrieben worden war. Besuchte Baden-Baden, den jüdischen Friedhof mit der Grabstätte ihres Vaters und ihre ehemalige Schule, wo sie einen ihrer früheren Kollegen traf, Dr. König, der mit ihr ins Lehrerkollegium eingetreten war.<sup>263</sup>

<sup>260</sup> Insgesamt wurde für die Zeit vom Mai 1933 bis 1. April 1951, dem Datum von Annerose Heitlers fiktiver Pensionierung, ein Verdienstausschlag von 29.851,71 DM errechnet. Der Betrag wurde jedoch auf die vom Gesetz vorgeschriebene Höchstsumme von 20.000,00 DM herabgestuft. Ausgezahlt wurden schließlich nach weiteren Abzügen 18.012,55 DM. Wie Anm. 258, Heft 1 und 2.

<sup>261</sup> Vgl. TOBIAS WINSTEL: Über die Bedeutung der Wiedergutmachung im Leben der jüdischen NS-Verfolgten. Erfahrungsgeschichtliche Annäherungen. In: Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland. Hg. von HANS GÜNTER HOCKERTS und CHRISTIANE KULLER (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 3). Göttingen 2003, S. 199-227.

<sup>262</sup> Ebd., S. 206f. Hans Heitlers Schreiben an die Wiedergutmachungsbehörde lassen dieses Getroffensein deutlich spüren. StAL, EL 350 Büschel ES 12938.

<sup>263</sup> Schreiben Annerose Heitlers vom 15.4.1954, Schreiben Dr. Königs vom 6.7.1957. StAF, F 196/1 Fasz. EF 7949, Heft 1 bzw. 2.

Am 6. Dezember 1967 ist Annerose Heitler, deren gastfreundliches Haus in Clontarf den zahlreichen Freunden – *friends of many nationalities, of varied ages and achievements* – immer offen stand, nach kurzer Krankheit gestorben. Noch im Juni, auf dem Höhepunkt der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den arabischen Staaten, hatte sie eine namhafte Summe an den „Israel Emergency Fund“ gestiftet. Für Annerose Heitler war der Staat Israel unverzichtbar geworden, eine Zufluchtstätte für verfolgte Juden, die es unbedingt zu bewahren galt – die Erfahrungen ihres Lebens hatten ihr den Beweis dafür geliefert.<sup>264</sup>

---

<sup>264</sup> Vgl. die Trauerrede auf Annerose Heitler von Rabbiner Dr. Goldberg am 7.12.1967 bzw. den Nachruf im Alexandra Guild Magazine, Juni 1968. Mitteilung Prof. Rasche (wie Anm. 177).